

DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Dr. Fritz Bauer, Willi Eichler, Dr. Erich Potthoff

und Prof. Dr. Otto Stammer

2. Jahrgang · Heft 2 · März/April 1955

Verlag Neue Gesellschaft · Bielefeld, Pressehaus

INHALT

Prof. Dr. Niels Bohr, Kopenhagen <i>Für eine „offene Welt“</i>	3
Prof. Dr. Klaus Knorr, Princeton (USA) <i>Um die Sicherheit im Atomkrieg</i>	10
Prof. Dr. Otto Schmitz, Braunschweig <i>Atomenergie — ein Paradies?</i>	19
Prof. Dr. Wilhelm Kütemeyer, Heidelberg <i>Berlin heute</i>	25
Milovan Djilas, Belgrad <i>Gibt es einen dritten Weg?</i>	32
Interview mit Ignazio Silone	36
Diskussion	
Dr. Hans Tietgens, Hustedt <i>Pädagogik und Auslese</i>	38
Dr. Theodor Kuhr, München <i>Aufgaben eines „christlichen Sozialismus“</i>	40
Henry Rabasseire, New York <i>McCarthy und die Katholiken</i>	45
Günter Schubert, Berlin <i>Abseits von der Wirklichkeit</i>	50
Dr. Werner Picht, Freiburg <i>Staatsbürger in Uniform?</i>	53
Willi Henkel, Hannover <i>Ein Leitbild und seine Möglichkeiten</i>	61
Berichte	
Dr. Karl Kühne, Hamburg <i>Marx und die moderne Nationalökonomie</i>	63
<i>Presseschau</i>	66
<i>Kritik</i>	70
<i>Mitteilungen der Schriftleitung</i>	80
Die Beiträge in dieser Zeitschrift bringen die persönliche Auffassung der Verfasser zum Ausdruck.	

Schriftleitung: Ulrich Lohmar, Bielefeld, Pressehaus, Tel. 631 11

Redaktions-Beirat: Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg; Dr. F. Borinski, Bremen; O. Bruner, Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt; Dr. H. Delat, MdB, Köln; Prof. Dr. G. Eckart, Braunschweig; F. Eriex, MdB, Tuttingen; Prof. Dr. Greta Henry-Hermann, Bremen; W. Jacksch, MdB, Wulfsbad; Prof. Dr. H. J. Iwend, Bonn; Prof. Dr. G. Rittig, Göttingen; Prof. C. Schmid, MdB, Frankfurt; H. Wehner, MdB, Hamburg; Prof. Dr. G. Weisner, Köln. — VERLAG NEUE GESELLSCHAFT, Bielefeld, Pressehaus, Fernruf Bielefeld 631 11; Fernschreiber 03 38 45 Abonnementspreis 2,— DM Heft ab Verlag. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. Anzeigenpreisliste Nr. 1. — Postsch.-Konto Hannover 62 68. Bankverb.: Bank für Gemeinwirtschaft Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld. Umschlag-Zeichnung: Eugen Nerdinger, Augsburg

FÜR EINE „OFFENE WELT“

Das Ziel dieser Betrachtung ist es, auf die einzigartigen Gelegenheiten zur Förderung der internationalen Verständigung und der internationalen Zusammenarbeit hinzuweisen, wie die dem Fortschritt der Wissenschaft entsprungene Revolutionierung der menschlichen Hilfsmittel sie geschaffen hat, und zu unterstreichen, daß früheren Enttäuschungen zum Trotz diese Chancen noch vorhanden sind und daß alle Hoffnungen und alle Bemühungen darauf konzentriert werden müssen, sie zu nützen.

Für die rasche Entwicklung der Wissenschaft in der jüngsten Zeit und insbesondere für die abenteuerliche Erforschung der Eigenschaften und der Struktur des Atoms ist eine internationale Zusammenarbeit von noch nie dagewesener Ausdehnung und Intensität von entscheidender Bedeutung gewesen. Der fruchtbare Erfahrungs- und Gedankenaustausch zwischen Wissenschaftlern aus allen Teilen der Welt gab jedem, der daran teilhatte, immer wieder Mut und stärkte die Hoffnung, daß ein immer engerer Kontakt zwischen den Völkern ihnen die Möglichkeit geben würde, gemeinsam am Fortschritt der Zivilisation zu arbeiten.

Trotzdem mußte jeder, der die Unterschiede der kulturellen Tradition und der sozialen Struktur in den verschiedenen Ländern sah, tief beeindruckt sein von den Schwierigkeiten, die sich der Suche nach einem gemeinsamen Zugang zu zahlreichen menschlichen Problemen entgegenstellen. Die wachsende Spannung, die dem zweiten Weltkriege vorausging, verschärfte diese Schwierigkeiten im freien Verkehr zwischen den Nationen. Trotzdem blieb die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit ein entscheidender Faktor in der Entwicklung, die kurz vor Kriegsausbruch die Aussicht eröffnete, Atomenergie in großem Umfange freisetzen zu können.

Jeder, der an dem Atomenergieprojekt beteiligt war, war sich natürlich der ernstesten Probleme bewußt, vor die das Gelingen des Unternehmens die Menschheit stellen würde. Es war klar, daß dauernde schwere Gefahren für die Welt-sicherheit entstehen würden, wenn es nicht gelänge, umfassende Maßnahmen zur Verhinderung des Mißbrauchs der neuen furchtbaren Zerstörungsmittel gemeinsam zu beschließen und durchzuführen.

Gerade die Notwendigkeit einer gemeinsamen Anstrengung, solche düsteren Gefahren für die Zivilisation zuvorzukommen, schien mir aber eine einzigartige Gelegenheit zur Überbrückung der internationalen Divergenzen zu bieten. Vor allem konnten frühzeitige Konsultationen zwischen den im Kriege alliierten Nationen über die besten Wege zu gemeinsamer Sicherheit in der Zukunft entscheidend zu der Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens beitragen, die auch für die Zusammenarbeit an zahlreichen anderen gemeinsamen Problemen wesentlich sein würde.

Das Memorandum von 1944

Anfang 1944 hatte ich Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der amerikanischen und der britischen Regierung auf solche Gesichtspunkte zu lenken. Es kann vielleicht im Interesse der internationalen Verständigung liegen, einige der Gedanken

festzuhalten, die damals Gegenstand ernsthafter Beratungen waren. Zu diesem Zwecke darf ich wohl aus einem Memorandum zitieren, das ich Präsident Roosevelt als Grundlage für eine lange Unterhaltung unterbreitete, die er mir im August 1944 gewährte. Neben einem Überblick über den heute ja allgemein bekannten wissenschaftlichen Hintergrund des Atomenergieprojektes enthielt dies Memorandum vom 3. Juli 1944 u. a. folgende Absätze über die möglichen politischen Konsequenzen der Vollendung des Projektes:

„Es übersteigt selbstverständlich die Vorstellungskraft eines jeden, die Konsequenzen des Projektes in den kommenden Jahren zu überschauen, wenn die enormen verfügbaren Energiequellen voraussichtlich Industrie und Verkehr revolutionieren dürften. Die zunächst vordringliche Tatsache ist aber jedenfalls, daß eine Waffe von unvergleichlicher Gewalt geschaffen wird, die alle künftigen Bedingungen der Kriegführung vollständig verändern muß. Ganz abgesehen von der Frage, wie bald die Waffe zur Verfügung stehen wird und welche Rolle sie in dem gegenwärtigen Kriege spielen kann, wirft diese Situation eine Reihe von Problemen auf, die dringendste Aufmerksamkeit erfordern. Wenn nicht zur rechten Zeit eine Vereinbarung über die Kontrolle des Gebrauchs der neuen aktiven Stoffe getroffen werden kann, so dürfte die dauernde Gefährdung der menschlichen Sicherheit tatsächlich jeden vorübergehenden Vorteil aufwiegen.

Selbstverständlich verfügen allein die verantwortlichen Staatsmänner über den Einblick in die gegenwärtigen politischen Möglichkeiten. Es erscheint aber jedenfalls als ein überaus glücklicher Umstand, daß die allseits von den Vereinigten Nationen einstimmig ausgesprochenen Erwartungen künftiger harmonischer internationaler Zusammenarbeit in so bemerkenswerter Weise mit den einzigartigen Möglichkeiten übereinstimmen, die das Vorwärtsschreiten der Wissenschaft ohne Wissen der Öffentlichkeit geschaffen haben.

Viele Gründe dürften tatsächlich die Überzeugung rechtfertigen, daß ein Versuch mit dem Ziel, gemeinsame Sicherheit vor drohenden Gefahren zu erreichen, willkommen sein und mit loyaler Zusammenarbeit bei der Durchsetzung der notwendig weitreichenden Kontrollmaßnahmen beantwortet werden wird.

Gerade in dieser Hinsicht kann vielleicht die weltweite wissenschaftliche Zusammenarbeit hilfreiche Unterstützung bringen, die jahrelang so glänzende Hoffnungen für das gemeinsame Streben der Menschen verkörpert hat. Auf diesem Hintergrund könnten Verbindungen zwischen Wissenschaftlern verschiedener Nationen sogar ein Mittel bieten, um einen vorläufigen und unverbindlichen Kontakt herzustellen.“

Das Problem der Kontrolle

Die Geheimhaltung des Projektes, die jede öffentliche Kenntnis und offene Diskussion einer die internationale Lage so stark beeinflussenden Angelegenheit verhinderte, vergrößerte selbstverständlich die Schwierigkeit dieser Aufgabe der Staatsmänner. Trotz voller Klarheit über den außerordentlichen Charakter der Entscheidungen, die die vorgeschlagene Initiative notwendig machen mußte, schienen mir doch große Gelegenheiten verloren zu gehen, wenn die von der atomaren Entwicklung aufgeworfenen Probleme nicht in die Pläne der Vereinten Nationen für die Nachkriegszeit aufgenommen werden sollten. Dieser Gesichtspunkt war in einem ergänzenden Memorandum herausgearbeitet, das auch das technische Problem der Kontrollmaßnahmen weiter behandelte. Insbesondere suchte ich zu unterstreichen, daß gerade die jetzt für die gemeinsame Sicherheit so notwendige gegenseitige Offenheit an sich schon die internationale Verständigung fördern und dauerhafter Zusammenarbeit den Weg bereiten würde. Dieses Memorandum enthält neben Bemerkungen, die heute nicht mehr von Interesse sind, folgende Absätze:

„Die Menschheit wird vor Gefahren von noch nie dagewesenem Ausmaß stehen, wenn nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden können, um einem verhängnisvollen Wettstreit in solch furchtbaren Rüstungen zuvorzukommen und eine internationale Kontrolle der Herstellung und des Gebrauchs dieser gewaltigen Stoffe zu erreichen. Jedes Übereinkommen, das Sicherheit gegen heimliche Vorbereitungen zur Beherrschung des neuen Zerstörungsmittels bieten kann, würde außerordentliche Maßnahmen verlangen. Tatsächlich wäre nicht nur allgemeiner Zugang zu voller Information über wissenschaftliche Entdeckungen notwendig, sondern jedes größere technische, industrielle und militärische Unternehmen müßte internationaler Kontrolle offenstehen. Detaillierte Vorschläge für die Errichtung einer wirksamen Kontrolle müßten mit Hilfe der von den betreffenden Regierungen ernannten Wissenschaftler und Techniker ausgearbeitet werden, und ein ständiges Expertenkomitee könnte in Verbindung mit einer internationalen Sicherheitsorganisation mit der Registrierung neuer wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen und mit der Empfehlung jeweils geeigneter neuer Kontrollmaßnahmen beauftragt werden. Auf Empfehlung des technischen Komitees würde die Organisation in der Lage sein, die Bedingungen zu beurteilen, unter denen bei hinreichenden Sicherungen gegen die Ansammlung aktiver Stoffe in explosivem Stadium die industrielle Ausbeutung von Atomenergiequellen gestattet werden könnte.

Es ist ein überaus glücklicher Umstand, daß die zur Bewältigung der neuen durch den Fortschritt der Wissenschaft in einem entscheidenden Moment der Weltgeschichte vor der Menschheit stehenden Situation erforderlichen Maßnahmen so gut übereinstimmen mit den von den Vereinten Nationen einstimmig ausgesprochenen Erwartungen hinsichtlich künftiger enger internationaler Zusammenarbeit.

Ferner sollte gerade die völlig neue Situation eine sehr große Chance bieten, an eine vorurteilslose Haltung zu appellieren, und es würde sich sogar zeigen, daß eine Verständigung über diese lebenswichtige Frage zu einer annehmbaren Regelung auch anderer Probleme beitragen könnte, bei denen Geschichte und Tradition voneinander abweichende Ansichten entstehen ließen. In Anbetracht so umfassender Ausblicke dürfte der für die gemeinsame Sicherheit notwendige freie Zugang zu Informationen weitreichende Wirkungen für die Beseitigung von Hindernissen haben, die der gegenseitigen Kenntnis der geistigen und materiellen Aspekte des Lebens in den verschiedenen Ländern entgegenstehen, ohne deren Beseitigung aber Achtung und guter Wille zwischen den Völkern schwerlich von Dauer sein können. Die Teilnahme an einer Entwicklung, die weitgehend von internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit eingeleitet worden ist und unermeßliche Möglichkeiten menschlicher Zusammenarbeit umschließt, würde auch die engen Bande verstärken, die sich in den Vorkriegsjahren zwischen Wissenschaftlern verschiedener Nationen gebildet haben. In der gegenwärtigen Lage könnten sich diese Bande für die Beratungen der verschiedenen Regierungen und für die Errichtung der Kontrolle besonders nützlich erweisen. In vorläufigen Konsultationen zwischen den Regierungen mit der primären Absicht, Vertrauen zu erwecken und Beunruhigung zu zerstreuen, sollte es genügen, die Frage aufzuwerfen, welche Haltung jeder Partner einnehmen würde, wenn die durch den Fortschritt der Physik eröffneten, in groben Umrissen allgemein bekannten Perspektiven in einem Ausmaß verwirklicht werden, das eine außergewöhnliche Aktion notwendig machen würde.

Unter diesen Umständen scheint es, daß schwerlich etwas anderes als eine Verständigung das Ergebnis sein könnte, sobald die Partner erst einmal Zeit dazu gehabt haben, die Folgen einer Ablehnung dieser Einladung zur Zusammenarbeit zu überdenken und sich selbst von den Vorteilen zu überzeugen, die ein Abkommen mit sich bringen würde, das gemeinsame Sicherheit garantiert, ohne jemand von der Teilnahme an der Nutzung der neuen Quellen materieller Prosperität auszuschließen.

Es braucht kaum betont zu werden, wie glücklich es in jeder Hinsicht wäre, wenn in dem gleichen Augenblick, in dem die Welt von der furchtbaren Zerstörungsmacht erfährt, die in die Hände der Menschheit gelegt worden ist, ihr auch gesagt werden könnte, daß der große wissenschaftliche und technische Fortschritt dazu geholfen hat, eine solide Grundlage für eine künftige friedliche Zusammenarbeit unter den Völkern zu schaffen."

Hiroshima und die ersten Nachkriegsjahre

Wenn ich an jene Tage zurückdenke, fällt es mir schwer, die glühenden Hoffnungen, daß der Fortschritt der Wissenschaft den Beginn einer neuen Aera harmonischer Zusammenarbeit zwischen den Völkern einleiten könnte, und die Ängste, daß eine Gelegenheit verpaßt werden könnte, um eine solche Entwicklung zu fördern, anschaulich genug zu schildern. Bis zum Ende des Krieges gab ich mir auf allen einem Gelehrten offenstehenden Wegen Mühe, die Wichtigkeit einer richtigen Einschätzung der vollen politischen Bedeutung des Projektes zu betonen und mich dafür einzusetzen, daß — bevor vom Gebrauch der neuen Atomwaffen die Rede sein könne — die internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der neuen Gefahren für die Weltsicherheit eingeleitet sein müsse. Ich verließ Amerika im Juni 1945 vor der erstmaligen Erprobung der Atombombe und blieb in England, bis im August 1945 offiziell bekanntgegeben wurde, daß die Waffe eingesetzt worden war. Bald danach kehrte ich nach Dänemark zurück und habe seitdem mit keinem geheimen militärischen oder industriellen Projekt auf dem Gebiete der Atomenergie mehr zu tun gehabt.

Als der Krieg zu Ende ging und die große Gefahr der Unterdrückung für so manche Völker vorübergegangen war, bemächtigte sich der ganzen Welt eine ungeheure Erleichterung. Trotzdem war die politische Lage von trüben Vorzeichen verdüstert. Voneinander abweichende Anschauungsweisen der Siegernationen verschärften unvermeidlich die Kontroversen, die sich immer aus Friedensregelungen ergeben. Im Gegensatz zu den Hoffnungen auf eine fruchtbare künftige Zusammenarbeit, denen alle Seiten Ausdruck verliehen hatten und die in der Charta der Vereinten Nationen Gestalt fanden, wurde der Mangel an gegenseitigem Vertrauen bald offenbar. Neue Barrieren, die den freien Strom der Informationen zwischen den Ländern hemmten, erhöhten das Mißtrauen und die Angst noch weiter. Auf dem Gebiet der Wissenschaft, besonders im Bereich der Atomphysik, behinderten die fortgesetzte Geheimhaltung und die zur Sicherung als notwendig erachteten Beschränkungen die internationale Zusammenarbeit so sehr, daß die Weltgemeinschaft der Gelehrten in verschiedene Lager gespalten wurde. Allen Versuchen zum Trotz haben die Verhandlungen unter den Vereinten Nationen bisher kein Übereinkommen über die Maßnahmen zur Ausschaltung der Gefahr der Atomrüstung erbracht. Die Unergiebigkeit dieser Verhandlungen hat vielleicht mehr als irgend etwas anderes klargemacht, daß ein konstruktives Herangehen an so lebenswichtige Fragen, die alle betreffen, eine Atmosphäre größeren Vertrauens erfordert. Das Ideal einer offenen Welt mit allseitiger Kenntnis der sozialen Verhältnisse und technischen Unternehmungen einschließlich der militärischen Vorbereitungen in jedem Lande mag in der heutigen WELTSITUATION als weit entfernte Möglichkeit erscheinen. Dennoch wird ein solches Verhältnis zwischen den Nationen nicht nur für eine Zusammenarbeit am Fortschritt der Zivilisation notwendig sein — eine gemeinsame Zustimmungserklärung zu einem solchen Kurs würde auch einen sehr günstigen Hintergrund für gemeinsame Bemühungen zur Förderung der allgemeinen Sicherheit schaffen. Weiterhin schien es mir, daß die bei der neuen technischen Entwicklung vorangegangenen Länder infolge ihrer Möglichkeit, wertvolle Informationen zu geben, in einer besonderen Stellung seien, um mit einem direkten Vorschlag voller gegenseitiger Offenheit die Initiative zu ergreifen. Ich hielt es für richtig, diese Ansichten der amerikanischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, ohne die

delikate Frage öffentlich aufzuwerfen. Bei Reisen in die Vereinigten Staaten 1946 und 1948 benutzte ich die Gelegenheit, um amerikanischen Staatsmännern eine derartige Initiative nahezu legen. Vielleicht gibt es einen Eindruck von den bei diesen Gelegenheiten besprochenen Ideen, wenn ich ein Memorandum zitriere, das ich dem amerikanischen Außenminister als Grundlage zu Unterredungen in Washington im Juni 1948 unterbreitete:

„Die tiefverwurzelten Divergenzen in der Haltung zu vielen Aspekten des menschlichen Zusammenlebens, die sich aus den sozialen und politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ergeben haben, mußten die internationalen Beziehungen am Ende des zweiten Weltkrieges ernsthaft belasten. Während im Kriege die gemeinsamen Verteidigungsbemühungen die Aufmerksamkeit von solchen Divergenzen weitgehend ablenkten, war es klar, daß die Verwirklichung der von allen gegen die Aggression vereinigten Nationen verkündeten Hoffnungen auf eine rückhaltlose Zusammenarbeit ein völlig neues Herangehen an die internationalen Beziehungen erfordern würde.

Die Tatsache, daß die Bedrohung der Zivilisation die Völker vor Fragen von tiefstem gemeinsamem Interesse stellt, sollte doch große Möglichkeiten bieten, eine dauerhafte Zusammenarbeit in lebenswichtigen Fragen anzustreben. Schon während des Krieges wurde es klar, daß durch eine frühzeitige Initiative mit dem Ziel der Ermutigung des Vertrauens eine gute Grundlage für spätere Entwicklungen geschaffen werden könnte. Inhalt dieser Initiative mußte es sein, allen Partnern die tatsächliche Lage klarzumachen, vor der man stehen würde, und sie der Bereitschaft zu versichern, sich an dem weitgehenden Verzicht auf gewohnte nationale Hoheitsrechte zu beteiligen, der von jeder Seite verlangt werden würde.

In den Jahren seit dem Kriege haben sich die Unterschiede in der Anschauungsweise immer deutlicher gezeigt, und einer der verzweifelten Züge der gegenwärtigen Lage ist das Ausmaß, in dem die Hemmungen des wechselseitigen Verkehrs zu einer Verzerrung der Tatsachen und Motive geführt haben; wachsendes Mißtrauen und Argwohn zwischen den Nationen und sogar zwischen Gruppen innerhalb vieler Nationen ist die Folge. Unter diesen Umständen sind die in der Organisation der Vereinten Nationen verkörperten Hoffnungen wiederholt auf tiefste enttäuscht worden, und es ist insbesondere nicht möglich gewesen, hinsichtlich der Kontrolle der Atomenergieerüstungen Übereinstimmung zu erzielen. In der heutigen Situation, in der sich der Riß zwischen den Nationen erweitert und die Angst um die Zukunft ausbreitet, erscheint eine Änderung der Entwicklungsrichtung nur dann möglich, wenn eine große Frage aufgeworfen wird, die geeignet ist, die höchste Sehnsucht der Menschheit wachzurufen. Hier wird klar, daß das Eintreten für eine offene Welt mit ungehinderten Möglichkeiten gemeinsamer Aufklärung und gegenseitigen Verstehens den Hintergrund eines solchen Unternehmens bilden muß. Ganz gewiß können Achtung und guter Wille zwischen Nationen nicht dauern ohne freien Zugang zur Unterrichtung über alle Aspekte des Lebens in jedem Lande.

Unter diesen Umständen sollten die Konsequenzen sorgfältigst überlegt werden, die sich aus einem zur rechten Zeit vorgebrachten Angebot sofortiger Maßnahmen zu wechselseitiger Offenheit ergeben würden. Solche Maßnahmen müßten in geeigneter Weise Zugang zu jeder gewünschten Information über Verhältnisse und Entwicklungen in den verschiedenen Ländern geben und dadurch den Partnern erlauben, sich ein richtiges Urteil über die tatsächliche Lage zu bilden, vor der sie stehen.

Eine Initiative in dieser Richtung mag vielleicht den Bereich herkömmlicher diplomatischer Vorsicht überschreiten, aber sie muß auf dem Hintergrund gesehen werden, daß — wenn die Vorschläge auf Zustimmung treffen sollten — eine radikale Verbesserung der Weltlage erreicht würde mit völlig neuen Möglichkeiten zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und zum Abschluß einer Ver-

einbarung über wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der gemeinsamen Gefahren. Die Schwierigkeit, eine Zustimmung dafür zu erhalten, sollte kein Argument gegen eine solche Initiative sein, denn ganz abgesehen von der unmittelbaren Antwort müßte die Tatsache, daß ein Angebot dieser Art gemacht worden ist, die Lage in einer verheißungsvollen Richtung beeinflussen. Tatsächlich wäre der Welt von einer Seite die Bereitschaft demonstriert, mit allen anderen zusammenzuleben, und zwar unter Bedingungen, bei denen nur ehrliche Überzeugung und gutes Beispiel die gegenseitigen Beziehungen und das gemeinsame Schicksal gestalten würden.

Eine derartige Stellungnahme würde mehr als alles andere an die Menschen in der ganzen Welt appellieren, die für die Grundrechte des Menschen kämpfen; sie könnte die moralische Position all derer stärken, die eine echte internationale Zusammenarbeit unterstützen. Gleichzeitig würden diejenigen, die zögern, den vorgeschlagenen Kurs zu verfolgen, in eine schwierige Position gebracht, weil ein solcher Widerstand, wenn er der Welt offenbar würde, einem Bekenntnis mangelnden Vertrauens in die Stärke der eigenen Sache gleichkäme.

Die Erhebung der Forderung nach Offenheit zur alles beherrschenden Frage würde ganz neue Möglichkeiten schaffen, die — zielbewußt verfolgt — die Menschheit ein weites Stück Wegs vorwärts bringen könnten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Arbeit am Fortschritt der Zivilisation, die heute dringender ist und den gegenwärtigen Hindernissen zum Trotz noch immer leichter zu erreichen sein mag als je zuvor."

Haltung ohne Vorurteil

Die Gedanken dieses Memorandums mögen utopisch erscheinen, und die Schwierigkeit, einen Überblick über die möglichen Komplikationen eines so gar nicht herkömmlichen Verfahrens zu gewinnen, erklärt vielleicht das Zögern der Regierungen, sich zu voller gegenseitiger Offenheit zu bekennen. Trotzdem dürfte ein solcher Kurs ungeachtet der sozialen und ökonomischen Unterschiede im tiefsten Interesse aller Völker liegen, und ohne Zweifel teilen Menschen in der ganzen Welt die Hoffnungen und Erwartungen, denen dieses Memorandum Ausdruck zu geben versuchte.

In den letzten Jahren hat die weltweite politische Entwicklung die Spannung zwischen den Nationen vergrößert, und die Aussicht auf einen Kampf der großen Länder um den Besitz der Mittel, die Bevölkerung weiter Gebiete zu vernichten und sogar Teile der Erde zeitweilig unbewohnbar zu machen, hat weithin Verwirrung und Bestürzung hervorgerufen.

Da es für die Menschheit schwerlich in Frage kommen kann, der Aussicht auf Verbesserung der materiellen Grundlagen der Zivilisation durch Atomenergiequellen freiwillig zu entsagen, ist eine radikale Neuordnung der internationalen Verhältnisse offenbar unerlässlich, wenn die Zivilisation überleben soll. Die Schwierigkeit ist, daß jede Garantie, den Fortschritt der Wissenschaft nur zum Wohle der Menschheit verwenden zu wollen, die gleiche Haltung voraussetzt, die auch für die Zusammenarbeit der Völker auf allen Kulturgebieten nötig ist.

Auch auf anderen Gebieten der Wissenschaft hat der jüngste Fortschritt uns vor eine Situation gestellt, die der durch die Entwicklung der Atomphysik geschaffenen gleicht. Sogar die Medizin, die für die Gesundheit der Menschen auf der ganzen Welt so glänzende Verheißungen gibt, hat Mittel zur Vernichtung des Lebens in einem entsetzlichen Ausmaß geschaffen, die eine schwere Bedrohung für die Zivilisation bedeuten, wenn es nicht gelingt, Vertrauen und Verantwortlichkeit universal fest zu begründen.

Die Lage verlangt eine Haltung ohne jedes Vorurteil gegenüber allen Fragen des internationalen Zusammenlebens. Ein richtiges Verständnis der Pflichten und Verantwortlichkeiten, die sich daraus ergeben, daß jeder ein Bürger dieser Welt

ist, erscheint in unserer Zeit jedoch notwendiger als je zuvor. Auf der einen Seite hat der Fortschritt der Wissenschaft und der Technik die Schicksale aller Nationen unlösbar miteinander verbunden, und andererseits vollziehen sich die kräftigen Bemühungen um nationale Selbstbehauptung und soziale Entwicklung in den verschiedenen Teilen unserer Erde auf einem überaus unterschiedlichen kulturellen Hintergrund.

Eine offene Welt, in der jede Nation sich selbst nur in dem Umfang geltend machen kann, in dem sie zur gemeinsamen Kultur beizutragen vermag und fähig ist, anderen mit Erfahrungen und Hilfsquellen zu helfen, muß das Ziel sein, das über allem anderen steht. Freilich kann ein Beispiel in solcher Hinsicht nur dann wirksam sein, wenn die Isolierung aufgegeben und freie Diskussion der kulturellen und sozialen Entwicklungen über alle Grenzen hinweg gestattet wird.

In jeder Gemeinschaft können die Bürger nur auf Grund öffentlicher Kenntnis der allgemeinen Verhältnisse ihres Landes zusammen nach gemeinsamer Wohlfahrt streben. Genau so setzt wirkliche Zusammenarbeit der Völker an gemeinsamen Fragen freien Zugang zu allen Informationen voraus, die für ihre Beziehungen von Bedeutung sind. Jedes Argument für die Aufrechterhaltung von Hindernissen für Information und Verkehr, das auf die Sorge um nationale Ideale und Interessen gegründet ist, muß abgewogen werden gegen die heilsamen Wirkungen gemeinsamer Aufklärung und die aus Offenheit entspringende Minderung der Spannung.

Auf der Suche nach einem harmonischen Verhältnis zwischen dem Leben des einzelnen und der Organisation der Gemeinschaft hat es immer viele Probleme gegeben, die erwogen werden mußten, und Prinzipien, um die gekämpft wurde — es wird sie immer geben. Um es aber den Völkern zu ermöglichen, aus den Erfahrungen anderer zu lernen und ein gegenseitiges Mißverstehen der Absichten zu vermeiden, muß Informationsfreiheit und ungehinderter Gedankenaustausch überall gewährleistet sein.

Die Entwicklung der Technik hat heute ein Stadium erreicht, in dem die Verkehrsmöglichkeiten das Mittel bieten, aus der gesamten Menschheit eine kooperierende Einheit zu machen, und in dem sich gleichzeitig verhängnisvolle Folgen für die Zivilisation ergeben können, wenn nicht internationale Meinungsverschiedenheiten als Fragen betrachtet werden, die durch Konsultationen geregelt werden müssen. Gerade die Tatsache, daß Wissen an sich die Grundlage der Zivilisation ist, weist unmittelbar auf die Offenheit als dem Weg zur Überwindung der gegenwärtigen Krise hin. Welche internationalen Gerichts- und Verwaltungsbehörden auch schließlich geschaffen werden müssen, um die Weltlage zu stabilisieren, man muß sich klar machen, daß nur volle gegenseitige Offenheit das Vertrauen fördern und die gemeinsame Sicherheit wirksam garantieren kann.

Jede Erweiterung unseres Wissens vergrößert die Möglichkeiten zur Formung der menschlichen Lebensverhältnisse, die Verantwortung der Individuen und der Völker. Die ungestüme Warnung, die uns in dieser Hinsicht in unserer Zeit zuteil geworden ist, darf nicht unbeachtet bleiben.

Ich wende mich mit diesen Betrachtungen an die Vereinten Nationen in der Hoffnung, daß sie bei der Suche nach einem realistischen Zugang zu den schweren und drängenden Problemen, vor denen die Menschheit steht, helfen mögen. Die vorgetragenen Argumente legen die Folgerung nahe, daß jede Initiative von irgendeiner Seite zur Beseitigung der Hindernisse in der wechselseitigen Informations- und Verkehrsfreiheit von größter Bedeutung sein würde, um den gegenwärtigen toten Punkt zu überwinden und andere zu ermutigen, Schritte in der gleichen Richtung zu tun. Die Anstrengungen aller Förderer der internationalen Zusammenarbeit, mag es sich nun um einzelne oder um Nationen handeln, werden nötig sein, um in allen Ländern eine Meinung zu schaffen, die mit ständig wachsender Klarheit und Stärke die Forderung nach einer offenen Welt erhebt.

UM DIE SICHERHEIT IM ATOMKRIEG¹⁾

In Anbetracht der Ungewißheit des Gebrauchs von Atom- und Wasserstoffbomben in jedem künftigen Krieg ist die Bedeutung dieser Waffen für eine realistische Außen- und Verteidigungspolitik selbstverständlich strittig. Diese Ungewißheiten verwirren nicht nur den Laien, sondern lasten auch schwer auf denen, die zum Allerheiligsten geheimer Informationen zugelassen sind. Die Bedeutung dieser neuen Waffen ist so furchtbar, daß sie unsere Erfindungskraft ungeheuer aufrütteln müßte, wenn wir geeignete Vorbereitungen treffen wollen, um im Zeitalter der neuen Technik und des alten internationalen Konflikts zu überleben.

Für den mit dem offiziellen Wissen und den offiziellen Überlegungen nicht vertrauten Laien ist es verwirrend zu sehen, wie das Für und Wider einander anschließender politischer Linien in eng begrenzten Zirkeln diskutiert wird, während die Mehrheit der interessierten Öffentlichkeit zu einer Nebenrolle verurteilt ist, weil sie mit Absicht von den offiziellen Berechnungen ausgeschlossen wird. Es ist genau so verwirrend zu entdecken, daß die offizielle Luftwaffenpolitik sich einer ziemlich einseitigen Betonung der Offensivwaffe mit einer entsprechenden Vernachlässigung der Luftverteidigung verschrieben hat²⁾. Auf Grund dessen, was der Öffentlichkeit bekannt ist, scheint die offizielle Orientierung anfechtbar und möglicherweise unlogisch und gefährlich. Wenn man die wichtige Frage der Vorbereitungen für die Führung peripherer Feindseligkeiten, die hinsichtlich des Kriegsschauplatzes und des Waffengebrauchs oder in beidem begrenzt sind, beiseite läßt und sich auf das Problem eines großen und unbegrenzten Krieges konzentriert, lassen sich gewichtige Gründe für die Vorbereitung von Verteidigungsmaßnahmen gegen einen Luftangriff dartun. Es gibt einmal die aktive Verteidigung, zu der die Warnung vor und das Abfangen von Luftangriffen gehört, und die zivile Verteidigung, die sich mit Notmaßnahmen befaßt, um im Falle von Luftangriffen die Zahl der Opfer zu verringern. Es gibt die passive Verteidigung, die dazu bestimmt ist, die Verwundbarkeit zu vermindern, indem man die Natur oder die Lage von industriellen und städtischen Zielen verändert, so daß sie dem Bombenschaden weniger ausgesetzt sind.

Die offizielle Luftwaffendoktrin

Die offizielle amerikanische Luftwaffendoktrin, die mit leichten Modifikationen auch der britischen Politik zugrunde liegt, weist der strategischen Luftwaffe den

¹⁾ Es handelt sich bei diesem Aufsatz um eine gekürzte Fassung des Memorandums Nr. 6 des Center of International Studies, Princeton, 1954. Obwohl der Beitrag sich mit den spezifischen Möglichkeiten eines Verteidigung der USA beschäftigt, dürften die erörterten Probleme auch für den europäischen und vor allem für den deutschen Leser der Diskussion wert sein. Ein Vergleich der hier dargelegten Perspektiven mit den landläufigen Vorstellungen von einer deutschen Sicherheits- und Militärpolitik bietet sich an — mit welchen Folgerungen! Die Schriftleitung.

²⁾ Diese Vernachlässigung der Luftverteidigung kennzeichnet auch die meisten privaten Diskussionen. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet J. Robert Oppenheimer: „Atomic Weapons and American Policy“, Foreign Affairs XXXI, 1953, S. 525—535.

überwältigenden Teil der für die Luftwaffe zur Verfügung stehenden Hilfsquellen zu. Ein starkes Strategic Air Command (SAC) soll den Vereinigten Staaten die Möglichkeit geben zu sofortiger und massiver Zerstörung sowjetischer Städte und Industrien. Eine mächtige internationale Bomberwaffe, zahlreiche Kernspaltungs- und Kernfusionsbomben, eine weit ausgedehnte Kette von Luftstützpunkten, und die Gewißheit, daß diese Macht im Fall eines größeren Krieges benutzt werden wird, all diese Faktoren zusammen sollen davon abschrecken, die Aggression überhaupt erst zu beginnen. Wie Staatssekretär Dulles dargetan hat, ist das Kernproblem unserer Verteidigung: „Wie läßt sich ein Angriff abschrecken? Dazu gehört nach unserer Meinung, einem potentiellen Angreifer keinen Zweifel darüber zu lassen, daß der Schaden, den er erleiden würde, jeden möglichen Gewinn seines Angriffs übersteigen müßte. Die freie Welt muß einfallreich sein und Gebrauch machen von der Fähigkeit dieser neuen Waffen zur Abschreckung... Richtig gebraucht vermögen sie, eine Defensivkraft zu schaffen, die imstande ist, sofort und wirkungsvoll jeden Angriff zu vergelten“³⁾. Ähnlich bekennt sich der britische Luftmarschall Slessor zu dem Glauben, daß „die weitere Existenz von Atomwaffen uns eine beinahe sichere Chance gibt, einen neuen Weltkrieg zu verhindern... Amerikas Sicherheit liegt in der Verhinderung... eines Krieges, genau wie die unsere“⁴⁾. Es ist ein integrierender Bestandteil dieser Politik, daß sowohl der aktive wie der passive Luftschutz sehr viel weniger Aufmerksamkeit finden als die Förderung und Erhaltung der Offensivkraft, soweit nicht aktive Verteidigung notwendig ist zum Schutz der Fähigkeit, einen massiven Vergeltungsschlag zu führen. Gleichgültig, welche Gründe sich für diese Doktrin anführen ließen: Sie bleibt die Hauptstütze unserer Politik auch heute, wo das Monopol in der Herstellung von Atombomben nicht mehr besteht, wo jede nachhaltige amerikanische Waffenüberlegenheit schwindet und vielleicht noch weiter abnimmt oder sogar im Laufe der Zeit ganz aufhört.

Muß Vergeltungskraft abschrecken?

Die extreme Betonung des großen Abschreckungsmittels ist unter drei Bedingungen vernünftig. Erstens ist sie fraglos vernünftig, wenn die Vergeltungswaffen tatsächlich einen größeren Angriff abschrecken. Aber kann diese Wirkung als gesichert gelten, auch dann, wenn ihr Erfolg wahrscheinlich ist? Slessor z. B. nimmt an, daß die Existenz von Atomwaffen uns „eine beinahe sichere Chance gibt, einen neuen Weltkrieg zu verhindern“ (a. a. O. S. 18). Aber „beinahe sicher“ ist weniger als sicher, und selbst diese eingeschränkte Voraussage kann sich als falsch erweisen. Er räumt weiter ein, daß man Atomwaffen „in dem unwahrscheinlichen Falle eines weiteren großen Krieges“ (a. a. O. S. 19) verwenden wird. Wenn es keine Gewißheit gibt, daß der Besitz der Vergeltungswaffe abschreckt, dann ist es eine zweifelhafte Weisheit, alles auf diese eine Karte zu setzen; denn wenn sich herausstellt, daß die Karte nicht sticht, werden die Folgen fürchterlich sein. Die Abschreckungswaffe schreckt vielleicht deshalb nicht ab, weil ein möglicher Angreifer — die UdSSR z. B. — über Krieg und Frieden auf Grund von Kostenrechnungen entscheidet, die nicht notwendig identisch sind mit denen, die vom Gesichtspunkt amerikanischer Ziele und Prioritäten her vernünftig erscheinen. So legen die sowjetischen Führer z. B. vielleicht weniger Wert auf die Vermeidung der Opfer, die sie bei unbeschränkter Kriegführung zu erwarten haben, als die amerikanischen Führer Wert auf das Leben ihres eigenen Volkes legen. Mit ihren von den unsren verschiedenen Zielvorstellungen erwartet die sowjetische Führung vielleicht größere Gewinne von einem unbegrenzten Krieg zu irgendeiner bestimmten Zeit, als wir voraussehen. Weiter

³⁾ John Foster Dulles: „Policy for Security and Peace“, Foreign Affairs XXXII, 1954, S. 357/8.

⁴⁾ Sir John Slessor: „Strategy for the West“, New York, 1945, S. 18 und 21.

könnte das große Abschreckungsmittel deswegen nicht abschrecken, weil wir mehr oder weniger unbeabsichtigt in einen Atomkrieg hineinschlittern. Ein schießfreudiger oder verzweifelter Kommandant oder der Wunsch, nicht den ersten Atomangriff auf die Heimat zu erleiden, könnten eine begrenztere Form des Krieges in uneingeschränkte Luftangriffe ausarten lassen.

Wenn die Strategie des großen Abschreckungsmittels sich als falsch herausstellen, d. h. wenn ein großer Krieg mit Einschluß von Atomangriffen von der anderen Seite heraufbeschworen werden sollte, dann könnten die Vereinigten Staaten vermutlich mit gleicher Münze zurückzahlen. Es mag uns zwar Befriedigung gewähren, den Angreifer zu bestrafen, aber wir könnten auch geschlagen und selbst im besten Falle mit einem Grad von Zerstörungen belastet werden, der für viele Millionen Opfer auf immer das Ende der amerikanischen Lebensweise bedeuten würde und für die Überlebenden auf lange Zeit.

Wir werden ferner in unserer Handlungsfreiheit stark eingeschränkt sein, wenn unsere Vergeltungsfähigkeit einen Angriff nicht mit Sicherheit abschreckt, denn ein entschlossener Angreifer könnte uns dann ad infinitum erpressen, vorausgesetzt, daß er weniger abgeneigt wäre als wir, die wilde Furie der Atombomben loszulassen. Slessor bemerkt sehr richtig, daß „nichts gefährlicher sein könnte, als bei einem möglichen Angreifer den Eindruck zu erwecken, daß wir die Atombomben im Falle eines Angriffs nicht verwenden würden“ (a. a. O. S. 18).

Es ist schwer einzusehen, wie sich Gewißheit erlangen ließe, daß der Besitz der Vergeltungswaffe des SAC einen Krieg großen Maßstabes verhindern wird, und wenn diese Sicherheit nicht zu erreichen ist, dann ist die einseitige Konzentration der Luftwaffe auf ein mächtiges SAC eine riskante Politik.

Ist Luftschutz technisch möglich?

Die zweite Bedingung, unter der eine Betonung der Offensivbereitschaft vernünftig ist, betrifft die Undurchführbarkeit eines wirkungsvollen Luftschutzes wegen physischer Unmöglichkeit eines solchen Schutzes.

Es mag richtig sein, daß wirkungsvoller aktiver sowie passiver Luftschutz tatsächlich technisch unmöglich ist und daß der unbegrenzte Gebrauch von Kernspaltungs- und Kernfusionsbomben die Zivilisation buchstäblich auslöschen wird. Diese Möglichkeit erinnert an das wohlbekannteste Bild von zwei Skorpionen, die in einer Flasche eingeschlossen sind und von denen jeder den anderen nur auf Kosten seines eigenen Lebens töten kann. Soweit die Kenntnis der Öffentlichkeit reicht, ist diese Bedingung heute nicht gegeben. Man hat uns gesagt, daß sich Wasserstoffbomben mit etwa der tausendfachen Explosivkraft der Atombombe von Hiroshima herstellen lassen und daß diese Bombe in einem Umkreis von etwa 10 Meilen oder einem Gebiet von etwa 300 Quadratmeilen alles zerstört. Man hat uns weiter gesagt, daß bei einem genügenden Vorrat von Atombomben die Herstellung von Wasserstoffbomben verhältnismäßig billig ist. Das sind fürchterliche Dimensionen. Aber da die Bomben geliefert werden müssen und die Lieferung bis jetzt noch nicht billig ist, besteht keine Wahrscheinlichkeit, daß das Leben in einem Lande von etwa drei Millionen Quadratmeilen leicht vernichtet werden könnte.

Senator Symington hat betont, daß in nicht sehr ferner Zukunft interkontinentale Geschosse zur Verfügung stehen werden, daß es gegen sie gegenwärtig keine Verteidigung gibt, sobald sie einmal abgeschossen sind, weil sie nicht von elektronischer Steuerung abhängen und daher in ihrer Bahn auch nicht durch elektronische Störungen abgelenkt werden können, daß die Genauigkeit beim Abschuß dieser Waffen mehr und mehr an Bedeutung verliert und daß Dezentralisierung der Ziele keine Lösung für das Verteidigungsproblem mehr bieten wird⁵⁾. Es ist möglich, daß radioaktive Dämpfe das Leben der Bevölkerung be-

⁵⁾ Congressional Record, US-Senat, 83rd Congress, 2nd Session, July 21, 1954, S. 10707—10710.

drohen, soweit sie nicht unmittelbar durch feindliche Bomben getötet worden ist. Die Frage ist, ob dieses Stadium bereits erreicht ist oder bald erreicht sein wird. Bei solchen Voraussagen darf nicht übersehen werden, daß bei aller furchtbaren Zerstörungskraft der Bomben und der möglichen Verbilligung ihrer Herstellung die Erfindungskraft, die sie schuf — wenn auch nur vermittelt einer gewaltigen Anstrengung —, wohl auch unsere Fähigkeit zur Zerstörung von Bombenträgern verbessern kann, wenn sie energisch in dieser Richtung gelenkt wird. Daß eine solche Entwicklung gegenwärtig nicht in Sicht ist, ist kein schlüssiger Beweis für die technische Undurchführbarkeit.

Konzeption einer wirksamen Verteidigung

Selbst wenn die Verteidigung technisch möglich sein sollte, könnte vielleicht ihre wirksame Durchführung Anlagen, Ausrüstungen, ausgebildetes Personal und eine Dezentralisation der Anlagen über und unter der Erde in einem Ausmaß erfordern, das ökonomischen Selbstmord bedeuten und den Niedergang des zivilisierten Lebens auch so schon mit sich bringen würde. Ohne volle Information kann der Außenstehende darüber kein Urteil fällen. Jedenfalls würde eine allgemeine Konzentration auf eine Offensivwaffe anfechtbar und vielleicht falsch sein, wenn Verteidigungsvorbereitungen weder physisch unmöglich noch wirtschaftlich verhängnisvoll sind. Die folgenden Argumente beruhen auf dieser Annahme.

Schlußfolgerungen über den Sinn des Aufbaus einer wirkungsvollen Verteidigungskraft sind selbstverständlich in hohem Maße davon abhängig, wie man sich eine „wirksame“ Verteidigung denkt. Die Vorstellungen, die heute einen großen Teil der Diskussion über diesen Gegenstand beherrschen, tendieren offensichtlich zu der These des „Alles oder Nichts“. Um wirkungsvoll zu sein, muß nach dieser Ansicht Luftverteidigung bis auf geringfügige Ausnahmen jede Zerstörung von Leben und Eigentum verhindern. Man neigt dazu, Verteidigung als wirkungslos zu betrachten, wenn Gründe für die Erwartung vorliegen, daß gewaltige Ausgaben für Luftverteidigung die Opfer von hypothetisch 40 Millionen auf hypothetisch 20 Millionen und die Zerstörung unserer Wirtschaftskapazität von hypothetisch 50 Prozent auf hypothetisch 35 Prozent senken würden⁹⁾. Die Diskussion über aktiven Luftschutz, der feindliche Flugzeuge oder Geschosse abfangen soll, zeigt eine derartige Haltung. So argumentiert Slessor z. B., daß eine Abschußquote der angreifenden Bomber von 5 bis 10 Prozent im Verlauf der Zeit unter den Voraussetzungen des letzten Weltkrieges erreicht wurde, daß aber eine solche Quote bei der furchtbaren Zerstörungskraft einer einzigen Atombombe heute erschreckend unzulänglich wäre. Seiner Ansicht nach muß sich die Abschußquote 100 Prozent nähern, um einen aktiven Luftschutz wirksam zu machen (a. a. O. S. 19). Die Luftwaffe der Vereinigten Staaten hat öffentlich bekanntgegeben, daß man unter den neuesten Bedingungen auf eine Abschußrate von nicht mehr als 20 bis 30 Prozent zählen könne, und viele Sachverständige folgern, daß unter diesen Umständen aktiver Luftschutz wirkungslos sei.

Ob man nun je nach der größeren oder kleineren Verteidigungskapazität 20 oder 40 Millionen Opfer erwartet, so bedeutet das in beiden Fällen einen fürchterlichen Verlust. Aber ist der Schaden wirklich gleich? Ist der hypothetische Unterschied von 20 Millionen Überlebenden wirklich gleichgültig, wenn andererseits weitere 20 Millionen dem Untergang geweiht sind? Wenn das unsere Antwort ist, dann heißt das tatsächlich nur, daß entweder die Abschreckungswaffe genügt, um den Krieg zu verhindern, wobei unser fester Entschluß, diese Waffe notfalls zu gebrauchen, eingeschlossen ist, oder daß — wenn sie nicht zur Abschreckung ausreicht — wir uns selbst für verloren halten und uns ebenso gut in jedem Fall

⁹⁾ Gordon Dean: „Report on the Atom“, New York, 1953, S. 129.

für besiegt erklären könnten. Das hieße nichts anderes als zu sagen, daß die zusätzlichen 20 Millionen Überlebende, die durch Schutzmaßnahmen hätten gerettet werden können, in diesem Falle zum Massenselbstmord schreiten oder einem schlimmeren Schicksal als dem Tod entgegengehen würden. Es ist gewiß entsetzlich, diese Möglichkeiten zu überdenken; wäre es aber weise, dieser Frage aus dem Wege zu gehen?

Im folgenden wird diese Frage unter der bereits angenommenen Voraussetzung behandelt, daß ein Atomangriff auf die Vereinigten Staaten nicht mit einem mörderischen Schlag alles Leben auslöschen wird; zweitens unter der Voraussetzung, daß eine Mehrheit von Amerikanern tatsächlich einen solchen Angriff überleben wird und daß diese Mehrheit durch geeignete Schutzmaßnahmen wesentlich vergrößert werden kann, und schließlich unter der Voraussetzung, daß, wenn die Entscheidung gefallen ist, die Amerikaner eher kämpfen als sich ergeben und eher leben als Selbstmord begehen werden. All diese Voraussetzungen sind fraglich, aber man kann sie nicht außer Acht lassen, bevor bewiesen ist, daß sie falsch oder sehr weit hergeholt sind. Und weiter: Selbst wenn die Pessimisten recht haben und die Mehrheit der Bevölkerung nicht mit dem Überleben rechnen kann, bleibt die Frage, ob es nicht der Mühe wert ist, die Zahl der Überlebenden zu erhöhen, vorausgesetzt, daß die Erhöhung einen beträchtlichen Umfang hat.

Wieviel können wir für Luftschutz aufwenden?

Die offizielle Luftwaffendoktrin könnte auch unter einer dritten Bedingung große Berechtigung beanspruchen: Wenn eine ausreichende Vorsorge für wirksamen Luftschutz so kostspielig wäre, daß sie den Ruin unserer Wirtschaft bedeuten würde. Man hat behauptet, daß es uns nicht möglich sei, sowohl eine Angriffswie eine Verteidigungsmacht aufrechtzuerhalten, daß der Betrag, den wir für Verteidigung ausgeben können, eine bestimmte Höhe nicht übersteigen darf, daß unsere Ausgaben jetzt nahe an diesen Betrag herankommen und daß — weil die Abschreckungskraft zu einer zuversichtlichen Hoffnung auf die gänzliche Vermeidung eines größeren Krieges berechtigt — wir dem SAC beinahe alles außer dem, was wir für konventionelle Streitkräfte ausgeben, zur Verfügung stellen müßten.

Diese Voraussetzung ist zweifellos ein Produkt der Einbildung. Unglücklicherweise gibt es keinerlei allgemeine Übereinstimmung über irgendein Kriterium, das eine vernünftige Entscheidung darüber erlauben würde, was zu kostspielig ist und was nicht. Gewöhnlich argumentiert man mit den Begriffen der „Unterminierung“ und des „Ruins“ der Wirtschaft ohne eine Definition dieser Begriffe und ohne zu sagen, wie sich diese Wirkung aus verschiedenen hohen Ausgaben für passiven Luftschutz ergeben würde. Nur der Bezug auf quantitative Faktoren kann die Grundlage für eine Klärung bringen.

Die Verwundbarkeit Amerikas durch einen feindlichen Luftangriff läßt sich wesentlich vermindern, ohne daß das laufende Verteidigungsbudget um mehr als ein Fünftel — vielleicht sogar weniger — erhöht werden müßte. Es ist sinnlos zu sagen, die Vereinigten Staaten könnten ein solches Steigen ihrer Verteidigungsausgaben nicht aushalten, ohne die Wirtschaft unerträglich zu belasten. Unser Land hat im Kriege sehr viel mehr als diese Beträge ausgegeben, und die Wirtschaft blühte und dehnte sich aus. Das ist vielleicht nicht unbedingt von Belang, weil die Nation abgeneigt sein wird, sich mit den Opfern eines dauernden Notstandes abzufinden, aber nach einer nüchternen Studie, die von der „National Planning Association“ gefördert wurde, könnten die Vereinigten Staaten ihr Verteidigungsbudget wesentlich erhöhen, ohne ihre Wirtschaftskraft zu schwä-

chen?). Ein graduelles Ansteigen der Verteidigungsausgaben über das gegenwärtige Niveau um jährlich 10 Milliarden Dollar würde 1956 bei normalem Wachstum in der Wirtschaft weder die weitere wirtschaftliche Expansion stören noch ein kontinuierliches Steigen des Zivilverbrauchs hindern. Es würde gewisse Steuererleichterungen ermöglichen und keine umfassenden direkten Investitionskontrollen notwendig machen. Eine stärkere Erhöhung um 20 Milliarden jährlich würde noch immer ein leichtes Ansteigen des Verbrauchs pro Kopf und der Nettoinvestitionen gestatten, vorausgesetzt, daß das zur Verfügung stehende Potential an Arbeitskraft etwas erweitert und die durchschnittliche Arbeitswoche etwas verlängert würde; und das ließe sich erreichen bei einer bloßen Fortsetzung der Steuersätze von 1953 oder ihren Äquivalenten.

Wenn die Verteidigungsfähigkeit durch Ausgaben innerhalb dieser Grenzen wesentlich verbessert werden kann, dann gibt es kein vernünftiges ökonomisches Argument dagegen. Die Frage, ob diese Ausgaben gemacht werden sollen oder nicht, muß dann in erster Linie auf militärischem und politischem Gebiet entschieden werden. Damit soll nicht behauptet werden, daß, abgesehen von Ausgaben bei Arbeitslosigkeit, die Verteidigung verbessert werden könnte ohne Opfer in Form etwas niedrigerer Investitionen und/oder etwas geringeren Verbrauchs, als sie sonst möglich wären. Es besteht also ein guter Grund dafür, die militärischen Vorbereitungen so gering zu halten, wie es nur immer mit der Sicherheit vereinbar ist. Die Höhe dieser Opfer ist aber so gering, daß sie als eine kleine Versicherungsprämie erscheint, wenn man sie dem fürchterlichen Ausmaß der Zerstörung gegenüberstellt, das eine Atomkriegführung wahrscheinlich mit sich bringen wird. Atomwaffen gehören nicht in eine Traumwelt. Sie gehören zu einer realen Welt, in der Amerikaner und gerade Amerikaner leben.

Aktiver und passiver Luftschutz

Es gibt sehr viel, was auf dem Gebiet der Zivilverteidigung getan werden könnte und sollte: Herstellung von Luftschutzräumen, Not-Auffangszentren für Evakuierete, Feuerbekämpfungs- und medizinische Einrichtungen, Ausweichmöglichkeiten für Verkehrsüberlastung und viele andere Notmaßnahmen. Sehr viel mehr ließe sich tun, um ein wirksames Warnungs- und Auffangssystem zu organisieren. An manchen dieser Aufgaben wird bereits gearbeitet, wenn auch nur in einem Ausmaß, das von den Verantwortlichen als viel zu knauserig bezeichnet wird. Diese Luftschutzmaßnahmen würden in absoluten Zahlen sicher sehr kostspielig sein, zumal Änderungen in der Technik der Offensiv- und Verteidigungsmaßnahmen und -operationen zu einer sehr raschen Veralterung führen könnten. Aber im Verhältnis zur Stärke der amerikanischen Wirtschaft und bei dem zusätzlichen Spielraum, den diese Maßnahmen für den Luftschutz ermöglichen können — selbst wenn dieser Schutz alles andere als vollständig ist —, dürften sie sich vermutlich innerhalb vernünftiger Kostengrenzen halten. Wären Ausgaben von etwa vier Milliarden Dollar im Jahr zu hoch? Lähmen nicht eine falsche Wirtschaftskonzeption und psychologische Hemmungen, die vollen Konsequenzen einer schwachen Verteidigung ins Auge zu fassen, eine vernünftige Planung in diesem Bereich?

So wichtig solche Verteidigungsvorbereitungen sind, so sollten sie uns doch nicht blind machen für die Möglichkeiten, die uns ein Aktivposten gibt, über den die Vereinigten Staaten ganz anders als ihre europäischen Verbündeten in Fülle verfügen: den Raum. Es gibt außerdem gute Gründe für die Annahme, daß die Kosten, die ein Ausnutzen dieses Aktivpostens mit sich bringen würde, verhältnismäßig gering wären im Vergleich mit den Kosten des aktiven Luftschutzes,

7) Gerhard Cobas „Can We Afford Additional Programs for National Security?“, National Planning Association, Planning Pamphlets Nr. 84, Washington D. C., 1953.

der hohe Ausgaben für Einrichtungen erfordert, die für jeden anderen als ihren spezifischen Zweck nutzlos sind und hochqualifizierte Menschen zu ihrer Bedienung brauchen. Für eine Nation, die den Vorteil eines weiten Raums besitzt, muß das erste Ziel des passiven Luftschutzes darin liegen, einen möglichst großen Prozentsatz der Bevölkerung außerhalb von offenliegenden und stark verwundbaren Zielgebieten zu halten. Die Aufgabe heißt Dezentralisation. Da Raum in Fülle zur Verfügung steht, ist er verhältnismäßig billig. Und bei der weiten Ausdehnung der für die Unterbringung von Produktion und Wohnstätten zur Verfügung stehenden Orte muß der Nachteil des einen gegenüber dem anderen verhältnismäßig begrenzt sein.

Psychologische und politische Hindernisse

Die bisherige Vernachlässigung des passiven Luftschutzes in den Vereinigten Staaten ist merkwürdig und erstaunlich. Drei Gründe sind wohl hauptsächlich für diese Vernachlässigung bestimmend. Im Gegensatz zu dem wirtschaftlichen Argument finden sie in der öffentlichen Diskussion kaum Erwähnung und können in ihrer Bedeutung nicht abgeschätzt werden.

1. Es ist denkbar, daß der amerikanischen Luftschutzpolitik die ausgewogene Gesamtschau deshalb fehlt, weil der passive Schutz weitgehend nicht zum militärischen Bereich gehören würde. Soweit die Verteidigungspolitik vom Pentagon bestimmt wird, kann also dieses institutionelle Hemmnis sehr wohl eine Reduzierung der Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten beeinträchtigen. Da die für die Verteidigung zur Verfügung stehenden Beträge nie groß genug scheinen, ist die Neigung der Militärs, ihre eigene Arbeit zu betonen, durchaus verständlich, und das anzuwendende Korrektiv liegt darin, daß sich die Zivilregierung zum Ausgleich einmischte.

2. Die Betrachtung des passiven Luftschutzes wird vielleicht auch durch gefühlsmäßige Hemmungen behindert. Unter Militärs ebenso wie bei Zivilisten ist die Neigung weit verbreitet, Offensiv- und Defensivmaßnahmen als Gegensätze zu sehen, das „Verteidigungs-Denken“ herabzusetzen und leichthin als Maginot-Linien-Mentalität abzutun, der irrationale Glaube „Hier kann das doch nicht passieren“, die hartnäckige Überzeugung, unser Land sei nicht wirklich verletzbar⁶⁾. Dieser Wunschglaube an die letztliche Sicherheit der Vereinigten Staaten wird merkwürdigerweise sogar von Leuten geteilt, die sozusagen in einem anderen Gehirnstübchen sich der Gefahr voll bewußt sind, in der das Land tatsächlich schwebt. Es ist also ein Glaube, der sich nicht sofort vor dem unangenehmen Inhalt rationeller Erwartungen zurückziehen wird. Andererseits bedeuten Verteidigungsüberlegungen, die zu der Mobilisierung der Offensivstärke hinzukommen, nicht im geringsten Weichheit oder Schwäche. Sie sind das Ergebnis eines vernünftigen Verhaltens, das durchaus mit einer kühnen und festen Haltung vereinbar ist. Maginot-Linien-Mentalität ist schließlich nicht dasselbe wie eine Haltung, die diejenige Kombination von Defensiv- und Offensivstrategie entdeckt, die auf Grund der gegebenen Hilfsquellen die größtmögliche Stärke ergibt. Sie bedeutet vielmehr eine einseitige Voreingenommenheit, die alles auf eine einzelne Strategie setzt. Es ist möglich, daß die übermäßige Konzentration auf SAC die eigentliche Maginot-Linien-Mentalität darstellt.

3. Es erhebt sich weiter die schwierige Frage, ob diejenigen Mitglieder der Regierung, die voll über die Möglichkeiten des Atomkrieges informiert sind, es wagen, die Öffentlichkeit in ihr Vertrauen zu ziehen. Aus zwei Gründen könnten sie zögern. Vorausgesetzt, daß die Öffentlichkeit nach voller Klarheit darüber verlangt, was das Atomzeitalter für sie bedeutet, fürchten vielleicht die für die

⁶⁾ Bernard Brodie: „Possible U. S. Military Strategies“, The RAND Corporation (P-524), 1954, S. 11-13.

offizielle Politik Verantwortlichen ebenso wie die, die nach der Verantwortung streben, daß eine informierte Öffentlichkeit zumindest zeitweise einen heftigen Nervenschock erleiden würde, und daher den Raum, der für außenpolitisches Manövrieren zur Verfügung steht, noch weiter umschreiben, als er in Wirklichkeit bereits begrenzt ist. Wenn andererseits die Öffentlichkeit vor der Aufklärung zurückschreckt, vermuten sie vielleicht, daß eine Regierung, die ihr die Bürde des Wissens auferlegt, keine populäre Regierung sein wird, besonders wenn es sich zeigt, daß die Möglichkeiten der Regierung zum Schutz der Nation in jedem Falle begrenzt sind. Bei einem enttäuschten und geängstigten Teil der Wählerschaft könnte der Wunsch, Sündenböcke zu finden, zur Verurteilung derer führen, die darauf bestehen, die entsetzlichen Folgen eines großen Krieges zu enthüllen.

Die erste Befürchtung — wenn sie an hohen Stellen herrscht — kann gerechtfertigt sein oder nicht. Aber es läßt sich schwerlich im Ernst behaupten, daß man der Macht und der Außenpolitik der Vereinigten Staaten auf lange Sicht am besten dient, wenn man der öffentlichen Meinung nicht hilft, sich der Tatsachen des Lebens im Atomzeitalter bewußt zu werden. Denn der Schock des Bewußtwerdens könnte in einem kritischen Augenblick kommen und dann gerade die Grundlagen unterhöheln, auf denen die amerikanische Außenpolitik aufgebaut war.

Die Tatenlosigkeit der Regierung ist verzeihlicher, wenn es die zweite Befürchtung ist, die die politischen Führer davon zurückhält, ein unwilliges Publikum zum Bewußtsein seines Schicksals zu drängen. In einer demokratischen Gesellschaft müssen die Führer öffentliche Unterstützung suchen und sie nicht verschmerzen. Aber es ist durchaus nicht gewiß, daß mehr als ein kleiner Teil der Bevölkerung auf die Belehrung über die ihm offenstehenden Möglichkeiten tatsächlich feindselig reagieren würde. Um das Risiko möglichst gering zu halten und die öffentliche Abneigung, der Lage ins Auge zu schauen, zu überwinden, müßte man eine nichtparteiische Grundlage suchen und vernünftige Meinungsführer aus allen Gruppen gewinnen. Information ist nur der erste Schritt bei einem solchen Versuch. Der zweite Schritt müßte darin bestehen, Sorge und Unruhe über die Gefahr der Atomwaffen zu erregen und dabei zu helfen, die verschiedenen offenstehenden Aktionsmöglichkeiten richtig einzuschätzen. Um das zu erreichen und den Schock möglichst gering zu halten, der auf die Erkenntnis der furchtbaren Konsequenzen der Lage folgen muß, ist es notwendig, Programme vorzuschlagen, durch die die Gefahr wesentlich vermindert werden kann⁹⁾.

Bisher zieht die Mehrheit des allgemeinen Publikums es offenbar vor, die Konsequenzen der Atomkriegsführung für sich selbst zu ignorieren, obwohl der Gegenstand in Presse und Rundfunk eine erhebliche Aufmerksamkeit gefunden hat und obwohl die Öffentlichkeit in ziemlich hohem Maße einen umfassenden Krieg erwartet. Zum Teil rechtfertigen die Leute diese Inkonsequenz, indem sie entweder annehmen, daß die Militärmacht der Nation tatsächlich die Städte vor schwerem Schaden bewahren wird, oder sich mit dem Gedanken begnügen, daß der einzelne hier sowieso hilflos ist und es Washington überlassen muß, eine Lösung zu finden. Vermutlich ist es Angst, was bei dem größten Teil des Publikums die Tatsache erklärt, daß das Problem mehr oder weniger verdrängt wird¹⁰⁾. Ohne starke öffentliche Unterstützung können umfassende Vorbereitungen für aktiven oder passiven Luftschutz nicht unternommen werden. Die Abneigung, diese Unterstützung zu sichern, macht eine ausgewogene Strategie unmöglich. Angenommen, daß der Schutz technisch möglich wäre, so ist es eher die politische Undurchführbarkeit als der wirtschaftliche Aufwand, die tatsächlich einer rationalen Betrachtung der Verteidigung entgegensteht.

⁹⁾ Cf. William A. Scott: „Attitudes Toward Participation in Civil Defense“, *Public Opinion Quarterly*, XVII 1953, p. 384; Carl I. Hovland and others: „Communication and Persuasion“, New Haven, Yale University Press, 1953, S. 65.

¹⁰⁾ Elizabeth Douvan und Stephen B. Withey: „Some Attitudinal Consequences of Atomic Energy“, *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, CCXC 1953, S. 108—117.

Größere Stärke durch geringere Verwundbarkeit

Bei der Annahme, daß das SAC einen unbeschränkten Atomkrieg nicht mit Sicherheit verhindern kann und daß ein beachtenswertes Maß an wirksamem, vor allem passivem Luftschutz technisch möglich und wirtschaftlich erträglich ist, enthält die allgemein herrschende Auffassung über die Luftwaffe einen ersten Trugschluß. Bei einer großen Reihe militärischer Überlegungen ist es offenbar nützlich, die Defensivkraft von der Offensivkraft zu unterscheiden. Wenn es sich aber um eine Gesamtstrategie handelt, kann diese Unterscheidung leicht übertrieben werden und zu falschen Folgerungen führen. Unter diesem allgemeinen Gesichtspunkt sind offensive Luftwaffe und Luftschutz gewiß integrierende Bestandteile einer und derselben militärischen Luftmacht. Unsere Militärliteratur zeigt, daß amerikanische Strategen sich ernstlich sowohl mit Rußlands aktivem Luftschutz, der unsere Möglichkeit zum Bombenabwurf über ausgewählten Zielen beeinflußt, wie auch mit Rußlands passivem Luftschutz beschäftigen, der seine Verwundbarkeit für unsere Vergeltung beeinflussen muß. Wir nehmen an, daß ihre Luftmacht auf all diesen Grundlagen ruht. Was von der Sowjetunion als Luftmacht richtig ist, muß auch für die Vereinigten Staaten gelten.

Indem er mit der Zeit die Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten durch die Atomwaffen eines Angreifers reduzieren würde, könnte der passive ebenso wie der aktive Luftschutz nicht nur Menschenleben und Eigentum retten; er würde uns auch verschiedene andere Vorteile bringen. Durch die Reduzierung der Offensivkraft eines Angreifers würde dieser gezwungen, einen größeren Teil nur spärlich vorhandener Materialien auf eine Ausdehnung seiner Lager an Bomben und ihre „Beförderung“ zu verwenden. Ein solches ausgewogenes Programm würde durch die Verminderung unserer eigenen Verwundbarkeit durch Luftangriffe die Fähigkeit des Gegners herabsetzen, uns einzuschüchtern oder uns zu schlagen, indem er uns jäh in einen Krieg stürzt. Das bedeutet, daß unsere Fähigkeit zum Gebrauch unserer Offensivmacht erhöht wird, weil unser Wille, von dieser Macht Gebrauch zu machen, von unserer eigenen Verwundbarkeit nicht unabhängig ist. Verteidigungsvorbereitungen würden jedem möglichen Angreifer zeigen, daß die Vereinigten Staaten sich weder Täuschungen hingeben noch bluffen, sondern daß sie es ernst meinen. Wenn diese Erwartungen richtig sind, so könnte eine Stärkung der Verteidigung einen Angriff entmutigen und so die Wahrscheinlichkeit erhöhen, daß das Unheil uns erspart bleibt.

Es ist auch möglich, daß ein Krieg mit Atomangriffen begonnen, aber nicht damit beendet wird. Unter diesen Umständen würde eine erhöhte Verteidigungskraft uns Instand setzen, unsere Mittel für die herkömmlicheren Arten militärischer Aktionen, die darauf folgen könnten, zu verwenden. Auch ist unser Volk nicht nur daran interessiert, einen Krieg möglichst zu verhindern, und, wenn ein Angreifer einen unbegrenzten Krieg vom Zaune bricht, ihn zu gewinnen. Es ist auch am Wiederaufbau hinterher interessiert. Wenn Schutz gegen Luftangriffe Menschenleben und Eigentum retten kann, so kann er auch unsere Fähigkeit steigern, uns wieder wirtschaftlich zu erholen.

Schließlich muß, sobald wir erst einmal unsere strategische, zum Zuschlagen fähige Waffe geschaffen haben, ein Grenzpunkt eintreten, an dem unsere gesamte Luftmacht mehr gewinnt, wenn ein verhältnismäßig größerer Teil unserer verfügbaren Hilfsmittel eher für die Ausdehnung unserer Verteidigungsmöglichkeiten als für die unserer Angriffsmöglichkeiten verwendet wird. Zweifellos wird es schwierig sein, selbst eine annäherungsweise Übereinstimmung hinsichtlich der wirksamsten Verteilung unserer Hilfsmittel zu erzielen — schwierig insbesondere in Hinblick auf den ständigen technischen und militärischen Wandel; aber das Prinzip ist richtig, und seine Anerkennung würde eine sachgerechte Betrachtung der Verteidigungsbemühungen versprechen.

ATOMENERGIE — EIN PARADIES?

Es ist noch nicht so lange her, da wurde Energie nur in geringer Menge verbraucht, so wie sie von Wind- und Wasserkraft oder auch von Menschen und Tieren geliefert wurde. Mit der Erfindung der Dampfmaschine setzte dann das eigentliche Energiezeitalter ein. Erzeugung und Verbrauch von Energie stiegen in ungeheurem Maße. Unser ganzes Leben ist so darauf eingestellt, daß wir uns gar nicht mehr vorstellen können, wie ein Leben ohne Energieverbrauch, d. h. ohne elektrischen Strom, Dampfmaschinen, Benzin- und Dieselmotoren usw. möglich sein könnte. Dabei denken die wenigsten Menschen darüber nach, woher eigentlich dieser immer steigende Strom von Energie kommt und ob er auch einmal versiegen könnte. Auch der Ingenieur, der Erzeugungsanlagen plant, wird nur daran denken, möglichst wirtschaftlich zu arbeiten. Das Vorhandensein der Rohstoffe Kohle, Öl, Wasserkraft usw. ist für ihn, wenigstens für sein ganzes Zeitalter, selbstverständlich. Es ist aber keineswegs so, daß wir für alle Zeiten in dieser Beziehung sichergestellt sind. Es ist gut, wenn wir uns darüber Gedanken machen, daß gewisse Rohstoffe in nicht allzu ferner Zeit zu Ende gehen, ohne daß wir heute schon sagen können, wie wir sie ersetzen wollen. Solange wir nur Windmühlen und Wasserkraft brauchten oder Holz verheizten, benötigten wir nur die ständig vorhandene Sonnenenergie; als wir aber anfangen, Kohle oder Öl zu verbrauchen, griffen wir das Kapital an, das sich im Schoße unserer Mutter Erde seit etwa 500 Millionen Jahren gebildet hatte. Unsere Geologen schätzen, daß z. B. unsere Braunkohle in Helmstedt in etwa 50 Jahren, die rheinische Braun- und Steinkohle in etwa 300 bis 400 Jahren und das Öl in spätestens 100 Jahren erschöpft ist, wobei es zur Beurteilung der Sachlage ziemlich gleichgültig ist, ob wir für die Erschöpfung der Vorräte einige Jahre mehr oder weniger annehmen. Es ist nicht zu leugnen, daß wir einen ungeheuren Raubbau treiben, denn die Ausnutzung der gesamten Energie auf der Erde liegt nur bei etwa 1 Prozent; 99 Prozent werden vergeudet. Wir haben also allen Grund, der Energiefrage unsere schärfste Aufmerksamkeit zu schenken, und es ist sehr interessant, daß sich bisher nur die Regierungen von England und Rußland um diese Sachlage kümmern.

Wie lange reicht unser Energievorrat?

Was können wir nun tun? Wir kennen ziemlich genau die relative Größe der von uns bisher in der Hauptsache ausgenutzten Vorräte und müssen zunächst um die möglichste Streckung und Schonung der Reserven sehr bemüht sein. Da wir nicht vermeiden können, das Kapital anzugreifen, müssen wir Wege suchen, um einen möglichst hohen Wirkungs- oder Ausnutzungsgrad zu erreichen. Bei Wasser- und Windkraftanlagen ist dieser Wirkungsgrad sehr hoch, sie sind auch noch erweiterungsfähig, aber der Bedarf kann mit diesen Energiearten niemals auch nur entfernt gedeckt werden. Andererseits ist bei allen Anlagen, die zur Gewinnung der Energie den Weg über die Wärme nehmen, die Ausnutzung schlecht, z. B. bei Dampfkraftanlagen. Das liegt daran, daß nach dem Satz von der Entropie zwar Energie restlos in Wärme, aber Wärme nur mit Verlust in Energie zurückverwandelt werden kann. Man kann daher sagen, daß Energie hochwertig ist,

wenn sie nicht den Umweg über Wärme macht; anderenfalls ist sie minderwertig. Demnach sind Wind- und Wasserkraft hochwertige Energie, während Dampf- und Brennkraftmaschinen minderwertig sind. Nun steigt der Ausnutzungsgrad mit der Erhöhung der Temperatur. Wir haben unsere Dampferzeugungsapparate und -maschinen sehr verbessert, indem wir die Arbeitstemperaturen gesteigert haben. So hat ein Werk eine Anlage in Betrieb, die mit einer Dampftemperatur von 500 Grad und einem Druck von 180 atü arbeitet. Hiermit sind wir aber an den Grenzen angelangt, die wir mit unseren heutigen Werkstoffen erreichen können. Bei dem verhältnismäßig günstig arbeitenden Dieselmotor liegt die Verbrennungstemperatur bei etwa 5000 Grad. Aber diese Steigerungen reichen doch nicht aus, um die Vergeudung unseres Kapitals wesentlich zu vermindern. Man muß also nach neuen Möglichkeiten suchen. Viele kluge Leute hatten früher die Idee und haben sie heute noch, Schießpulver als Treibstoff für Maschinen, vor allem Autos, zu benutzen. Wir hatten bei Krupp für diese Art Erfinder vorgedruckte Antworten. Man kann natürlich Autos mit Pulver betreiben, wenn das Geld keine Rolle spielt und die Möglichkeit einer plötzlichen Himmelfahrt als angenehmer Kitzel empfunden wird. Aber die Kalorie kostet bei Nitrozellulosepulver etwa zweihundertmal mehr als bei Benzin, und damit ist dieses Problem schon erledigt. An sich kann man Pulver verwenden, da sich seine Verbrennungsgeschwindigkeit und damit der Druck regulieren läßt, im Gegensatz zum Sprengstoff, bei dem die gesamte Energie in außerordentlich kurzer Zeit frei wird. Auch ist dabei die freiwerdende Energie nur etwa ein Zehntel der im Benzin oder guter Kohle steckenden. Es gibt nun einen Weg, elektrischen Strom ohne Wärme zu erzeugen. Wir gehen diesen Weg z. B. bei der elektrischen Taschenlampenbatterie, die Strom liefert, ohne dabei Wärme zu erzeugen. Wenn wir Kohle im Ofen verbrennen, entsteht elektrische Kurzschlusswärme. Es bildet sich die Verbindung CO_2 , in der das Kohlenstoffatom mit vier positiven Ladungen und zwei Sauerstoffatome mit je zwei negativen Ladungen vereinigt sind. Wenn man nun die positiven und negativen Ladungen über einen äußeren Stromkreis leitet, dann haben wir chemische Energie ohne Wärmeerzeugung in elektrische Energie verwandelt. Dieser Prozeß ist schon lange bekannt. Es ist aber sehr schwierig, ihn ins Große zu übersetzen. In Braunschweig ist Justi sehr stark bemüht, die elektrochemische Verarbeitung von Kohle dadurch zu erleichtern, daß die Kohle durch andere Stoffe, die aus Kohle billig gewonnen werden können, ersetzt wird, z. B. gasförmige Brennstoffe. Aber wenn das Problem restlos gelöst wird, würde das nur bedeuten, daß wir die gesamte Energiebilanz verbessern, d. h. unsere Vorräte wesentlich strecken. Nun gibt es eine Energiequelle, die praktisch unerschöpflich ist und die unseren ganzen Bedarf sehr wohl decken könnte; das ist die Sonne. Man könnte z. B. einen Dampfkessel über einen Hohlspiegel erhitzen. Da die Temperatur der Sonnenstrahlung etwa 6000 Grad beträgt, könnte auch der Wirkungsgrad der Anlage so weit erhöht werden, wie es die Widerstandsfähigkeit des Materials zuläßt. Man könnte so etwa $\frac{1}{4}$ PS pro qm Spiegelfläche gewinnen. Besser wäre es natürlich, die Sonnenwärme unmittelbar zur Erzeugung von elektrischem Strom zu benutzen, wie es z. B. im Thermoelement geschieht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß man auf diesem Wege zu einer brauchbaren Lösung, vor allem zu einer Dauerlösung des Energieproblems kommt. Die technischen Schwierigkeiten sind aber außerordentlich groß. Man brauchte gewaltige Spiegel, die in bestimmten wolkenlosen Gegenden, z. B. in Wüsten, aufgestellt werden müßten, die die Wärme konzentrieren und die so bewegt werden müssen, daß sie stets senkrecht zur Strahlung stehen. Da außerdem die Sonne nur am Tage zur Verfügung steht, wäre Energiespeicherung in großem Ausmaß notwendig.

Grenzen der Atomenergieauswertung

Nun wird man sagen: Warum diese Sorge und Mühe, wir haben in den Atomen doch eine Energiequelle, die uns aller Sorge um die Zukunft entheben dürfte?!

Das stimmt nicht ganz. Es sind mit der Gewinnung der Atomenergie gewisse Schwierigkeiten verbunden, die in unseren Zeitungen meist nur angedeutet und selten so klar ausgesprochen werden wie es eigentlich geschehen müßte. Wir kennen die Atome schon sehr lange; die alten Griechen haben sie gewissermaßen entdeckt und ihnen den Namen gegeben. Tatsächlich gab es aber noch im Beginn des Jahrhunderts Physiker, die ihr Vorhandensein bezweifelten. In diesem Jahrhundert aber hat die Forschung solche Fortschritte gemacht, daß wir nicht nur die Natur der Atome aufgeklärt, sondern auch gelernt haben, mit diesen kleinsten Bausteinen der Natur zu arbeiten.

Woher kommt nun die Energie, die wir als atomar bezeichnen und von der man sich für die Zukunft so sehr viel verspricht? Wenn wir zwei Stoffe chemisch vereinigen, z. B. Wasserstoff und Sauerstoff, so entsteht bei diesem Prozeß der Verbrennung eine Wärmetönung pro Mol von 68,4 kcal, d. h. es werden 68,4 kcal an Wärme frei. Wenn wir nun zwei Deuteronen, also das schwere Isotop des Wasserstoffes miteinander reagieren lassen, so entsteht ein Wasserstoffkern von der Masse 1 und ein Wasserstoffkern von der Masse 3. Auf ein Mol bezogen, werden bei diesem Prozeß 100 Millionen kcal frei, eine Wärmemenge, die millionenfach größer ist als die bei der chemischen Verbrennung. Dies gilt allgemein für kernphysikalische Verbrennungen.

Kernprozesse dieser Art spielen sich im Innern der Sterne ab. Wir wissen, daß die Sonne die Energie, die sie seit Milliarden Jahren dauernd abstrahlt, durch einen ähnlichen, heute theoretisch genau bekannten Prozeß gewinnt, der aus einer Reihe recht komplizierter Kernreaktionen besteht. Als Endergebnis wird der einfache Wasserstoff zu Helium verbrannt. Dabei wird eine Energie frei, die noch sechsmal so groß ist wie die bei der Verbrennung von schwerem Wasserstoff, nämlich 600 Millionen kcal pro Mol.

Man hat die Energie, die bei Verbrennung von schwerem Wasserstoff frei wird, nutzbar gemacht, allerdings nur in der Form der Wasserstoffbombe. Es ist nicht möglich, die Energie durch langsames Brennen, also für zivile Zwecke, zu gewinnen; somit fällt dieser Prozeß als Energiequelle für unsere Betrachtung aus. Er könnte sonst eine Dauerlösung des Energieproblems bedeuten. An sich ist das schwere Isotop im gewöhnlichen Wasser selten, aber doch in Rücksicht auf die großen verfügbaren Wassermassen nahezu unbeschränkt vorhanden. Die Gewinnung ist aber nicht einfach, sie ist deshalb leicht unter Kontrolle zu halten.

Der zweite Prozeß, die Umwandlung von leichtem Wasserstoff zu Helium, ist uns zwar theoretisch genau bekannt. Es ist aber durchaus unwahrscheinlich, daß seine Durchführung beim irdischen Wasserstoff jemals gelingt. Wenn man auf der Erde vorhandenen Wasserstoff jemals umwandeln könnte, würde die Erde zehn Jahre lang heller leuchten als die Sonne. Weitaus am meisten Energie würde man gewinnen, wenn es gelingen würde, Materie zu vernichten, d. h. in Strahlungsenergie zu verwandeln. Nach der Relativitätstheorie von Einstein sind Masse und Energie wesensgleich, d. h. Masse ist auch eine Energieform, die nach dem ersten Hauptsatz der Thermodynamik nicht vernichtet, sondern nur in eine andere Energieform umgewandelt werden kann. Das Äquivalent ist in diesem Falle ungeheuer groß. Bei der Wärme ist das mechanische Äquivalent einer kcal gleich 427 mkg, d. h. die Wärmemenge, die ein Liter Wasser von 14,5 Grad auf 15,5 Grad erhitzt, ist gleichwertig der Energie, die 427 kg auf ein Meter Höhe hebt. Bei der Umwandlung von Masse ist dieses Äquivalent

$$1 \text{ g Masse} = 10^{18} \text{ mkg}$$

d. h. gleich einer Energie, mit der man eine Milliarde cbm Wasser 10 km hoch heben kann. Das ist eine für uns unvorstellbare Größe. Ihre Freisetzung würde das Ende unseres Weltalls bedeuten. Es ist aber nicht bekannt, ob dieser Prozeß überhaupt in der Natur vorkommt. Wahrscheinlich auch im heißen Innern der Fixsterne nicht.

Die Grundlage unserer modernen Atomtechnik bildet nun der Spaltungsprozeß eines Urankerns, der 1938 von Hahn und Straßmann entdeckt wurde. Vorher war es nur möglich, Energie aus Kernprozessen in geringem Maße zu gewinnen, wenn man ein sehr viel größeres Energiequantum hierfür aufwandte. Der Umwandlungsprozeß ist deshalb für uns nur dann brauchbar, wenn er von selbst vor sich geht, und zwar in Form einer Kettenreaktion. Wenn eine hinreichende Menge Urans vorhanden ist, erfolgt der Zerfall von selbst in sehr kurzer Zeit, weniger als einer Millionstel Sekunde, wobei unvorstellbare Energiemengen frei werden. Wir haben damit die Atombombe. Es ist nun möglich, den Zerfall des Urans soweit zu verlangsamen, daß die dabei entstehende Wärme aufgefangen und ausgenutzt werden kann. Wir haben dann einen Uranbrenner oder Atommeiler. Die Kettenreaktion in einem solchen Brenner kann unter genauer Kontrolle gehalten und auch gesteuert werden.

Hiernach sieht es so aus, als könnten wir unseren Energiebedarf in weitestem Maße durch die Ausnutzung von Kernprozessen decken. Es ist aber nicht so günstig. Zunächst sind nur wenige Elemente bekannt, die leicht spaltbar sind, z. B. Uran und Thorium. Die von den Geologen geschätzten Vorräte an diesen Elementen sind relativ gering, außerdem wenig konzentriert und teuer in der Gewinnung. Dazu kommt, daß diese Elemente bei Spaltung nur einen kleinen Teil ihrer Masse in Energie umwandeln. Die Energie entsteht in Form von Wärme, deren Umformung in mechanische Energie nach dem Entropiesatz wieder mit Verlust verbunden ist. Dabei liegt der Wirkungsgrad unter ein Prozent. Die Ausnutzung ist so schlecht, weil die Temperatur im Meiler oder Reaktor niedrig gehalten werden muß, um den Prozeß beherrschen zu können. An sich steigt der Grad der Ausnutzung mit der Temperatur, man geht aber nur bis 200 Grad. Wenn die Kettenreaktion ohne Bremsung verläuft, wie bei der Explosion, werden Temperaturen von mehr als 10 Millionen Grad Celsius erreicht. In England geht man jetzt bis 400 Grad und steigert damit den Wirkungsgrad auf drei Prozent. Dabei ergibt sich bei einer Ausbeute von 0,2 kW pro kg Uran ein Gewinn von sechs Watt, also verhältnismäßig wenig. Der wesentliche Grund für die niedrige Temperatur liegt darin, daß man vorläufig kein Material hat, das das Bombardement der Neutronen im Meiler aushält, ohne zu verspröden und brüchig zu werden. Dazu kommt, daß die Rohre, in denen die zu verdampfende Flüssigkeit zirkuliert, ebenso wie die Flüssigkeit selbst nicht die Neutronen schlucken dürfen, da sonst die Kettenreaktion unterbrochen wird. Die Flüssigkeit wird so stark radioaktiv, daß sie nicht ohne weiteres den Kraftmaschinen zugeleitet werden kann. Die ganze Anlage strahlt radioaktiv, so daß sie durch meterdicke Betonplatten oder auch Blei abgeschirmt werden muß. Es ist aber durchaus wahrscheinlich, daß man diese Schwierigkeiten einmal beseitigen und die Ausbeute wesentlich steigern kann.

Ich habe schon erwähnt, daß der Wirkungsgrad eines Atommeilers schlecht ist. Dazu kommt, daß Anlage und Unterhaltungskosten außerordentlich hoch sind. Ein Kilogramm reines Uran kostet nach Angaben der amerikanischen Atomenergiekommission mehr als 100 000 DM. Man kann aber nicht mit einem Kilogramm allein arbeiten, man kann auch nicht nachfüllen, wenn die Kettenreaktion nachläßt. Man muß von vornherein die kritische Menge des spaltbaren Materials entsprechend groß wählen.

Der Atomtüll und die Verruoft

Vor einiger Zeit lasen wir in der Zeitung, daß man in Deutschland einen Reaktor von 10 Megawatt = 10 000 kW bauen wolle. In anderen Ländern existieren schon seit einigen Jahren solche Reaktoren, z. B. in England, Frankreich, Norwegen, Kanada usw. Die Größe dieser Einrichtungen geht aber meistens nicht über zwei Megawatt hinaus. Zehn Megawatt ist weit mehr, als man für die Forschung benötigt. Mit der Erzeugung atomarer Energie sind nun höchst

unangenehme Nebenerscheinungen verbunden. Bei der Spaltung des Urans im Atommeiler fällt einmal der hochexplosive Sprengstoff an, der zum Füllen der Atombomben verwendet wird, und zweitens ein stark radioaktiver Müll, dessen Strahlen für alle Lebewesen äußerst gefährlich sind. Die Beseitigung dieses strahlenden Mülls bildet heute die Hauptsorge aller Atomforscher. Wir haben die Wirkung dieser Strahlen bei Hiroshima und späteren Bombenexplosionen kennengelernt und erleben jetzt, wie täglich große Mengen strahlenden Mülls produziert werden. Wenn auch die Dauer der starken radioaktiven Wirkung nicht groß ist, so genügt doch die täglich in England, Frankreich und Amerika, hier etwa 1 t täglich, in die Atmosphäre abgelassene Menge vollständig zur Verseuchung, d. h. zur Ionisierung der Luft und Beeinflussung des Wetters. Wenn heute England seine ganze Elektrizitätserzeugung auf Atomkraft umstellen sollte, dann würden 500 Millionen Curie auf die englische Bevölkerung losgelassen und zu ihrer vollständigen Vernichtung führen.

Außer Uran kommt als spaltbares Material noch das ziemlich häufige Thorium in Frage. Versuche damit wurden aber noch nicht durchgeführt. Wenn man den Umweg über die Wärme vermeiden will, bestrahlt man einen Silizium-Schicht-Ransistor mit den Beta-Strahlen des Strontium-Isotops 90. Man erhält unmittelbar Strom, aber nur mit einem Wirkungsgrad von 2 Prozent. Nachteilig ist die Infizierung mit Strontium 90, das sich in den Knochen ablagert.

Ich habe versucht, unsere Energiebilanz zu erläutern. Ich darf wohl sagen, daß sie nicht gerade rosig ist. Es fällt nun auf, daß in unserer Presse dauernd behauptet wird, daß wir wundervollen Zeiten durch Ausnutzung der atomaren Energie entgegengehen. Nur vereinzelt ertönen die Stimmen verantwortungsbewußter Wissenschaftler, die auf die ungeheuren Schwierigkeiten und vor allem die Gefahren dieser Entwicklung hinweisen. Man fragt sich, was wird hier eigentlich gespielt? Es steht fest, daß die wirtschaftliche Ausnutzung der Atomkraft schlecht ist, daß andererseits die Rohstoffe nicht in einer für eine Dauerlösung notwendigen Menge vorhanden sind und daß die sekundären Folgen der Atomspaltung, nämlich die Erzeugung hochexplosibler Stoffe und des Verderben strahlenden Mülls für die ganze Menschheit äußerst bedrohlich sind. Die Amerikaner haben bisher mehr als zehn Milliarden Dollar für die Versuche mit Atomkraft und die Atommeiler ausgegeben und damit erreicht, daß sie 5000 Atombomben besitzen und außerdem täglich eine Tonne strahlenden Abfalls erzeugen, dessen Unschädlichmachung ihnen die größte Sorge macht. Wir haben die fürchterlichen Bombenexplosionen von Hiroshima erlebt, aber auch die Wirkung einzelner Bombenversuche, durch die weite Gebiete verseucht wurden. Das alles wäre jedoch nicht so schlimm, wie die tägliche Erzeugung dieses radioaktiven Mülls, von dem der englische Physiker Soddy sagt, daß er unsere Atmosphäre verpestet und unser Wetter verdirbt.

Es ist kein Zweifel, daß man schon bessere Wege zur Energieerzeugung gefunden hätte, wenn die Amerikaner die verausgabten zehn Milliarden für diesen Zweck anstatt für die Stärkung ihres Kriegspotentials durch Atombomben eingesetzt hätten. Man verschweigt ganz bewußt die furchtbaren Folgen, die eine noch stärkere Ausnutzung der Atomspaltung haben würde oder versucht sie zu bagatellisieren. Sie sind aber in Wahrheit so, daß man, wie neulich ein bekannter Physiker sagte, bei näherem Studium zwangsläufig zum Pazifisten wird. Man kann aber hoffen, daß man doch eines Tages eine harmlose Form der Atomenergie findet, die auszunutzen sich lohnt. Andererseits sind die Chancen ebenso groß, daß unsere Welt einmal durch entfesselte Atomkräfte vernichtet wird.

Wir leben in einer eigenartigen Zeit. Im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts wurden die Erfindungen gemacht, die unsere Zivilisation so gründlich verändert haben, die Dynamomaschinen, das Telefon, das Auto, die Grundlagen der Radio-technik und der drahtlosen Telegrafie und vieles andere. Wir haben einmal geglaubt, daß unser Jahrhundert mit dem Ausbau dieser Erfindungen genügend

beschäftigt sein und grundlegend Neues nicht erscheinen würde. Statt dessen erleben wir, daß geheiligte Grundsätze wie die Kausalität in der Physik der kleinsten Teile fallen und daß die Wissenschaft von den Atomen plötzlich, nachdem sie praktisch über 2000 Jahre geruht hatte, eine so riesige Entwicklung nahm. Hiermit ist aber eine neue Macht in unser Leben getreten, eine unheimliche Macht, die unser Leben und den Menschen selbst tiefgreifend verändern wird. Wir nennen sie Energie, obgleich dies kaum die richtige Bezeichnung dafür ist. Wir erzeugen Energie in unseren Kraftwerken, aber wie winzig ist diese Energie selbst bei den größten Werken im Verhältnis zu dem, was eine Atombombe leistet, z. B. eine kleine Wasserstoffbombe, deren Wirkung der von einigen tausend Tonnen Dynamit entspricht. Es ist auch nicht so, daß wir diese Macht beherrschen. Sie kann unter Umständen auch ohne unser Zutun ausgelöst werden, wenn z. B. die kritische Menge von Uran überschritten wird und die Höhenstrahlung aus dem Weltall die Reaktion einleitet. Diese Macht hat uns aber den uralten Traum der Alchimisten erfüllt, sie kann die Elemente ineinander verwandeln, also z. B. aus Quecksilber Gold herstellen. Sie kann Substanz aus einer Form in eine andere überführen und schließlich in Strahlung auflösen, die Substanz ist also nicht mehr ewig. Ewig und unzerstörbar ist nur die Energie, aus der alles, was existiert, geschaffen ist, und in die alles wieder hineinmündet.

Ich will mich mit diesen Ausführungen keineswegs gegen die Forschung wenden, die notwendig ist. Der faustische Drang zum Forschen und zum immer tieferen Eindringen in die Geheimnisse der Natur ist dem Menschen angeboren. Wogegen ich mich wende, ist, daß hier das Wohl und Wehe der Menschheit in das Spiel einer reinen Machtpolitik einbezogen wird. Deshalb tut Aufklärung not, und eine Sammlung aller Kräfte gegen diese Entwicklung ist notwendiger als alles andere.

Die Wirkung der Wasserstoffbombe beruht auf der mit größter Energieabgabe erfolgten Umwandlung von Wasserstoff in Helium, wobei die Reaktion durch eine gewöhnliche Atombombe „gezündet“ wird. Die Wirkung einer solchen Wasserstoffbombe ist nun unvergleichlich viel größer als die einer gewöhnlichen Atombombe. Wenn man mit dieser Bombe Städte wie Hiroshima oder Nagasaki zerstören konnte, so kann eine einzige Wasserstoffbombe Berlin oder London oder auch New York vernichten. Im Gegensatz zur gewöhnlichen Atombombe ist nämlich der Größe einer Wasserstoffbombe keine Grenze gesetzt. Und hier kommt nun zu dem furchtbaren Zerstörungswerk der Bombe eine weitere grausige Möglichkeit hinzu. Wird die Wasserstoffbombe mit einem dicken Mantel von Cobalt umgeben, dann entsteht durch die vielen freiwerdenden Neutronen in großen Mengen das langlebige, stark strahlende, gefährliche Produkt, das durch die ungeheure Gewalt der Explosion der Bombe, gemischt mit gewöhnlichem Cobalt, in feinsten Zerstäubung in die Atmosphäre geschleudert und dort mit den Windströmungen mitgeführt wird. Wo der Staub dann allmählich auf die Erde herunterfällt, kann er seine unheimliche Wirkung ausüben. Es wurde in den Vereinigten Staaten ausgerechnet oder geschätzt, daß zehn große Wasserstoffbomben, mit viel Cobalt umkleidet, eine so große, viele Jahre wirksame Aktivität an Cobalt 60 ergeben, daß das Fortbestehen der Menschheit damit ernstlich gefährdet würde, ganz gleich, wo die Bomben gefallen sind. Dies sind zunächst wohl noch Schreckgespenste. Aber die Tatsache besteht, daß die Menschheit heute oder in naher Zukunft wirklich in der Lage ist, sich selbst auszulöschen.

In der Hand der großen politischen Führer liegt heute eine ungeheure Verantwortung. Wenn auch die gewöhnlichen Atombomben, wenn selbst die Wasserstoffbomben nur örtlich begrenzte, dort aber schreckliche Wirkungen haben, dann kommt doch darüber hinaus noch die Möglichkeit der Erzeugung des Cobalts 60 mit diesen Wasserstoffbomben. Ein geisteskranker oder machiibesessener Diktator könnte dann, nach dem Vorbilde „après nous le déluge“, die zivilisierte Welt, damit aber auch sein eigenes Land, dem Strahlentod übergeben.

Diese Möglichkeit darf niemals eintreten, und darum die Notwendigkeit einer wahrhaft internationalen Kontrolle über die Entwicklung der Atomwaffen oder besser eines friedlichen Zusammenlebens der Völker, auch wenn deren Ideologien so verschieden sind wie heute die von West und Ost.

(Aus einem Vortrag von Otto Hahn)

BERLIN HEUTE

EIN BEITRAG ZUR SOZIALPATHOLOGIE

Zum letzten Mal bin ich 1947 in Berlin gewesen. Damals hatte ich meinen Eindruck in die Proportion zu fassen gesucht: Berlin verhält sich zu Heidelberg wie Heidelberg zur Schweiz. Ich wollte damit sagen, daß die Atmosphäre in Heidelberg, dieser in Deutschland nahezu einzigen unzerstörten Stadt, gespenstisch durch eine Verschleierung der Gegensätze bestimmt ist, denen man sich in Berlin nicht entziehen konnte, und daß ich befürchtete, diese Verschleierung in dem neutralen Lande in die Potenz erhoben zu finden. Was sich auch bestätigte, als ich anschließend in die Schweiz fuhr. Das Gebaren der gemütlich-lässigen Menge hier mochte dem in einem Deutschland von 1908 gleichen, schrieb ich damals¹⁾. Als ich aber jetzt nach Berlin kam, mußte ich feststellen, daß die Mentalität der Neutralen inzwischen bis hierher vorgedrungen war. Das Erregende war die Apathie, mit der man hier angesichts des Unfaßbaren existierte.

Die Hauptstadt Deutschlands

In „Die letzten Tage der Menschheit“, jenem während des ersten Weltkrieges entstandenen Stück, in dem Karl Kraus seine Gegenwart im Bilde festzuhalten suchte, treten als Hauptpersonen der Optimist und der Nörgler auf. Der Optimist ist stets des Nörglers intelligenter Gesprächspartner, besitzt gesunden Menschenverstand, psychologisches Verständnis und historisches Urteil. Er ist gefaßt und ausgeglichen, während der Nörgler verzweifelt ist. Der Optimist sieht immer beide Seiten einer Sache, während der Nörgler sich weigert, zu spielen. Sagt der Optimist: „Ich weiß nicht recht, wovon Sie sprechen. Unsere Lage ist keineswegs einzigartig. Das Leben ist stets gefährlich — und wie erst das Leben der Kultur. Die letzten Tage der Menschheit brechen in jedem Jahrhundert mindestens einmal an, und Krisen gibt es jeden Tag“. — So antwortet der Nörgler: „Das ist profund und wäre noch profunder, wenn es nicht Ihre Ansrede dafür wäre, so zu fühlen, zu denken und zu handeln, als könnte kein Tag der letzte sein. Sie überschätzen die Bedeutung der Zeit für die Seele. Gewiß, das Leben geht weiter — als es dürfte“. — „Wir haben bisher in trügerischer und künstlicher Sicherheit gelebt“, behauptet der Optimist, „und was wir nun erleben, ist eine Rückkehr zum Normalen“. „Nein“, antwortet der Nörgler, „Sie haben in trügerischer und künstlicher Sicherheit gelebt, und was ich erlebe, ist eine tödliche Komplikation des Abnormalen“.

Eine tödliche Komplikation des Abnormalen, in der man sich häuslich, um nicht zu sagen idyllisch, eingerichtet hat, der man uninteressiert, wie man sagt, objektiv zuseht. Das ist es. Meine Erregung legte sich ein wenig, als ich nach meiner Rückkehr in einer unserer repräsentativen Zeitschriften unter dem Titel „Ruinen heute“ einen Bericht aus Berlin las, von jemandem, dem es offenbar ähnlich ergangen war wie mir: „Kurfürstendamm 10 Uhr abends. Stärker als anderswo

¹⁾ W. Küttemeyer: „Die Krankheit Europas“, Suhrkamp-Verlag Frankfurt, 1951.

leuchtet die Illumination auch hier nicht. Und gewiß habe ich schon leuchtendere gesehen. Trotzdem bin ich geblendet von dem, was sie hier leistet, überzeugt, daß sie bisher und anderswo nur probeweise verwendet worden war; ihre eigentliche Bestimmung noch nicht gefunden hatte... Nicht um zu beleuchten, glänzt hier das Licht, sondern um zu verleugnen. Nicht um Seiendes zu bestätigen, sondern um das Nichtsein der Stadt zu verdunkeln. Nicht um uns sehend zu machen, sondern um uns zu blenden... So geblendet saßen wir also auf der Terrasse.

Um das Trugbild vollständig zu machen, spielte eine Kapelle Zigeunerweisen, die Weisen derer, die man vergast hatte. Aber wer im Publikum hätte das je gewußt oder noch gewußt? ... Die Portionen waren kolossal, zu Klage war kein Anlaß, keine Sirene heulte, kein Nebelhorn tutete, und die Ereignisse im anderen Sektor des Weltmeeres geschehen vermutlich auf einem anderen Planeten."

Natürlich war ich auch auf dem anderen Planeten. Man kann ja in einem Zuge und ohne das allergeringste Anzeichen dafür, daß man die Grenze einer Welt überschreitet, mit der S-Bahn hinüberfahren. Welch eine andere Welt! Und in einer Stadt, ja in einer Straße. In der Hauptstadt Deutschlands.

Die letzte Viermächtekonferenz war hier zu Ende gegangen. Es ging um die Einheit Deutschlands. Vielleicht war es unmöglich, sie zu erreichen. Aber haben wir sie gewollt, von ganzem Herzen und nach unserem ganzen Vermögen, als das große Anliegen eines großen Volkes, als das beherrschende Sinnen und Trachten unserer Tage und Nächte? Wir haben uns in jenen Wochen vom Ausland mehrfach sagen lassen müssen, daß man von einer mächtigen oder gar überwältigenden Sehnsucht des deutschen Volkes nach Vereinigung besonders in der Bundesrepublik wenig gemerkt habe. Und daß man sich da nicht zu wundern brauche, wenn die fremden Mächte die Erreichung dieses Zieles so lau betrieben.

Sozialpathologie als medizinische Disziplin

Es geht mir hier nicht um Politik. Es könnte da ja auch nur ein Politisieren herauskommen. Ich rede als Arzt. Gerade mein Besuch in Berlin im Jahre 1947 ließ den schon lange gehegten Gedanken, daß der Begriff der Krankheit nicht bloß auf das Individuum, sondern auf ganze Gruppen anwendbar ist, zur vollen Entfaltung kommen. Ich erkannte, daß es eine Pathologie der Gesellschaft nicht im metaphorischen, sondern im eigentlichen Sinne wirklich gibt. Es ist die Forderung nach einer Sozialpathologie als medizinischer Disziplin und einer dementsprechenden Therapie, die sich da erhebt. Wieweit ist das heute schon möglich? Ich wende mich kurz den Verhältnissen in USA zu, um dann zu uns zurückzukehren. In den Vereinigten Staaten ist man im allgemeinen bisher am weitesten darin gekommen, die Geisteskrankheit nicht als Stoffwechselstörung, sondern als eine echte Erkrankung des Geistes zu erkennen. Es hat sich dabei ergeben, daß z. B. die Schizophrenie auch in ihren akutesten Formen als eine besondere Konstellation und Komplikation von zwischenmenschlichen Beziehungen zu begreifen ist, mit denen jeder von uns vertraut ist. Es waren also soziale Faktoren im weitesten sowohl wie im intimsten Sinne, die immer mehr in den Vordergrund traten. Die Folge war einerseits ein steigendes Interesse von Sozialwissenschaftlern für die medizinische Psychiatrie, auf der anderen Seite eine Zuwendung der Psychiater zu Bereichen wie kulturelle Anthropologie und Soziologie. Durch William Alanson White (1870—1937) wurde die erste Synthese zuwege gebracht zwischen der Psychiatrie, die sich mit Kranken befaßt, und einer anderen, die sich gesellschaftlichen Zuständen zuwendet.

Harry Stack Sullivan, einer seiner Schüler, und seine Mitarbeiter haben diese Linie besonders intensiv weiter verfolgt. Nicht bloß entwickelte Sullivan die

bisher beste Kenntnis überhaupt der nicht körperlichen Behandlungsmethoden der Geisteskrankheit, besonders der Schizophrenie, nicht bloß hat er die Entstehung dieser fürchterlichsten Zerstörung des Geistes bis tief in die Gründe und Abgründe der umgebenden Gemeinschaft verfolgt, sondern er hat diese Gesellschaft selbst in ihren Störungen studiert. Hatte man einmal erkannt, daß die individuelle Geisteskrankheit auf Störungen zwischenmenschlicher Beziehungen beruht, so wurde man unabweislich zur Untersuchung dieser zwischenmenschlichen Beziehungen selbst geführt. So kommt Sullivan im Zusammenhang seiner Wissenschaft zu der Feststellung, daß die soziale Ordnung selbst ernstlich gestört ist. Er fühlt sich tief beunruhigt durch das, was er als die allgemeine Haltung gegenüber dem Lauf der Welt Ereignisse erkennt. Als das Erstaunlichste stellt er fest, daß die zunehmende Zivilisation — wie man hoffte — die geistige Unordnung nicht verringert hat. Sie habe sie umgekehrt auf die gefährlichste Weise vergrößert.

Das ist nun eine Art der medizinischen Wissenschaft, die gewiß auch in den USA keineswegs die Regel, die aber auch nicht ganz vereinzelt ist. In Europa, speziell in Deutschland, verläuft diese medizinische Entwicklung langsamer und träger. Wahrscheinlich liegt das nicht zuletzt daran, daß die alte und verwurzelte Tradition unseres Kontinents die innere Annäherung an die Geisteskrankheit, welche ja doch vor nicht allzulanger Zeit noch als Domäne dämonischer Kräfte galt, nur ermöglicht, wenn religiöse Aspekte innerhalb der Einzelwissenschaft auftauchen. Davon ist man nun in den USA weit entfernt.

Vielleicht nimmt die europäische Medizin eine Entwicklung, die auf andere Weise diesem Mangel abhilft. Da hat z. B. eben der Heidelberger Gelehrte Hermann Friedmann ein Buch veröffentlicht, das unter dem Titel „Epilegomena. Zur Diagnose des Wissenschaftszeitalters“ im neunten Kapitel „die heile Gesellschaft“ behandelt. Hier wird die Notwendigkeit geltend gemacht, bei der Anwendung des Krankheitsbegriffes auf die Sozialstrukturen nicht bei den psychischen oder geistigen Krankheiten stehen zu bleiben, sondern bis zur „eigentlichen“, d. h. der physischen Krankheit vorzudringen. Denn, sagt er, „soll es ein reales Substrat des Kollektiven geben, nämlich die Gesellschaft, und soll diese gleich dem Organismus krank sein können, so muß das Substrat des Kollektivs auch gleichsam körperlich sein können“ (S. 175). Umgekehrt heißt das, daß in der physischen Krankheit des Individuums „kollektivistische“ Elemente aufgewiesen werden können.

In der Tat ist das ein besonderes und immer mehr ins Zentrum des Interesses rückendes Anliegen unserer Medizin. Als anthropologische, d. h. eigentlich menschliche Medizin entdeckt sie die Bedeutung außer- und überindividueller Kräfte für Entstehung und Verlauf der Erkrankung in wachsendem Maße. Die außer- und überindividuellen Kräfte erstrecken sich dabei einerseits auf den Nächsten in jeder Form bis hin zur einwirkenden Kraft der gleichsam „fernen“ Gesellschaft, andererseits aber auch auf die jenseitigen Mächte und ihre reale Gegenwart.

Die zwei Gewissen

Ich hätte aber bei dieser von unserem Thema scheinbar ablenkenden, mehr methodisch und wissenschaftsgeschichtlich anmutenden Betrachtung nicht so lange verweilt, wenn wir uns in ihr nicht auf eine unscheinbare Weise eben dem Thema genähert hätten, geradezu seinen zentralen Stellen!

Was sich hier in der Medizin als so schwierig erweist, im übrigen aber als im Begriff befindlich, diese Schwierigkeit zu überwinden, ist doch der Überschnitt vom Reich der Natur in den des Geistes. Und hier noch konkreter: vom individuellen Naturbereich zum geistigen Sozialbereich. Und umgekehrt: von den Naturkräften der Gesellschaft zu den geistigen Bewegungen des Individuums.

Ist aber diese Aufgabe und diese Schwierigkeit nicht geradezu die Signatur der technischen Zivilisation und damit unseres Zeitalters? Dieser Entwicklung, die zu der so häufig beschriebenen Diskrepanz geführt hat zwischen den materiellen Produktionskräften und der plastischen Kraft, ihnen geistig und in den eigentlich menschlichen Ordnungen zu folgen? Und ist die dargestellte Situation in einer Wissenschaft, der der Medizin, so nicht die prägnanteste Beschreibung der Zerrissenheit im Herzen Europas? Und damit der Zweiteilung der Stadt, die auf fast schon komische Weise in der Mitte dieses Europa liegt?

Königsberg, Warschau, Wien, München und Aachen liegen annähernd an der gleichen Kreislinie, die mit einem Radius von 500 km um Berlin herumgezogen werden kann. Nimmt man den Radius von 800 km, so gilt das gleiche von Riga, Stockholm, London, Paris und Mailand. Ja, schaut man auf die Außenbezirke unseres Erdteiles, so stellt man fest, daß Madrid und Moskau — oder auch Rom und Leningrad — etwa gleich weit von Berlin entfernt sind. Der Stadt ist also ihre Mittellage vorgezeichnet. Hier ist nicht West- und Osteuropa, hier ist beides zugleich. Hier ist der Austausch und Geben und Nehmen nach allen Seiten gewesen seit der Zeit, als die uralten Fischerdörfer Berlin und Köln im 13. Jahrhundert zu der kleinen Stadt Berlin zusammenwuchsen.

So gesehen ist die Zweiteilung der Stadt Berlin nur die zugespitzteste und größte Form einer Dissoziation, die durch unser ganzes, nicht nur politisches, sondern auch geistiges und natürliches, nicht nur individuelles, sondern auch soziales Leben geht. Und die Wahrscheinlichkeit wäre sehr groß, daß die Zweiteilung der Stadt und damit Mitteleuropas nicht eher zu beheben ist, als bis die geistige und natürliche, die individuelle und soziale Dissoziation behoben ist, die der politischen Spaltung zugrunde liegt.

Es käme also darauf an, im einzelnen, gleichsam fachmännisch zu realisieren, daß die Schwierigkeit, die einer Wiedervereinigung Deutschlands entgegensteht, in den Problemen unseres alltäglichen Lebens wiederkehrt, und daß sie ganz präzise die unserer Geschichte ist bis in unsere persönliche, nicht bloß private, sondern auch öffentliche Biographie hinein. Ohne die Berücksichtigung und dementsprechende Veränderung dieser Faktoren ist die Hoffnung auf einen Ausgleich der großen weltpolitischen Spannungen eine Utopie.

Es ist aufschlußreich zu sehen, wie sich diese Konstellation in der Geschichtswissenschaft spiegelt.

Rothfels macht dazu folgende Feststellungen: Die Zeitgeschichte (das Wort gibt es etwa seit der französischen Revolution) tritt mit dem Anspruch eines Epochenwandels auf. Mit den Jahren 1917/18 beginnt wirklich eine neue universalgeschichtliche Epoche. Sie ist durch Eintritt Amerikas in den Krieg und den Ausbruch der russischen Revolution gekennzeichnet. Damit wurden über die Welt hin die Möglichkeiten eines universalen Bürgerkrieges heraufgeführt. In der Krise des Nationalstaates werden Widerstandsbewegungen und Integrationsbewegungen zu Zentralthemen der Geistesgeschichte. Es gilt nun die „Sektorengrenzen“ des Politischen, des Wirtschaftlich-Sozialen und des Geistigen zu überwinden. Dazu ist die Aufhebung der Trennung von außen und innen ebenso notwendig wie die eines Bildes vom Menschen und eines Bildes von der Natur.

Die allgegenwärtige Bedeutung der Grenzsituationen, ihre Gegenwart eben in unserem Herzen und damit das Eindringen des eisernen Vorhanges in alle Zellen unseres Daseins, zeigt sich auch in dem Konflikt der Loyalitäten. Es scheint immer mindestens zwei Gewissen zu geben: folgt man dem einen, begeht man Verbrechen im Sinne des positiven Gesetzes, folgt man dem anderen, verschuldet man sich vor dem ungeschriebenen, ewigen. Dieses kann aber plötzlich und unvermittelt in irdischer Macht dastehen und einen strafen, so wie es vorher das andere tat. Das ist der Grund der Bürgerkriegssituation.

Das „Kreuz der Wirklichkeit“

Die Neuzeit hatte sich immer mehr zu der Annahme überredet, daß der Hang zum Guten uns angeboren sei. Das war unsere Humanität. Angst sollte man vor dem Bösen haben. Immer unabweisbarer aber tritt hervor, daß die Angst vor dem Guten sich ausbreitet und damit der dämonische Charakter der Zeit. Es zeigt sich z. B. in zunehmendem Versagen der Loyalität in Auswärtigen Ämtern und in Atomphysik-Laboratorien.

Das begründet eine tiefe Unzulänglichkeit der Demokratie; auch den stillen, aber allenthalben nur um so mächtiger wirksamen Hang der Geschichte heute zu totalitären Lösungen. Positiv aber bringt es den Zwang mit sich, bei Gefahr des Unterganges, den pathologischen Zwiespalt zu überwinden und ein drittes zu suchen, zwischen Totalitarismus und Demokratie. Das wäre das neue, in Fleisch und Blut übergegangene Gewissen. Ein echtes Wir-Gewissen.

Eugen Rosenstock hat schon 1925 in seiner Soziologie vom balkanisierten Europa gesprochen und daß die „ewige Wahrheit“ der europäischen Kultur zum Mythologem geworden ist. Für die Geistsprache der Welt ist Europa tatsächlich zu einem Fragment geworden. Die Frage einer Mitgliedschaft in einer nicht durch „das kleine Vorgebirge Asiens“ abgesprangten Welt steht zur Entscheidung, soll es und sollen seine Nationen gerettet werden. Die Rettung der Nationen Europas vor dem Schicksal der „graeculi“, der Kleinstaaten im Römerreich, hängt also — genau entgegengesetzt wie unter dem restaurierenden Aspekt — nicht an der Absolutsetzung ihrer Geschichte, nicht an der romantischen Lehre von der ewigen Wahrheit des Gewordenen, sondern davon ab, daß ihm nun erst recht neue, unerhörte, eigenartige Schöpfungen als Glieder entspringen. Die können sich nicht „ausleben“, sie können nur mitleben.

Rosenstock hat in seiner Soziologie, deren zweiter Band „Das Kreuz der Wirklichkeit“ heißt, den Kanon einer Wissenschaft entwickelt, die nicht von der Medizin ausgehend dem entspricht, wonach die amerikanische Sozialpathologie noch vergeblich sucht, die ihr jedenfalls auf der Suche nach dem noch Fehlenden unschätzbare Dienste leisten könnte. Sie ist diejenige Erweiterung der Soziologie nach der physiologischen Seite hin, die der Erweiterung der Medizin nach der Seite des Geistigen und Sozialen entspricht. Sie verliert sich aber nicht an die Natur und gehört deshalb auch nicht zu den weit verbreiteten, der Romantik zugehörigen Organismustheorien; so wie die neue Medizin sich nicht an den Geist verliert und verlieren darf. Vielmehr erweitert diese Soziologie, um der Natur Widerpart leisten zu können, ganz richtig den Geist zum Geistlichen. „Der Geist ist nicht Gott.“ So kann neben dem Zeitgeist und mit ihm verschränkt auch der Zeitleib ins Auge gefaßt werden. Diese Soziologie ist eine Heilkunde der zeitlichen Ordnungen. Sie stellt die Frage nach den Gesteungskosten der menschlichen Ordnungen. Der wichtigste Teil dieser Kosten sind Menschenleben. Zu der halbkolonialen Bewußtseinslage, die ich bei meinem Aufenthalt in Westberlin sehr verbreitet gefunden zu haben glaube, gehört auch die Unfähigkeit, den Gegner auf der anderen Seite und so das Wesen des Konfliktes überhaupt ins Auge zu fassen. So daß man fürchten muß, daß die so dringend notwendige Abgrenzung gegen ihn nur sehr schwach und grob, also allenfalls durch Gewalt allein möglich ist. Dem entspricht eine satanische Virtuosität im Vergessen und eine völlige Sterilität der Phantasie in der Vorstellung von der Zukunft.

Tiefenpsychologie als Beispiel

Das was die Tiefenpsychologie in der Behandlung von Kranken an Erfahrung von den Widerständen gegen die Erhellung der zugrunde liegenden Konflikte macht, ist ein reines Kinderspiel dagegen! Ich will aber doch eine gute Schilderung solcher Erfahrungen von einer ursprünglich deutschen, später amerikanischen Psy-

chotherapeutin hier bringen, um dann auf den Unterschied zu dem sozialpathologischen Verhalten, das uns beschäftigt, zu sprechen zu kommen. Die Schilderung stammt von Karen Horney und bezieht sich auf die ärztliche Behandlung von inneren Konflikten, die den daran Leidenden krank machen. Sie lautet: „Was mir zunächst ganz besonders auffiel, war die Blindheit der Patienten gegenüber auffälligen Widersprüchen in ihnen selbst. . . . Die Patienten hatten allen Grund, vor ihren Konflikten zurückzuschrecken: sie befürchteten, daß ihre Macht imstande sei, sie in Stücke zu zerreißen. Hier begann ich zu erkennen, welch erstaunliches Maß von Energie und Intelligenz an mehr oder weniger verzweifelte Bemühungen gewandt wurde, . . . das Vorhandensein der Konflikte zu leugnen und eine künstliche Harmonie herzustellen.“

Die Verfasserin kommt dann auf die verschiedenen Wege, die zu solch einer künstlichen Ausschaltung der Konflikte zu ihrer mehr oder minder tief gehenden Verdeckung führen. Der erste besteht darin, die eine Seite des Konfliktes überhaupt auszuschalten und die andere in den Vordergrund zu schieben. Der zweite Versuch ist der, sich von den Menschen „abzuwenden“, sich zu distanzieren. Dadurch werden die Konflikte erst einmal scheinbar vermindert.

Der dritte Versuch ist ganz anderer Art. Statt sich von anderen abzuwenden, wendet man sich von sich selbst ab. Das ganze reale Selbst wird unwirklich, und statt dessen schafft man sich ein idealisiertes Ebenbild von sich, in dem die Widersprüche keine Konflikte mehr zu sein scheinen, sondern nur die verschiedenen Aspekte einer Person.

Dem versucht ein vierter Lösungsversuch zu begegnen, indem er mit allen früheren Konflikten auch diesen letzten wegzaubert: und zwar werden innere Vorgänge so erlebt, als ob sie sich außerhalb der betreffenden Person abspielten. Man externalisiert oder projiziert den Konflikt. Dadurch wird aber der ursprüngliche Konflikt zwischen dem Selbst und der Außenwelt in die Potenz erhoben. Jede kleine Differenz mit der Umwelt findet ein riesiges Echo. Schließlich fühlt sich der Betreffende sogar einer durchaus freundlichen oder gar liebenden Instanz oder Person gegenübergestellt, von ihr verfolgt: im Wahn.

So gewiß nun die jetzige Verfassung Berlins durch Externalisation und Projektion charakterisiert ist, und so schlimm das an sich schon wäre, so würde man doch den Ernst der Lage völlig verkennen, wollte man es bei dieser Beurteilung sein Bewenden haben lassen. Denn nicht nur besteht die Externalisation in zwei Formen: in einer vorstellungsmäßigen, wie sie oben beschrieben wurde, und in einer wirklichen. Es besteht außerdem noch die externalisierende Instanz nicht aus einem Individuum, auch nicht aus einer Summe von Individuen, sondern aus einer Gesellschaft, sogar einem Staat.

Daß die Externalisation nicht bloß eine der Vorstellungen ist, sondern auch eine über die Vorstellung hinausgehende Wirklichkeit, heißt, daß der Teil der Konflikte, der erst durch Idealisierung des eigenen Zustandes und dann durch Projektion eines Teils der Spaltung zum Verschwinden gebracht wurde, die Macht hat, das verschwundene Verworfenen, Dunkle des eigenen Wesens im Gegenüber leibhaftige Form annehmen zu lassen. Das ist eine wirkliche außen entstehende Quelle neuer Konflikte.

Ein sozialpathologischer Prozeß

Man muß sich klarmachen, daß der Hinweis auf diese Quelle der einzige Gesichtspunkt ist, der in der politischen Beurteilung gemeinhin geltend gemacht wird. Man übersieht, wie diese Quelle in Wirklichkeit durch einen selbst genährt wird; und in welcher Verzerrung, welcher Vergrößerung des Schlechten und welcher Verkleinerung des Guten diese Quelle und der von ihr genährte Strom erscheinen. Dieser Fehler kann nur ausgeschaltet werden, wenn man erkennt, daß es sich wirklich um einen pathologischen Prozeß handelt.

Aber das Ausschlaggebende und eigentlich Verhängnisvolle ist doch dies, daß es sich um einen pathologischen Sozialprozeß handelt. Um uns klar zu machen, was das bedeutet, können wir an Beobachtungen von Sullivan anknüpfen. Er hat sein Augenmerk auf das Verhältnis des einzelnen zu einer Gruppe gerichtet und darauf, wie auch heftige und vielfach verdeckte, idealisierte und projizierte Konflikte dadurch fast vollständig entschärft werden, daß man sich einer Gruppe einordnet. Die Gruppe verhält sich dann zu anderen Gruppen ähnlich, wie vorher das Individuum zu seinem Gegenüber. Das kann so weit gehen, daß sich ein Individuum oder eine Summe von Individuen durch Einfügen in eine Gruppe den Gefahren einer Schizophrenie und ihrem Wahn entziehen kann, denen es sonst unterliegen wäre. Darauf nimmt dann die Gruppe eine paranoide, zu Verfolgungswahn neigende Haltung zu allen außerhalb der Gruppe an.

Man kann sich vorstellen, welch ein Grad von Komplikation des Verhängnisses hierin liegt! Tritt doch eine Institutionalisierung des Wahns ein, und um so mehr, je repräsentativer die Gruppe ist. Es wird nicht nur der Zeitgeist, sondern auch der Zeitleib vom Wahn ergriffen.

Ich will abbrechen. Vielleicht ist es gelungen, uns auf diese Weise wenigstens von ferne zu vergegenwärtigen, was es bedeutet, wenn ein großes Gemeinwesen wirklich erkrankt. Diese Vorstellung mit konkretem Gehalt erfüllen, wie es nötig wäre, wenn wir in dieser Hinsicht adäquat handeln sollten, das vermöchten wir erst, wenn wir tiefer in die Sozialpathologie und die Heilslehre menschlicher Ordnungen eingedrungen wären. Aber die stecken erst in den Anfängen. Das ist nicht zuletzt eine Wirkung des ganz erheblichen Widerstandes, den eine Erkrankung der Gesellschaft ihrer Erhellung und Bewältigung entgegensetzt. Und auch diesem Widerstand ist es vermöge seines repräsentativen Gruppencharakters gelungen, seine destruktive Art soweit zu rationalisieren, daß er nahezu, wenn nicht ganz, konstruktiv erscheint.

Zum Schluß möchte ich noch zwei Bemerkungen machen: Einmal, daß die Kirche in den letzten Jahrhunderten kaum noch ein Organ für den Leib und das leibhaftige Wesen gehabt hat! Dadurch hat sie das Geistliche in das Geistige und das Christentum in Idealismus verwandelt, in Sonntagschristentum, das den materialistischen Alltag verdeckt. Die Sowjets aber sind, wie auch Rosenstock bemerkt, eifersüchtige Wächter gegenüber einem bloß materiellen „Zion“. Sie sind unter anderem sozusagen Anti-Sonntags-„Geistliche“.

Und zum andern dies: Die Vereinigten Staaten gewinnen nur langsam die Möglichkeit, aus ihrer Gruppe heraus und mit anderen Gruppen in echte Beziehung zu treten. Ihr Gruppengeist ist getragen von dem, was wir liberale Demokratie nennen. Die scheint aber, wie wir sahen, der universalen Bürgerkriegssituation, die die Weltsituation heute bestimmt, nicht gewachsen zu sein. Auch das sind zwei Punkte, die die sozialpathologische Situation Berlins und damit Deutschlands und Europas bestimmen.

Die verbrauchte Gesellschaft ist auf der Vereinbarung gegründet, daß wir alle so sprechen und handeln, wie man es von uns erwartet. Wir sind vollkommen hilflos, wenn diese Vereinbarung gebrochen wird. Dann wissen wir weder, was wir sagen, noch was wir tun sollen.

G. B. Shaw

GIBT ES EINEN DRITTEN WEG?

Der ebenso mühevoll wie umfassende Fortschritt in Kultur und Wissenschaft und deren technische Anwendung begleiteten die schmerzhaft und blutige Entwicklung der letzten vierzig Jahre oder gingen ihr voran. Die Verhältnisse zu Beginn des Jahrhunderts und vor allem die gefundenen Konzeptionen konnten diesem unvermeidlichen Wirbel kaum Widerstand leisten. Als die Welt zur Besinnung kam, merkte sie plötzlich, daß sie sich in einer neuen geistigen und materiellen Lage befand!

Die bestehenden Eigentumsverhältnisse und die politischen Bedingungen änderten sich. Neue Formen des Eigentums kamen auf und neue Formen der Freiheit, die sich mit den alten Formen zu verbinden suchten. Aber im ganzen gesehen ist die alte Welt durch und durch untergraben, und die neue beginnt sich abzuzeichnen, obwohl alles das nur der Auftakt zu einer unabsehbaren geistigen und materiellen Revolution ist, die die ganze Welt umfaßt und sie mit Liebe und Gewalt vereint, trotz der ererbten, überkommenen Gegensätze und dem Entstehen neuer Spannungen. So offensichtlich gespalten, wird die Welt dennoch eins; das ist das Wesen unserer Epoche.

Die Gründe für diese Umformung wird man vor allem in der schnellen und sprunghaften Entwicklung der Produktionskräfte suchen müssen. Man kann sagen — ganz allgemein gesprochen —, daß die Entwicklung zu den verschiedenen bestehenden gesellschaftlichen Systemen führte: das sogenannte westliche (demokratisch und noch kapitalistisch), das sogenannte östliche (totalitär und noch nicht sozialistisch) und das anticoloniale (mit demokratischen und sozialistischen Tendenzen). Dieser vorwiegend schematischen und nur als solcher richtigen Einteilung entsprechen auch die übermächtigen ideologischen und organisatorischen Formen des gesellschaftlichen Lebens im allgemeinen und die der Arbeiterbewegung im besonderen. So ist in der Arbeiterbewegung des Westens die Sozialdemokratie, im Osten der Bolschewismus und in den ehemaligen Kolonien (Indien, Burma, Indonesien u. a.) ein besonderer demokratischer Sozialismus und Kommunismus prägend.

Formen der Arbeiterbewegung

Es lohnte sich, im Licht dieser Änderungen einen wenn auch wehmütigen Blick auf die Resultate und das gegenwärtige Stadium der Spaltung der Weltarbeiterbewegung zu werfen, die im ersten Viertel des Jahrhunderts stattfand und der verschiedenen objektiven Situationen und Tendenzen wegen in Rußland und in Europa stattfinden mußte. Als Lenin und Martow 1903 in London ein Streitgespräch darüber begannen, wer Mitglied der eben gegründeten Partei sein dürfe, konnte niemand ahnen, daß damit die größte und vielleicht wichtigste Spaltung in der Geschichte der Arbeiterbewegung begann. Wenn auch Lenins These hinsichtlich der Möglichkeit der Revolution in Rußland (und in ähnlichen Ländern) zweifellos richtig war, so erwies sie sich doch als unrealistisch für eine allgemeingültige Konzeption, besonders für entwickelte Länder. Diejenigen — und auch heute finden sich noch solche —, die an die Undurchführbarkeit der Revolution in Ländern wie Rußland und an die Unhaltbarkeit

der sowjetischen Ordnung glaubten, täuschten sich aber ebenso: Über diese Ordnung kann man so oder so denken, aber sie lebt und sie wird leben, sie wird sich entwickeln und ihre Gegensätze lösen; vor allem aus sich selbst heraus auf der Grundlage ihrer spezifischen Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten. Revolutionen und daraus hervorgegangene Systeme sind nicht nur Fakten, die zu übersehen lächerlich wäre, sondern sie drücken ihren Stempel auf die Entwicklung auch der übrigen Welt. Die Welt ist in Bewegung und verhält sich so, als wenn Revolutionen im wesentlichen einfach unvermeidbar wären. Aber gerade deshalb kann man auch nicht verneinen, daß die soziale Demokratie recht hatte mit ihrer Behauptung, daß die „friedliche“ Entwicklung zum Sozialismus möglich ist: die Praxis zeigte die Richtigkeit dieser Idee hauptsächlich in den entwickelten Ländern wie Großbritannien, den nordischen Ländern usw.

Ohne politische Demokratie ist es unmöglich, eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen, sofern Sozialismus nicht nur gesellschaftliches Eigentum, sondern eine Gemeinschaft anstrebt, in der die Menschen mehr Freiheit als im Kapitalismus haben. Es zeigte sich, daß die Gewalt, obwohl sie die neue Gesellschaft aus der Taufe gehoben haben mag, nicht in der Lage ist, sie auch zu gestalten. Sklaven sind heute wie früher in der Geschichte nicht fähig, eine freie Gesellschaft aufzubauen. Wir müssen weiterhin beachten, daß die sozialistischen und nationalen Bewegungen in den ehemaligen Kolonien bodenständig sind; das wird in ihrem konsequenten Antikolonialismus und in dem von ihnen vertretenen sozialen und wirtschaftlichen Radikalismus deutlich. Trotz der großen Ideenverwandtschaft mit der Sozialdemokratie in Europa haben wir es hier mit einer besonderen Form der Arbeiterbewegung zu tun.

Die Anklage, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse und diejenigen verraten habe, die den Bolschewismus als Produkt spezifisch russischer, anarchistischer, bäuerlicher Elemente werten, nicht aber als Resultat des Kampfes um die Lösung der Weltgegensätze auf dem gegebenen russischen Boden und unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen, erweist sich als unhaltbar. Noch unrealistischer ist der Glaube, daß die Befreiung der Kolonien ohne Revolutionen nicht möglich sei; er ist ebenso falsch wie die These, daß der Kapitalismus „noch immer“ eine konstruktive Aufgabe in den Kolonien zu lösen habe. Asien und andere Kolonialgebiete stehen heute im Brennpunkt des Weltgeschehens, das aktive und unvermeidliche Auftreten Chinas und Indiens auf der Weltbühne hat bereits Weltbedeutung und muß den Charakter dieser Bühne und die Möglichkeiten und Ziele ihrer Akteure notwendigerweise ändern.

Realitäten und Ideen im Wandel

Die neue Gruppierung der Welt hat noch andere bedeutsame Folgen: Die Verstaatlichung des kapitalistischen Eigentums und umfassende staatliche Maßnahmen in der Wirtschaft — die der Kommunismus für seinen größten Vorteil hielt — erscheinen ökonomisch und damit gesellschaftlich unvermeidbar, auch in vielen entwickelten Ländern. Damit ist der Sozialismus in den Kern des Kapitalismus eingedrungen. Der Kapitalismus kann nicht mehr bestehen, ohne in den Sozialismus überzugehen. Das ist die gegenwärtige Art seines Daseins, wenn es auch noch so absurd aussieht. Die Demokratie bekam in den entwickelten Ländern einen realen Inhalt, sie wurde außerordentlich gestärkt. Dort ist sie zur Grundlage des Kampfes der Arbeiterklasse geworden.

Und schließlich lassen sich auch noch kaum sichtbare und einstweilen wenig bedeutsame Änderungen in der kommunistischen Welt konstatieren. Stalins „sozialistisches“ Kaiserreich und sein „Welt“-markt sind nicht mehr fähig, für sich allein zu bestehen, die stalinistische Unterdrückung und die Ideologie werden wirkungslos in neuen, höher entwickelten inneren und äußeren Verhältnissen. Nur böse Erinnerungen daran werden zurückbleiben. In dieser Welt kann jede Weiterentwicklung nicht so sehr in der Veränderung der Eigentumsverhältnisse

liegen, sie muß vielmehr auf die Vergrößerung, auf die „Vergesellschaftung“ der Freiheit abzielen. Die Gründe dafür sind einfach: Die früheren Eigentumsverhältnisse können nicht wieder hergestellt werden (wenn die Gesellschaft sie hätte ertragen können, hätte sie sie nicht zerstört), sondern auf der jetzt gegebenen Eigentumsordnung müssen neue gesellschaftliche Verhältnisse aufgebaut werden. Dazu sind offenbar die Schwächung der Monopolstellung der politischen (parteilichen) Oligarchie und die Entwicklung zur politischen Demokratie notwendig.

Wir können hier nicht ausführlicher auf das Problem der ehemaligen Kolonien und der unentwickelten Länder eingehen. Es ist aber offensichtlich, daß sie einen dritten, eigenen Weg suchen — und daß manche ihn schon finden —, weil es ihnen unmöglich ist, die entwickelten Länder einzuholen und weil sie fürchten, die nationale und menschliche Freiheit zu verlieren. Sie verbinden und stützen sich auf die Tendenzen und Kräfte, die in den entwickelten Ländern für eine friedliche Koexistenz, für wirtschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit bei Achtung der nationalen Souveränität wirken. Gerade von diesem ihnen eigenen Weg, vom Tempo, mit dem sie ihn einzuschlagen in der Lage sind, wird die weitere Entwicklung der Welt in starkem Maße abhängen, insbesondere der Frieden. Die offensichtliche Unterschätzung der Bedeutung dieser Länder und ihres Strebens in den größten Machtzentren der Welt beweist nur, wie stark und wirksam alte Denkformen (koloniale wie stalinistische) noch sind.

Es wäre naiv, vorhersagen zu wollen, wann im Westen das gesellschaftliche Eigentum die monopolistischen Eigentumsformen ablösen wird, und es wäre unrealistisch, die Zeiten und Formen zu bestimmen, in denen sich die Demokratie im Osten entwickeln wird. Aber die skizzierten Tendenzen bestehen in so entscheidendem Maße, daß der demokratische Sozialismus sie aufzeigen und konkrete Möglichkeiten finden muß, diese Strömungen zu stärken. Von ihrer Stärkung oder Schwächung kann nicht nur Krieg oder Frieden abhängen, sondern — mit Rücksicht auf den gegebenen technischen Stand des Landes — auch das Schicksal des Sozialismus und der menschlichen Gemeinschaft überhaupt.

Die Stärkung des gesellschaftlichen Eigentums und der sozialen Gleichberechtigung in den entwickelten Ländern bleibt Stückwerk ohne die Förderung der demokratischen und friedlichen Bestrebungen in den internationalen Beziehungen, ebenso wie die Schwächung des Totalitarismus notwendig den Verfall jener Formen nach sich ziehen muß, die das Ziel haben, der Welt einen „Ideal“typ der gesellschaftlichen Ordnung aufzuzwingen. Ist es nicht offensichtlich, daß z. B. Großbritannien in unserem Zeitalter ein immer friedliebenderes Land wurde? Und ging der unvermeidliche Prozeß der Eingießung des russischen Nationalismus in den sowjetischen Trog nicht weiter?

Die Spannungen in der gegenwärtigen Welt und vor allem der sogenannte Gegensatz Ost — West, der am deutlichsten sichtbar ist in der Politik der beiden mächtigsten Staaten, sind entstanden aus dem Konflikt zwischen den hergebrachten gesellschaftlichen Verhältnissen und den Produktionskräften, deren planmäßige und normale Entwicklung den Weltrahmen und Weltverhältnisse erfordert. Die Auflehnung lebendiger, gefesselter Mächte gegen versteinerte Formen war immer ein Zeichen des Fortschritts und ein „Bote des Sturmgewitters“. In der Praxis äußert sich heute dieser Konflikt darin, daß die genannten Welttendenzen der Produktionskräfte dominieren, sich aber in den nationalen Formen bewegen müssen. Das ist vereinfachend gesagt, denn außer diesen Tendenzen und den ihnen entsprechenden Ideen bestehen andere Bestrebungen, sogar bei den Haupttrivale in der gegenwärtigen Welt; abgesehen davon, daß das Wesen Amerikas auch nicht auf dem McCarthyismus beruht, und abgesehen davon, daß die Möglichkeiten Rußlands anders geartet sind als die von Stalin konzipierten. Aber es ist natürlich und unvermeidlich — besonders, wenn man die bestehenden politischen und Eigentumsverhältnisse im Auge hat —,

daß die eine Seite als Träger des wirtschaftlichen Fortschritts und der Freiheit und die andere als Schützer der nationalen Souveränität und Klassengerechtigkeit auftritt.

Politische Demokratie und moderne Ökonomie

Gerade auf neue und andersgeartete Bestrebungen kommt es daher an. Sie lassen sich nicht in Extremen ausdrücken, sondern äußern sich in gemäßigten Formen, die schon immer typisch waren für die objektive Entwicklung wie für das endgültige Ergebnis, die auch dem Verständnis der einfachen Leute entsprachen; auch wenn sie nicht originell und radikal aussehen.

Solche Bestrebungen kann nur der demokratische Sozialismus entfalten, ausgehend von der gegebenen Situation als einer Tatsache, mit der man sich nicht zufrieden geben soll, die um irgendwelcher abstrakter ideologischer Ziele willen zu negieren aber gleichfalls sinnlos wäre. Aber weil der klassische Gegensatz Arbeit — Kapital im nationalen Rahmen schon in vieler Hinsicht milder geworden ist, erscheinen diese Gegensätze im weltweiten Rahmen und im Verhältnis der entwickelten zu den unentwickelten Ländern schärfer. Der Vertiefung dieses Gegensatzes entgegenzuwirken und für seine Beseitigung zu kämpfen, ist heute das hauptsächlichste Anliegen des Kampfes für Frieden und Demokratie, für den Sozialismus, für die Einigung der Welt auf den Grundlagen der menschlichen Freiheit und der nationalen Gleichberechtigung, auf der Basis der Hilfe der entwickelten für die unentwickelten Staaten.

Darin besteht die einzige Chance, die Extreme in der modernen Welt zu überwinden und ihre Entwicklung zur weiteren und ausgeglicheneren Produktion und zu größerer menschlicher Freiheit zu erleichtern. Das ist die einzige Art, die bewaffneten Missionare der menschlichen Freiheit und die ihren Worten nach monopolistischen Hüter und Prediger der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit der unentwickelten und ausgebeuteten Völker zu widerlegen. Die Milderung des Gegensatzes zwischen unentwickelten und entwickelten Ländern würde sehr schnell aufdecken, daß der Konflikt Kommunismus — Kapitalismus, konkreter und klarer als Zusammenstoß Demokratie — Totalitarismus ausgedrückt, nur ein ideologischer Ausdruck verschiedener materieller und gesellschaftlicher Notwendigkeiten und Interessen ist.

Wenn die gegebenen Eigentumsverhältnisse im Westen, genauer gesagt, die wirtschaftlichen und anderen Privilegien in der Beziehung des Westens zu den unentwickelten Ländern, einen der Gründe für Streitfälle und Zusammenstöße darstellen, so ist das Ersticken der menschlichen Freiheit im Osten doch eine entscheidendere Ursache dafür. Es wird immer offenkundiger, daß die entwickelten Völker sich nicht weiterentwickeln können, ohne gleichzeitig die unentwickelten Völker zu fördern, und daß die politische Demokratie eine Bedingung der modernen Ökonomie ist, deren technischer Stand einen freien Menschen und damit eine weitergehende und unvermeidliche Einigung der Welt erfordert. Das ist um so einleuchtender, als die Politik und die politischen Verhältnisse nicht getrennt voneinander existieren, sondern sich wechselseitig durchdringen; in der gegenwärtigen Welt ist die innere Ordnung eines Landes somit nicht ohne Bedeutung und Einfluß auf die internationalen Beziehungen, ungeachtet des demokratischen Rechts jedes Volkes, sein Schicksal selber zu bestimmen. Die Hilfe für die unentwickelten Länder durch steigende Zuwendungen aus den Überschüssen der entwickelten Länder und die politische Freiheit sind die Voraussetzungen einer weiteren friedlichen Entwicklung der Menschheit. Das Eigentum und die Freiheit stehen im Konflikt, er muß gemildert und endlich überwunden werden zugunsten des weiteren Fortschritts der Menschen.

INTERVIEW MIT IGNAZIO SILONE

Warum schreiben Sie?

Schreiben Sie für bestimmte Gruppen von Lesern?

Was haben Ihre Schriften solchen Leuten zu bieten?

Wie steht es mit denen, die nur zufällig einmal lesen?

Was halten Sie von den Kritikern?

Welchen Einfluß hat die Kritik auf die Richtung Ihres Werkes gehabt?

Ihre Lieblingsschriftsteller?

Und Ihr zeitgenössischer Lieblingsmaler?

Was würden Sie für den zweitbesten Beruf halten?

Und den besten?

Haben Sie die Absicht, eines Tages in die aktive Politik zurückzukehren?

Was ist die größte Gabe der Natur?

Welche Begegnungen waren die entscheidenden in Ihrem Leben?

Welche Gestalten der italienischen Geschichte finden Sie gegenwärtig anregend und des Studiums wert?

Und in der Jetztzeit?

Was ist das wichtigste Datum der Weltgeschichte?

Und der neuesten Geschichte?

Was meinen Sie zu dem Problem eines dritten Weltkrieges?

Welchen militärischen Helden bewundern Sie am meisten?

Halten Sie den Fortschritt für unaufhaltsam?

Glauben Sie, daß der Mensch frei handeln kann?

Oder daß er für seine Handlungen verantwortlich ist?

Glauben Sie, daß der Mensch sein Schicksal bezwingen kann?

Um mitteilen und sprechen zu können.

Für die Unzufriedenen, für die Männer und Frauen, die nachdenken.

Ein wenig Gesellschaft.

Fliegen, die um die Ohren brummen.

Die Erde hat Platz für alle.

Gar keinen.

Cervantes, Tolstoj und Verga.

Rouault.

Müller.

Sich unterhalten und lesen.

Wenn die Freiheit gänzlich in Gefahr ist.

Gesundheit.

Die mit Menschen von Integrität, unter den Berühmten: Don Orlone, Gramsci, Trotzki und Ragaz.

Joachim de Flore, Franz von Assisi und Thomas Campanella.

Simone Weil.

Der 25. Dezember des Jahres Null.

Der 17. Juni 1953, der Tag des Aufstandes der ostdeutschen Arbeiter.

Er wird die Grundlage für den vierten sein.

Josua, der die Sonne anhält, und den braven Soldaten Schweik.

Nein.

Ich glaube, daß der Mensch frei sein kann.

Soweit er frei ist.

Ja, wenn er es auf sich nimmt.

Haben Sie irgendwelche Ansichten über den Selbstmord?

Er gehört zu den vielen Dingen, die ich nie zu verstehen vermochte.

Glauben Sie, daß es jemals eine vollkommene politische Ordnung geben wird?

Nein.

Oder an die Möglichkeit vollkommener Gesetze, Institutionen und Regierungen?

Nein.

Oder an einen christlichen Staat?

Das wäre ein Widerspruch in sich.

Oder an eine christliche Gesellschaft?

Die Gesellschaft wird christlich sein, in der die Liebe an die Stelle der Gesetze tritt.

Was bedeutet nach Ihrer Meinung die sozialistische Revolution?

Die Beseitigung der sozialen und wirtschaftlichen Hindernisse, die die Freiheit der Menschen einschränken.

Wenn das alles verwirklicht würde, wären die Menschen dann glücklich?

Nicht notwendig. Die alten Übel des Lebens würden weiterhin bestehen und neue entstehen.

Kann es in einem sozialistischen Staat Freiheit geben?

Ich meine, daß in einem Zeitalter der Monopole ohne eine Reihe sozialistischer Maßnahmen überhaupt keine Freiheit möglich ist.

Glauben Sie, daß die Intellektuellen die Rolle von Führern spielen sollten?

Nein.

Was halten Sie von dem Grundsatz: „Um recht zu tun, folge der Arbeiterklasse!“?

Er hat seinen Wert als Richtschnur verloren. Es gibt heute mehr als einen Weg für die Arbeiterklasse.

Gibt es nicht eine bestimmte Richtung für ihre Mehrheit?

Die Mehrheit der Arbeiterklasse ist je nach dem in Frage stehenden Land Labour, sozialdemokratisch, kommunistisch, titolistisch, syndikalistisch, peronistisch usw. Ihr immer und überall zu folgen, wäre absurd.

Glauben Sie nicht, daß an der proletarischen Bewegung etwas spontan Fortschrittliches ist, vorausgesetzt, daß kein äußerer Zwang eintritt?

Spontan? Nein.

Was wird auf lange Sicht ihren tatsächlichen Charakter bestimmen?

Die Einschränkung durch die gegebenen Verhältnisse, das Gewissen ihrer Mitglieder und ihrer Führer.

Sind Sie Pessimist?

Nein.

Glauben Sie an den Menschen?

Ich glaube an den Menschen, der das Leid auf sich nimmt und es in Wahrheit und moralischen Mut verwandelt. Deshalb denke ich jetzt an einen, der vielleicht gerade sich Bahn bricht aus der ungeheuren Polarnacht der Zwangsarbeitslager in Sibirien. Er könnte Blinde sehen machen.

Einer? War?

Sein Name tut nichts zur Sache.

Hans Tietgens

PÄDAGOGIK UND AUSLESE

In dem letzten Beitrag zum Thema „Politik und Pädagogik“ ist das Stichwort „Faschisierung der Demokratie“ gefallen. Es verweist auf ein brennendes Problem, das weiter durchdacht sein will. Es ist heute keine Frage mehr, daß Effektivität und Sinnerfüllung der Demokratie von Bildungsvoraussetzungen abhängen. Daraus resultiert unsere pädagogische Aufgabe. Es hat nicht an Diskussionen darüber gefehlt, wie sie bewältigt werden kann. Wenn wir aber eingestehen müssen, daß die geeigneten Mittel noch nicht gefunden sind, so beruht das nicht allein auf der Tendenz der Politik, die Pädagogik als Machtinstrument zu benutzen, sondern auch darauf, angeblich davon ausgehen zu müssen, was das pädagogische Bemühen soll, anstatt zu fragen, was es kann. Wenn von den Früchten demokratischer Bildungsarbeit nur wenig zu erkennen ist, so liegt das nicht allein an den Mängeln der pädagogischen Methoden, sondern auch daran, daß die Versuche zum Teil am untauglichen Objekt vorgenommen wurden.

Das mag hart klingen. Die Zeit drängt aber, dies zu diskutieren. Im Mißverständnis demokratischer Grundgedanken stürzte man sich auf die Breitenarbeit. Sie fand zwangsläufig nicht das erhoffte Echo. Es bedarf heute mehrerer Vermittlungsstadien, um bestimmte Bildungsmomente wirksam werden zu lassen. Nicht nur die Erkenntnisse Einsteins oder Heideggers sind von der Art, die Kluft zwischen den Wissenden und den Nichtwissenden zu vergrößern; die gleiche Erscheinung bestimmt unser gesellschaftlich-politisches Leben, wenn auch nicht in so auffallender Weise. Auch hier ist der Weg von der Erkenntnisquelle zum großen Meer des Gemeinverstehens ein langer Strom, der durch Kanäle gelenkt werden muß mit einem sorgfältigen System von Schleusen, an denen dafür zu sorgen ist, daß die Einsichten sachgerecht und pädagogisch wirksam weitergeleitet werden.

Gegenüber einem solchen umständlichen und langwierigen Verfahren wird vorgeschlagen, die mangelnde Möglichkeit zu Kenntnis und Erkenntnis durch das Erlebnis zu ersetzen. Zweifellos ist das unerlässlich. Es sollte aber klar sein, daß dieser Weg allein auch nicht genügt, demokratisch verantwortungsbewußte Bürger zu erziehen. Auch das Erfahren-Können will gelernt sein. Situationsverständnis setzt die Fähigkeit zum Beziehungsdenken voraus. Urteilskraft ist auf die Dauer nicht möglich ohne Sachkenntnis. Hinzu kommt, daß das Erlebnis außerhalb der Bewußtseinskontrolle bleibt. Darin liegt eine Gefahr, weil das, was es zu erleben gibt und was der Mensch seiner Natur nach zu erleben sucht, alles andere als von vornherein idealdemokratisch ist. Unkritisches Erleben läßt sich vom Imponierenden beeindrucken; die Folge ist, daß die Gewalt und nicht Absprache, Kompromiß und Gesinnung regieren.

Erziehung zur Demokratie kann darum nicht nach allgemeinen Programmen praktiziert werden. Den Mut zu dieser Einsicht müssen wir aufbringen. Die vielzitierte Gleichheit bezieht sich nicht auf die Struktur des Menschen, sondern auf die Startchancen, die die Gesellschaft bieten soll. Bis zu welcher Stufe in Einsicht und Können der einzelne dann kommt, hängt von seinen Fähigkeiten ab. Der Staat sollte dabei weder der Nachwächter eines hemmungslosen Individualismus sein noch eine Versorgungsanstalt für Unfähige. Das System der „Vermittlungsstufen“

in diesem Sinne aber kann sinnvoll nur von „oben“ angelegt werden, da wir von „unten“ heute keine zielklare Gestaltungskraft erwarten dürfen. Ob das in unsere ideologische Konzeption paßt oder nicht, es ist eine Tatsache. Und es ist ein — zwar dialektisch verständlicher — Irrtum, zu glauben, das ließe sich durch materielle Umgestaltung ändern.

Die pädagogische Bemühung ist also dem Zweck der Auslese zu unterstellen. Für diese Forderung gibt es außer der pädagogischen noch eine schwerwiegende politische Begründung.

Die Hauptfrage der klassischen Staatsphilosophie war die nach der besten Staatsform. Darauf gaben die Staatstheoretiker die verschiedensten Antworten. In den letzten Jahrzehnten ist deutlich geworden, daß der formale Aufbau des Staates relativ zweitrangig ist gegenüber der menschlichen Erfüllung dieser Formen. In jedem System ist jeder Wert möglich. Das Verhältnis wird bestimmt durch die Umstände, denen spezifische Formen mehr oder weniger angemessen sind, und durch die Menschen, die die Formen handhaben. Entscheidend ist darum, von welcher Art die Menschen sind, die die Macht ausüben. Nun ist zwar nur eine bestimmte Art (sozial und typologisch gesehen) überhaupt in der Lage, Macht zu erringen und zu gebrauchen. Aber innerhalb dieser Art sind doch verschiedene Grade und Formen der charakterlichen Integrität und der gesellschaftlichen Gestaltungsfähigkeit möglich. Deshalb sollte die Kernfrage nicht die nach der besten Staatsform sein, sondern die nach dem besten Ausleseprinzip. Die Form der Selektion und Delegation steht damit im Mittelpunkt. Sie wird bestimmen, wie wir regiert werden. Denn unsere Leitungsgremien haben ein solches Eigengewicht, daß ihre formale Beauftragung sich auf die Dauer höchstens noch indirekt geltend macht. Somit ist die Haltung der Führungsschicht wichtiger denn je, und darum ist auf dem Wege in die Schlüsselpositionen ein besonderes Augenmerk zu richten.

Diese Bemerkungen scheinen dem zu widersprechen, was täglich gefordert wird. Es ist aber höchste Zeit zu erkennen, daß die „Spannung zwischen Oben und Unten“, die Mißstimmung zwischen den Leitungsfunktionären und den Zukurzgekommenen, in unserer Gesellschaft echt ist und tatsächlich besteht. Darüber hinwegtäuschen zu wollen, könnte für das Ansehen der Demokratie verhängnisvoll sein. Ihr Leitbild muß mehr auf unsere Wirklichkeit zugeschnitten werden, soll es nicht bei breiten Kreisen der Lächerlichkeit verfallen. Darum ist es besser, die Bedeutung der Aufstiegskanäle ausdrücklich zu betonen, als der Reinheit der Urdemokratie nachzutruern, die im 20. Jahrhundert anachronistisch ist.

Nur dann werden wir auch begreifen, welch gefährliches Instrument das Mehrheitsprinzip in den Händen professioneller Meinungsbildner werden kann. Bei ihnen ist darum — beispielsweise — mit dem pädagogischen Bemühen anzusetzen. Von ihnen aus entwickelt sich auch die Breitenarbeit zwangloser als durch Institutionen für politische Bildung. Sind die Einrichtungen einmal geschaffen, geht allzu schnell das Bedürfnis verloren, sich bei der Zielsetzung der Arbeit nicht mit Schlagworten — wie dem der „Demokratisierung“ — zu begnügen, sondern darüber nachzudenken, wie diese Demokratisierung bei den gegebenen Möglichkeiten praktisch verwirklicht werden kann.

Die Neuorientierung auf die Auslese steht vor einer großen Schwierigkeit. Die gegenwärtige Praxis des Auswahlverfahrens ist nicht gerade vorbildlich. Es regieren eher der Zufall als die Methode, mehr das Nebeninteresse als die Sache. Rezepte für das Wie dieses Ausleseprozesses lassen sich kaum geben. Formalien sind nicht ausschlaggebend. Das Prinzip der Kooptation hat seine guten und seine schlechten Seiten. Es kann eine charakterliche Inzucht daraus werden, wie die Vermittlungstätigkeit einiger Korporationen in Deutschland zeigt. Es kann aber auch der brains trust eines Roosevelts oder Mendès-France daraus entstehen. Entscheidend ist, daß die Wirkung von oben ausgeht und unter ein sachliches Regulativ gestellt wird.

AUFGABEN EINES „CHRISTLICHEN SOZIALISMUS“

Der demokratische Sozialismus ist keine Weltanschauung, und auch die Idee des christlichen Sozialismus ist hier nicht in einem solchen Sinne gemeint. Insofern gilt, daß Religion im engeren Sinne der Dogmatik „Privatsache“ ist — weil unarhebblich für die Rechtsordnung —, was von Fragen der Moral offenbar nicht ebenso gesagt werden kann. Ueberdies ist die Befürchtung eines möglichen Konflikts zwischen Religion und Wissenschaft gegenstandslos; der Konflikt wäre jedenfalls aus dem christlichen Dogma — sei es katholisch oder protestantisch — nicht zu begründen. Das katholische Dogma kennt keinen solchen Konflikt zwischen Offenbarungswahrheit und Vernunftkenntnis; lediglich die katholische Kirche konstruiert ihn als Vorwand etwa für ihre Handhabung der Schulfrage.

Für die Ideen der Gleichheit und Freiheit

Das Verhältnis zwischen Christentum und Sozialismus — genauer zwischen christlicher Ethik und sozialistischer Politik — soll vorzugsweise vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet werden. Hier sind die Beziehungen zwischen Christentum und Sozialismus positiver als diejenigen zwischen Christentum und Liberalismus. Bei der Erörterung des Verhältnisses von Christentum und Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Monopolproblematik von besonderem Interesse. Von der modernen Monopolisierungsbewegung seit Ausgang des 19. Jahrhunderts scheint, soweit europäische Verhältnisse in Frage kommen, eine Entwicklungslinie zum Sozialismus hinzuführen: Wenn nämlich die Monopolisierung nicht verhindert werden kann, so wird die nächste Entwicklungsphase diejenige des Sozialismus sein, um das öffentliche Interesse zu wahren. Inwiefern diese Tatsache mit dem Christentum in Europa einen Zusammenhang hat, wird sich herausstellen.

Von Sören Kierkegaard stammt das bittere Wort: „Die Christenheit hat das Christentum abgeschafft.“ Man sollte sich hüten, diesen Aphorismus als ein bloßes Bonmot zu werten. Der Ausspruch kennzeichnet die Tragik der heutigen Situation der Kultur auch in der westlichen Welt. Dieses Wort besitzt außerdem zentrale Bedeutung für unsere Fragestellung. Die sozialistische Bewegung ist doch als eine Reaktion auf diese „Abschaffung“ des Christentums entstanden; das Wesen dieser Abschaffung erkennen wir in einem im kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bereich spürbaren Prozeß der „Vermachtung“ — seit dem ersten Sündenfall der Übernahme der absolutistischen Traditionen des untergehenden römischen Weltreiches seitens des Christentums bei seiner Konstituierung als Staatsreligion. Die christliche Idee der Gleichheit, dieses Kernes der Idee der Gerechtigkeit, ist erst von der sozialistischen Bewegung wieder zu Ehren gebracht worden¹⁾. Bei der Reaktion der sozialistischen Bewegung auf diese „Abschaffung des Christentums“ entwickelte sich auf Grund psychologischer Gesetzmäßigkeiten eine Übertreibung des Gleichheitsgedankens auf Kosten der Freiheit. Beide Ideen, Freiheit und Gleichheit, sind aber christliches Gedankengut, allerdings bei Übergewicht der Gleichheitsidee. Wir beobachten nun auf seiten der Christenheit und des Sozialismus einen Ausschlag des Pendels als Zeichen der politischen

¹⁾ Romanen: „Die ewige Wiederkehr des Naturrechts“, München 1947.

Unstabilität. Das wahre Christentum ist also gewissermaßen Gravitationszentrum für die beiderseitigen Revisionsbewegungen.

Hier sei kurz der Begriff der Gleichheit erläutert: Gleichheit meint nicht ein Faktum — die Menschen sind in ihrer irdischen Konstitution natürlich alles andere als „gleich“ —, sondern die Forderung der Herstellung einer weitergehenden Gleichheit. Diese Forderung ist in der übernatürlichen, methaphysischen Gleichheit der Menschen begründet, derzufolge sie — als „Kinder Gottes“ — sogenannte „natürliche Ungleichheiten“ nicht zu vertreten haben. Da diese natürlichen Ungleichheiten aller Art nicht Auswirkung von Verdienst oder Schuld sind, läßt sich auch kein Anspruch auf Privilegien aus ihnen herleiten. Kompliziert wird diese Sachlage jedoch durch das Hinzutreten der anderen christlichen Idee der Freiheit, d. h. der Willensfreiheit — deshalb, weil dieses Problem rational nicht restlos lösbar erscheint; das einzige, was in diesem Rahmen hierzu gesagt werden kann, ist, daß der Mensch weder ganz frei noch auch ganz unfrei ist; auch die Idee der freien individuellen Selbstverantwortung ist ja christliches Gedankengut. Der etwas schillernde Charakter der christlichen Lehre — der aber nur den paradoxen Charakter der Wirklichkeit widerspiegelt — ist ohne weiteres ersichtlich.

Aus der Interpretation der Idee der Gleichheit im Sinne der Forderung nach Herstellung von Gleichheit folgt noch eine zweite Frage: Wer hat die Aufgabe, diese Gleichheit herzustellen?

Wir meinen: Jeder, der bereit ist, an seinem Nachbarn Nächstenliebe zu üben, denn die Aufgabe der tätigen Nächstenliebe ist ja der Ausgleich, die Herstellung größerer Gleichheit. Daraus ergibt sich noch eine weitere Konsequenz: Angesichts ihres anspruchsvollen Moralkodex ist die christliche Lehre stark interessiert an dem, was die moderne Soziologie die „Elite“ nennt. Im moralischen Sektor, dem Felde der christlichen Ethik, ist eine Elitepersönlichkeit im prägnanten Sinne der Heilige. Aber auch der Sozialismus, dessen Feld der politische Bereich ist, hat ein Interesse an der Elite, denn sie ist Träger der Staatsintervention, deren Ziel die Herstellung größerer Gleichheit von Staats wegen, der Schutz der wirtschaftlich Schwachen ist. Auch die politische Elite des christlichen Sozialismus bedarf, wenn sie ihre Aufgaben ernst nimmt, moralischer Qualitäten als Voraussetzung für die Ausübung ihrer Funktionen, und darin eben liegt die Gemeinsamkeit von Christentum und Sozialismus. Es ist die Liebe des Starken zum Schwachen; eine „Parteilnahme“ moralischer Art, deren Möglichkeit der Hilfe durch den bei allen drei Gewalten vorhandenen Ermessensspielraum gegeben ist. Über den Begriff der Elite wäre eigentlich sehr viel zu sagen, da er durch die besonders auf deutschem Boden heimischen autoritären Traditionen weitgehend verfälscht worden ist im Sinne eines Bestandteiles autoritärer Regierungsformen; hier ist Elite als Bestandteil demokratischer Regierungsformen gemeint.

Schließlich noch eine letzte Klärung zur Idee der Gleichheit und der damit zusammenhängenden Aufgabe der Elite: Die möglichst vollkommene Erfüllung der Funktionen der Staatsintervention erfordert u. a. eine zahlenmäßig ausreichende Eliteschicht. Wenn sich aus dem für die Demokratie unbedingt notwendigen „Dezentralismus“ — zu dessen Erscheinungsformen örtliche Selbstverwaltung, richterliche Rechtsschöpfung und Parlamentarismus gehören — durch Dezimierung der Eliteschicht eine mehr zentralistische Regierungsform entwickelt — ein geschichtlicher Prozeß, der in allen bekannten Kulturkreisen festzustellen ist —, dann wird die notwendige Staatsintervention zum Schutze der Schwachen gefährdet, auch wenn der absolute Despot „wohlwollend“ ist.

Die Bedeutung des Absolutismus

Wir wenden uns der Verifikation der Thesen an den geschichtlichen Tatsachen zu. Der Aufstieg des Sozialismus begann zwar nicht sofort nach der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes im Jahre 1848; dieser Ausgangspunkt wird dennoch gewählt wegen des viel wichtigeren geschichtlichen Faktums der Revolution von 1848 als dem Beginn des Abbröckelns der absolutistischen Traditionen. Von hier aus werden wir uns im folgenden zuerst rückwärts tasten bis zum „primum movens“ jenes Vermachtungsprozesses, den wir als das Wesen der „Erkaltung des Christentums“ erkannt haben, sodann vorwärts bis zur Gegenwart.

Wir sehen den maßgeblichen Kausalfaktor für den Aufstieg des Sozialismus nicht im Industrialismus mit seinen besonderen Mißständen, sondern im Absolutismus — nicht in einem technischen, sondern in einem moralischen Faktum. An sich sind natürlich beide Faktoren wirksam gewesen; aber die Haltung der Rechtsordnung gegenüber dem Industrialismus — nämlich die ungenügende oder zu langsame Reaktion auf dessen Mißstände — im Raume absolutistischer Traditionen dürfte hierbei als ausschlaggebend anzusehen sein. Die Mißstände des Frühkapitalismus sind im Hochkapitalismus verschwunden und haben dafür anderen Mißständen Platz gemacht — etwa dem Monopolismus und der Verwandlung der sozialen Frage aus einer Arbeiterfrage in eine Frage des Mittelstandes; gleichwohl ist immer noch dieselbe notorische Schwäche und Langsamkeit der Reaktion der Rechtsordnung auf diese Mißstände des Industrialismus im Raume absolutistischer Traditionen feststellbar. Die historische Untersuchung fördert eine Spaltung der europäischen Gesellschaft durch den Absolutismus zu Tage. Je bedeutungsloser absolutistische Traditionen sind, desto geringer ist auch die Reaktion in Form der sozialistischen Bewegung. Diese Spaltung besteht zwischen dem angelsächsischen und mitteleuropäischen Raum und wird überlagert von einer neueren, zweiten Spaltung zwischen alter und neuer Welt.

Der Absolutismus, der etwa ab 1500 auf gesamteuropäischer Basis den entarteten Feudalismus ablöste, ist eindeutig nur rechtlich zu definieren: Er ist (im Unterschied zum Feudalismus) immer ein Zentralismus; der absolute Fürst ist einzige Rechtsquelle. Der Sache nach betrachtet ist sein Verhältnis zur Idee der Gerechtigkeit unstabil; es gibt ja auch den wohlwollenden Despoten. Immerhin war er jedenfalls auf deutschem Boden — anders als in England und z. T. sogar in Frankreich — überwiegend gleichbedeutend mit Nichtintervention = Identifikation mit den stärkeren Interessen der Besitzenden = Ausbeutung. Er gründete auf der Indifferenz gegenüber dem Gedanken der Gleichheit im Sinne der Herstellung von Gleichheit, wie aus dem „Naturalismus“ Hegels, des Theoretikers und Apologeten des preußischen Absolutismus, ohne weiteres zu ersehen ist.

Die Ausbeutung als Symptom für die Entartung einer Gesellschaftsordnung und als Hauptmotiv für den Aufstieg des Sozialismus war schon im Absolutismus vorhanden (Steuerfreiheit von Adel und Klerus, Tragen der ganzen Steuerlast durch Bürger und Bauern; Finanz- und Zunftmonopole; preußisches Dreiklassenwahlrecht). Daß diese Entartung als solche auch empfunden wurde, beweisen die verschiedenen europäischen Revolutionen, die den Absolutismus überall mehr oder weniger gründlich ablösten und die Entwicklung zur Demokratie einleiteten. Dabei sind wiederum besonders für die deutsche Situation charakteristisch die Rückschläge in dieser Entwicklung zur Demokratie: 1810/1815, 1848/1850, 1918/1933, 1945/ff.

Die wiederholten Rückfälle in restaurative Tendenzen nach demokratischen Anläufen und die Zählebigkeit der Rudimente des Absolutismus auch unter der Decke einer formalen Demokratie in Gestalt des Übergewichtes der Exekutive sind nur auf eine Weise erklärbar: Wir stehen vor fast unlösbaren Problemen, die entstanden sind aus dem Niedergang der Eliten seit Ausgang des Hochmittel-

alters, ein Vorgang, dessen Niedergangswirkungen nicht allein durch den formalen Akt der Einführung der Demokratie neutralisiert werden konnten.

Die Ursachen dieses welthistorisch überaus bedeutsamen Vorganges, der auch für das moderne Phänomen der Vermassung eine Rolle spielt, sind noch nicht hinreichend geklärt; lediglich die Tatsache als solche ist erwiesen durch den Übergang des dezentralistischen Feudalismus mit lockerer Gesellschaftsstruktur und mit einer unübersehbaren Fülle von Elitepersönlichkeiten in seiner Glanzzeit (etwa 1200) in den zentralistischen Absolutismus nach seinem Verfall und Abstieg (Aufstieg des Absolutismus etwa seit 1500). Mit dem Zentralismus ist zugleich der Positivismus verbunden, d. h. der Verlust der christlich-naturrechtlichen Idee der Gerechtigkeit (ideologisch untermauert durch die Rezeption des spätrömischen Rechts seit dem 16. Jahrhundert). Man darf heute indessen sagen, daß für diesen Niedergang der Eliten die unaufhörlichen blutigen Kriege am Ende der Glanzzeit des Feudalismus, insbesondere sieben Kreuzzüge und fünf Römierzüge, als Erklärung dienen können, jener blutige Wahnsinn, für den erwiesenermaßen der Hochmut und das Machtstreben des Papsttums direkt oder indirekt die Hauptverantwortung tragen.

Damit ist jener Prozeß der Vermachtung im allgemeinen kulturellen wie im wirtschaftlichen Sektor einheitlich abgeleitet aus jenem ersten Sündenfall des Christentums: Der Übernahme der Traditionen des untergehenden und entarteten absolutistisch-zentralistischen römischen Weltreiches. Dieser Vermachtungsprozeß führte zu der „Entfremdung“ des Christentums von seinem ursprünglichen Wesen. Auf die Frage, ob Macht oder Gerechtigkeit das Thema der Weltgeschichte sei, hatte das Urchristentum die Antwort: Gerechtigkeit — im Sinne der Gleichheit. Mit dieser Paulinischen Gleichheitsbotschaft³⁾, die für die Armen, Sklaven und Enterbten im römischen Weltreich eine Offenbarung war, hatte sich das Christentum einst die Welt erobert. Eine weitere große Versündigung gegen diese Gleichheitsbotschaft waren die Kreuzzüge; sie zeigten die Unfähigkeit der Christenheit, mit diesem Gleichheitsgedanken auch gegenüber den Farbigen ernst zu machen. Mit den Kreuzzügen begann der Niedergang der Eliten auf mitteleuropäischem Boden mit der Folge des Ubergreifens des Vermachtungsprozesses auf den weltlichen Gebieten: dem Aufstieg des Absolutismus mit seiner außenpolitischen Aggressivität — die der Feudalismus des Hochmittelalters bemerkenswerterweise nicht kannte, weder als Nationalismus noch als deutsch-französische „Erb“-Feindschaft — und später dem Monopolismus. Es entbehrt nicht einer tragischen Ironie, daß dieselbe Unfähigkeit der Christenheit, mit dem christlichen Gleichheitsgedanken auch gegenüber den Farbigen ernst zu machen, sich heute wieder dokumentiert in den schweren Fehlern der Westmächte bei der Behandlung des Farbigen-Problems, das heute mehr und mehr als die Schicksalsfrage der westlichen Welt erkannt wird.

Neue Eliten sind notwendig

Die Bedeutung des Eliteproblems gibt auch hier die Erklärung für die besonderen Schwierigkeiten der deutschen Situation mit ihren wiederholten Rückfällen in restaurative Tendenzen, denn gegen den Niedergang der Eliten, dieses „primum movens“ des Aufstieges des Absolutismus, bedeutet auch der formale Akt der Einführung der Demokratie noch keine Abhilfe, da die Demokratie selber für ihr Funktionieren eine zahlenmäßig ausreichende Eliteschicht nicht entbehren kann. In ihren Restbeständen macht diese Elite im deutschen Raum heute den Eindruck einer in der Glut zahlloser Kriege ausgebrannten Schlacke. Aber nicht nur um eine Dezimierung handelt es sich ja bei diesem Niedergang der Eliten,

³⁾ Galaterbrief, Kap. 3, 28: „Da gilt nicht mehr Jude und Hellene, nicht Sklave und Freier, nicht Mann und Frau, denn alle seid ihr eins in Christus Jesus“.

sondern außerdem um eine Degeneration ihres Restbestandes in der Epoche des Absolutismus. Dies beweist die Tatsache, daß die verheerenden Wirkungen der Epoche des Obrigkeitsstaates auf den deutschen Volkscharakter zuerst und vor allem in den oberen Schichten, in den wirtschaftlich besitzenden und politisch führenden Kreisen zutage getreten sind.

Diese Tatsache bestätigt auch die von allen wachsamem Beobachtern der heutigen deutschen Demokratie gehegte Befürchtung eines Rückfalles in totalitäre Tendenzen, und hier wird der Zusammenhang sichtbar mit den Gefahren der Vermassung, da mindestens eine ihrer Ursachen in dem Niedergang der Eliten zu sehen ist. Die Befürchtung von Tocqueville um die Mitte des 19. Jahrhunderts, daß aus den vor allem in den USA zu beobachtenden egalitären Tendenzen der Massendemokratie sich früher oder später eine Diktatur entwickeln könnte, ist für das heutige Europa aus den erörterten Gründen noch viel aktueller als für die USA. Auch der moderne Totalitarismus des 20. Jahrhunderts war ja in seinen verschiedenen Erscheinungsformen ein ausschließlich kontinentaleuropäisches Phänomen. Der moderne Totalitarismus macht außerdem den Zusammenhang mit einer weiteren Kausalreihe ersichtlich, die in ihren ersten Anfängen ebenfalls bis in die Anfänge des durch den Niedergang der Eliten bewirkten Aufstieges des Absolutismus zurückreicht und die geeignet ist, die bekannte Formel von der „Erkaltung des Christentums“ zu konkretisieren: der Wandlung der introvertierten Intelligenz des mittelalterlichen Menschen (Mystik) zur extrovertierten Intelligenz des modernen Menschen (Technik).

In Deutschland hat der durch den Niedergang der Eliten eingeleitete Vermachtungsprozeß nach seinem Übergreifen auf den weltlichen Sektor (Absolutismus) seit Ende des 19. Jahrhunderts zur privaten Macht (Monopolismus, Gruppenegoismus) geführt, deren stetig steigende Ausbreitung nur möglich war infolge der Schwäche des Widerstandes der Rechtsordnung (Niedergang der Eliten). Bei diesem Vermachtungsprozeß sind naturgemäß alle interessenmäßig einheitlich strukturierten Gruppen organisatorisch im Vorteil — etwa die Gewerkschaften als linker und die Schwerindustrie als rechter Flügel, während interessenmäßig zersplitterte und daher schwer organisierbare Gruppen wie der Mittelstand zu den Letzten gehören, die „die Hunde beißen“⁹⁾. Diese Entwicklung erklärt die geschichtsnotorische Mißhandlung des Mittelstandes durch die Rechtsordnung in Deutschland, besonders des intellektuellen Mittelstandes (Universitäts-sphäre), eine Entwicklung, die auf lange Sicht die produktiven Kräfte des Volkes ruinieren muß und infolge des Umstandes, daß der intellektuelle Mittelstand normalerweise das bevorzugte Nachwuchsreservoir für die politische Elite ist, kumulative Prozesse auslöst in Form des verstärkten Niederganges der politischen Elite. Die Lehren für die sozialistische Bewegung liegen auf der Hand. Die Revisionsbewegungen des Sozialismus und der Christenheit sind noch im Fluß. Sie haben auf Seiten des Sozialismus zu stärkerer Aufnahme der Idee der Freiheit, auf Seiten der Christenheit zu stärkerer Berücksichtigung der Idee der Gleichheit und damit zu gegenseitiger Annäherung geführt, bei offensichtlicher Neigung beider Seiten zum wahren Christentum, dessen Gerechtigkeitsidee als politischer Gleichgewichtspunkt bezeichnet werden kann, der tiefen Wahrheit entsprechend: „Gerechtigkeit schafft Frieden“. Besondere Aufmerksamkeit verdient bei dieser Entwicklung das besonders in Deutschland nach wie vor ungelöste Eliteproblem. Gerade eine Demokratie, die wie diejenige des christlichen Sozialismus ihre vornehmste Aufgabe im Schutz der Schwachen sieht, hat ein vitales Interesse an der Erhaltung und am Wiederaufbau einer zahlenmäßig ausreichenden Eliteschicht — im wirtschaftlichen, politischen und geistigen Bereich —, wobei insbesondere der politischen Elite die Funktion der „Herstellung von Gleichheit“ obliegt.

⁹⁾ Hadly: „The conflict between liberty and equality“, S. 12.

MCCARTHY UND DIE KATHOLIKEN¹⁾

Vieles ist „tabu“

Auch der gewissenhafteste Reporter würde gern manches dankbare Thema unerwähnt lassen. Wenn heikle Fragenkomplexe durch ausführliche Erörterungen nicht aufgeklärt, sondern nur noch mehr verwirrt, wenn voreilig bezogene Positionen durch den Versuch der „Festnagelung“ nur noch verhärtet, wenn Mißtrauen und propagandistisches Gift durch Enthüllungen in ihrer Wirkung nur noch verstärkt werden können, so ist es besonders in Amerika üblich, den Mantel des Schweigens über das Häßliche zu breiten und abzuwarten, ob nicht vielleicht auf andere Weise die Atmosphäre sich entgiften ließe. Das gilt namentlich für Kontroversen, in die Gegensätze der Rassen, der Religionen und der Nationalitäten hineinspielen, in einem Lande, das, von Anbeginn an, seine Zukunft auf das friedliche Zusammenleben vieler Minderheiten gestellt hat, vermeidet man ängstlich jenes „gründliche Durchdiskutieren“, das manchen ausländischen Beobachtern als unerläßliche Voraussetzung eines geordneten Geisteslebens erscheint. So bleibt manches Problem, das der an Ordnung gewöhnte europäische Geist gern „prinzipiell“ gelöst sähe, dem praktischen Arrangieren, dem Aneinander-ab-Reiben, den halben Fortschritten und dauernden Kompromissen überlassen, weil keiner der Interessierten oder Betroffenen sich durch grundsätzliche Festlegungen ewige Feinde zu schaffen gedenkt. Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Kirchen einerseits, den politischen Richtungen andererseits zum Beispiel sind allen soziologisch wachen Beobachtern nur zu gegenwärtig, ohne daß sie jemals analysiert würden. Einen „Kulturkampf“ kann es in Amerika kaum geben.

Dennoch hat zu allen Zeiten ein katholischer Kandidat in Wahlbezirken mit stark slawischem, italienischem, spanischem oder auch deutsch-katholischem Bevölkerungseinschlag mehr Erfolgsaussicht, und andersgläubige Kandidaten rechnen sich sehr genau aus, ob es ihnen mehr schaden oder mehr nützen wird, wenn sie sich mit einem Kardinal zusammen fotografieren lassen. Flüsterkampagnen, in denen der Glaube dieses oder jenes Politikers eine Rolle spielt, sind an der Tagesordnung; mancher Demagoge wirkt besonders stark auf die eine oder andere Bevölkerungsschicht. Der berühmte Father Coughlin, dessen phantastische Hetzreden Anfang der dreißiger Jahre das Radio erstmalig zum Instrument der Politik machten, hatte weit mehr Anhänger als es wahlberechtigte Katholiken gab; aber darunter war der katholische Prozentanteil gewiß größer als in der Gesamtbevölkerung.

Die gleiche Frage hat sich auch für den Nachfolger Coughlins, McCarthy, erhoben. In dessen Heimatstaat Wisconsin hört man freimütig die Meinung, der größere Teil der achternierten McCarthy-Gefolgschaft seien katholische Polen, Ukrainer, Iren und Deutsche, insbesondere wenn sie ihre Erziehung auf dem Lande genossen hätten. Natürlich muß man sogleich zurückfragen: Sind diese Leute McCarthy zugeneigt, weil sie katholisch sind, oder vielleicht weil sie ungebildet, ärmlich oder spät zugewandert sind? Selbstverständlich muß eine antikomunistische Bewegung Minoritäten, die in Rußland unterdrückt sind, anziehen; sie wird daher einen starken Prozentsatz von Katholiken in ihren Reihen

¹⁾ Obwohl die Situation der katholischen Kirche in Deutschland sich sehr wesentlich von der in den USA unterscheidet, scheint uns diese Analyse des „politischen Katholizismus“ in Amerika eine gute Ergänzung der Diskussion in der NEUEN GESELLSCHAFT zu sein. Die Schriftleitung.

zählen. Um aber eine besondere Affinität zwischen Katholizismus und McCarthyismus zu beweisen, müßte man schon handgreiflichere Zeugnisse anführen — irgendeinen affirmativen Akt der Kirche oder ihrer Würdenträger, ausdrückliche Bekenntnisse zu gemeinsamen Idealen oder parallele Handlungen zur Beeinflussung anderer.

Der Weg zum Konformismus

Unglücklicherweise kann diesem Thema nun nicht länger ausgewichen werden; in letzter Zeit haben derlei affirmative Akte sich genug gehäuft, um Interpretation zu erheischen. Die Tatsache, daß McCarthy selbst Katholik ist, spielt dabei die geringste Rolle; sein ungeschickter Helfer und Freund C o h n jedenfalls ist es nicht; im Senat war sein bester Freund der verstorbene Demokrat McCarran, ein eifriger Katholik, aber jetzt steht ihm am nächsten sein Parteifreund Dirksen, der Protestant ist. Die Olmillionäre aus Texas, deren Freigebigkeit McCarthys Propaganda sehr erleichtert, sind ebenfalls keine Katholiken. Meißr Glaubensbrüder des Senators findet man aber, je weiter man sich in die niederen Regionen seiner Anhängerschaft begibt. Da sind die katholischen Arbeiter polnischer, irischer und in geringerem Grade auch die italienischer oder lateinamerikanischer Abkunft, denen das Erstgeburtsrecht in diesem Lande fehlt und die ihr hundertprozentiges Amerikanertum durch übertriebenen Chauvinismus nachzuweisen suchen; kleinbürgerliche Selfmademen, die ihren Bildungsmangel durch gehässige Attacken auf die Intelligenz auszugleichen streben; Spät-Arrivierte, die in einer schroffen Rechtsbewegung Sicherheit ihres schwererrungenen Vermögens sehen; Neureiche, denen selbst der Umzug in einen vornehmen Villenvorort nicht die erstrebte Anerkennung bei angesehenen Klubs verschafft hat. Da sind vor allem die kleinen Leute, die in abergläubischen Vorstellungen aufgewachsen und leicht zu überzeugen sind, daß eine teuflische Konspiration die Grundfesten der Gesellschaft zu unterminieren droht, Leute von kargen Mitteln und geringem Ansehen, die doch mit allen Fasern nach dem ersehnten Konformismus streben, und Leute von schwachem Mut, die einen großen Führer bewundern, wenn er an ihrer Statt den Kampf mit dem bösen Feind aufnimmt und es „denen in Washington“ einmal zeigt, daß man sich nichts gefallen läßt.

Diese hoffende Schicht von Bürgern zweiter Klasse, Millionen kinderreicher Familien katholischen Glaubens, die nach Bürgerlichkeit streben, ist in ihren Vereinen teils gesellig, teils beruflich, teils für wohltätige, teils für politische Zwecke gut organisiert. Ihre Stimme ist öffentlich weiter vernehmbar als es ihrer Zahl entspricht. Feuerwehrleute und Polizisten, Straßenkehrer und Inspektoren des Wohnungsamtes, Fürsorger und Stadtlieferanten, in den großen Städten meist irischer Abkunft, sind fest in der Hand der katholischen „Bosse“, die ihnen weitere Patronage zusichern. Die demokratische Parteimaschine, manche Gewerkschaft verdankt ihnen ihre Kader; die „Knights of Columbus“ und andere Logen haben sich teilweise im Gegensatz zu anti-katholischen Gruppen wie dem Ku Klux Klan entwickelt. Ein Netz sehr verwickelter Beziehungen besteht zwischen diesen Organen und individuellen Vertretern dieser Bevölkerungsschicht; die Kirche ist eines und nicht immer das wichtigste Vehikel ihrer Politik. Einzelne Priester mögen ihre Sprengel führen, andere der Stimmung folgen.

Offene Parteinahme der Kirche

Es ist eine bestimmte Art von katholischen Vereinen, wo McCarthy seinen größten Zusppruch findet: Resolutionen zu seinen Gunsten nahmen die Feuerwehrleute, Polizisten, katholischen Kriegervereine in verschiedenen Großstädten an, und zwar jedesmal im Beisein eines kirchlichen Würdenträgers, der den Versammelten oder ihrer Vereinigung die Segnung des Kardinals überbrachte. Spellman selbst hat vor etwa anderthalb Jahren eine Reise nach Belgien be-

nutzt, um das lange Schweigen der amerikanischen Kirche über ihren berüchtigsten Sohn zu brechen. Er verteidigte bei dieser Gelegenheit nicht McCarthy direkt, sondern griff seine auswärtigen Gegner an; doch scheint das für manchen amerikanischen Geistlichen das Signal gewesen zu sein, McCarthys Agitation privat oder öffentlich zu unterstützen. Gegen diese Tätigkeit ist kein offizieller Einspruch erhoben worden; dagegen wurde der einzige Bischof, der gegen McCarthy zu predigen gewagt hatte, Sheil in Chicago, seiner pädagogischen Ämter enthoben (Gründe wurden öffentlich nicht angegeben). Anfang November dieses Jahres schließlich hielt Monsignore Martin, ein ehemaliger Feldkaplan, den katholischen Frontkämpfern eine sehr aufreizende Rede, in der er unter anderem behauptete, McCarthys Gegner hätten einen Kriegsschatz von fünf Millionen Dollar und wollten ihn „einzig wegen seiner katholischen Ideale“ verderben. Die Erzdiözese New York ließ zwar sogleich wissen, daß Msgr. Martin nur beauftragt war, Kardinal Spellmans Segen und Grüße zu bringen, wandte sich aber nicht gegen das, was er „in seinem eigenen Namen“ gesagt hatte. Die katholische Frontkämpferorganisation New Yorks hatte mittlerweile eine Viertel-million Unterschriften für einen Protest gegen die Mißbilligungsresolutionen im Senat gesammelt. Ähnliche Aktionen werden von allerlei irischen, polnischen und anderen Vereinen berichtet, die gewöhnlich unter dem Banner eines katholischen Heiligen versammelt sind.

Das deutlichste Anzeichen unverhüllter Parteinahme aber findet man in dem offiziellen Blatt der Diözese Brooklyn, dem „Tablet“, das auch in Long Island und in den katholischen Straßenzügen Manhattans verkauft wird. Dieses von einem Dutzend irischer Pfarrer geleitete Blatt enthält außer Nachrichten von ausschließlich lokalem, geselligem oder kirchlichem Interesse in manchen Nummern statt aller nationalen oder internationalen Berichte nur noch ein halbes Dutzend Artikel und Informationen zugunsten McCarthys, oft von erheblicher Vehemenz in Ton und Inhalt. Ein Kaplan, der früher dieses Blatt scharf kritisiert hatte, weigert sich jetzt, seine Stellungnahme zu wiederholen.

Religiöser Verfolgungswahn

Auch in die Senatsdebatte um die Mißbilligung McCarthys mischte sich ein unerwartet bitterer Unterton religiösen Verfolgungswahns, als innerhalb und außerhalb des Kongresses Verteidiger des Demagogen behaupteten, man wolle seine „katholische Weltanschauung verdammen“. Die Anklage geht auf den sogenannten „Fall Matthews“ zurück. Dieser Assistent des Untersuchungsausschusses, dessen Vorsitzender McCarthy bis vor kurzem war, brachte in Zeugenvernehmungen und dann auch in der Presse die Beschuldigung auf, protestantische Kirchengemeinden beherbergten Kommunisten oder Kommunistenfreunde in hervorragenden Stellungen. Bei der presbyterianischen Verfassung mancher Gemeinden herrscht nun zwar weiteste Geistesfreiheit für die Pastoren, und viele haben in allen Kämpfen um das Recht der Meinung und der Kunst in der vordersten Reihe gestanden; andere haben sich, nicht minder als ihre katholischen Kollegen, um die Bekämpfung sozialer Übel verdient gemacht. Trotz weitverbreiteter Neigungen zum Liberalismus aber hat sich nur ein protestantischer Pfarrer in New York finden lassen, dessen Sohn anscheinend Kommunist ist; das verständliche Bestreben des Vaters, diesem Sohn die Pfarre zu vererben, fällt aber eher unter das Kapitel Mißbrauch kirchlicher Stellungen als in die Politik — ein Vergehen, das zu untersuchen und eventuell zu ahnden traditionell der Kirche überlassen bleiben muß. Auch der „rote Dekan von Canterbury“, Hewitt, ist selbst zu Zeiten der amerikanisch-russischen Freundschaft hier nicht mit Begeisterung empfangen worden.

Wenn protestantische Pfarrer und Bischöfe für McCarthys Opfer eintraten, so geschah das nicht aus Sympathie für deren politische Überzeugungen, sondern im

Einklang mit der langen amerikanischen Tradition toleranter Prinzipien, gegen deren Verletzung namentlich die Methodisten und kleineren Sekten sehr empfindlich sind. Dafür sind die protestantischen Kirchen oft angegriffen worden; ihre Anfälligkeit gegenüber liberalistischen und modernistischen Ideen halten katholische Kreise, die darin den Beginn der Areligiosität sehen, für eine Folge dieser Toleranz, die ihnen als Gleichgültigkeit erscheint. Als der Methodistenbischof Oxnam, ein ehemaliger Vorsitzender des Rates aller protestantischen Kirchen in Amerika, in einem Brief an die „Times“ gegen die Ketzerjagd protestierte, wurde er sofort vor den Untersuchungsausschuß geladen und über die Möglichkeit kommunistischer Infiltrierung in einer Weise ausgefragt, die ihn als der Mithilfe verdächtig erscheinen lassen mußte. Bischof Oxnam hat seine Erlebnisse mit dem Untersuchungsausschuß in Buchform veröffentlicht; es war das erste Dokument, in dem eine Persönlichkeit von unbezweifelbarem Charakter Zeugnis davon ablegte, daß McCarthy in seiner blinden Anlagewut auch nicht vor Institutionen haltmachen würde, die man bisher in ängstlicher Scheu von der Politik immunisiert hatte. Der Angriff auf die protestantischen Kirchen schlug sich selbst durch seine Absurdität; er war McCarthys erster bedeutender Fehler und führte zu seiner ersten Niederlage. Er mußte Matthews entlassen, verstand aber die Umstände dieser Entlassung fanatischen Katholiken als Beispiel der angeblichen Katholikenverfolgung hinzustellen. Matthews trat als Redner in den Massenversammlungen auf, die McCarthy während der Senatsdiskussion halten ließ, und beschrieb nun seinerseits die Mißbilligung seiner Anlagemethoden als Triumph der Katholikenhetze.

Geistige Affinität

Wie sich zeigt, liegt kein gegenseitiges Einverständnis zwischen McCarthy und der katholischen Geistlichkeit oder zivilen Vorkämpfern der katholischen Bevölkerung vor, sondern mehr eine Art geistiger Affinität, vermöge deren sie ihre Denk- und Vorgehungsweise als verwandt, möglicherweise aus gleichem Boden springend erkennen. Wenn man trotzdem gewisse grundsätzliche Verschiedenheiten im Verhalten von Katholiken und Protestanten gegenüber dem Phänomen McCarthy beobachtet, so liegen die Gründe offenbar nicht in der politischen Sphäre, sondern in der Verschiedenheit der Tradition, die bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche geistige Strukturen herausgebildet hat. McCarthys Denkweise findet Resonanz bei Menschen, die mit ähnlichen Haltungen wie er aufgewachsen sind; er stößt auf Unverständnis und Mißbilligung bei Menschen, die anders zu reagieren gewöhnt sind. Der Unterschied ist schwer zu fassen; er läßt sich zum Beispiel nicht in den Kategorien von Fanatismus und Toleranz beschreiben. Die katholische Kirche ist vielleicht weniger tolerant als andere Sekten, aber sie hat keineswegs ein Monopol auf Unduldsamkeit und war oft das Opfer derselben. Doch sind die Art ihrer Intoleranz und ihre Äußerungen anders als bei den Mehrheitskirchen. Wo die Protestanten herrschen, durchdringen sie den Gesellschaftskörper mit dem subtilen Konformismus des täglichen Gebrauchs; ohne sichtbaren Einsatz politischer Machtmittel wirkt der gesellschaftliche Druck unsichtbar, unterirdisch und oft unbewußt auf die Einstellung eines jeden. Brutale Gewalt braucht nur in extremen Fällen die Anpassung oder Ausstoßung der Nichtkonformisten zu erzwingen; normalerweise kann die ketzerische Meinung geduldet werden, weil in der sozialen Sphäre auch der passionierte und fanatische Nicht-Konformist zutiefst selber von den Verhaltensweisen der Gemeinschaft durchdrungen ist.

Wenn aber religiöse Diskriminierung mehr in der Einbildung als in Wirklichkeit zu finden ist, so kann doch die katholische Kirche als Fürsorgerin der Schlechtweggekommenen, Zuspätgekommenen, vieler Nicht-Angelsachsen und „Bindestrich-Amerikaner“ auch Sammelpunkt und organisatorischer Kern jener Protestbewegungen werden, die oft in der Geschichte die primitive Pionierdemokratie

des Hinterlandes dem großkapitalistischen Yankee-Patriziat der atlantischen Küste entgegensetzten. Sie half Gewerkschaften gründen, stellte Führer für die Agrar-Rebellion und war Bundesgenossin des New Deal, solange die ihr anhängenden Schichten arm und rückständig waren. Als dieselben Schichten an dem sozialen Aufstieg der letzten zwanzig Jahre teilnehmen konnten, verschwand aber nicht sogleich der gesellschaftliche Gegensatz zwischen ihnen und den Amerikanern älterer Herkunft. Immer noch ist ihr politisches Ideal von dem ererbten Vorbild der bäuerlichen Rebellionen gegen den Zentralismus Washingtons und die Finanzherrschaft New Yorks geformt. Ihr bibelgläubiger Radikalismus, ihr Isolationismus und jetzt ihr Nationalismus stammen sämtlich aus gleicher Quelle. Als wir im vorigen Jahre kreuz und quer durch Wisconsin fragten, warum die Leute McCarthy gewählt hatten, erhielten wir fast überall die gleiche Antwort: er läßt sich nichts gefallen, er zeigt's denen in Washington, er schlägt hart zu, er ist radikal. Nicht McCarthys Ziele, sondern seine sonderbaren Methoden wirken so faszinierend auf Menschen, die in den anti-zentralistischen Traditionen des einst wilden Westens aufgewachsen sind.

Eine militante Minderheit

Anders die katholische Minderheit, deren Nichtkonformität sozusagen nicht zu den anerkannten Ketzereien gehört; um ihre Identität zu bewahren und als Glaubensgemeinschaft zu bestehen, bedarf sie rigorosere Abgrenzungen und autoritärer Gebote. Durch strikte Überwachung ihrer Gläubigen hält sie Disziplin unter ihnen und sichert ihnen ihren Platz an der Sonne. Sie muß militant sein, wenn sie als Minderheit mehr als geduldet sein will. Daher verfiicht die katholische Kirche in Amerika, im Unterschied zu allen anderen Minoritäten, nicht die Toleranz für alle, sondern die Intoleranz gegen alle. Sie kann sich nicht auf den subtilen Effekt molekularer Gesellschaftsprozesse verlassen, denn diese arbeiten ja für die Gegner; sie muß Machtmittel geistiger und wenn nötig physischer Disziplinierung verwenden. Sie begnügt sich nicht damit, Mischehen zu verbieten und zu verhindern; sie zerstört welche, die bereits geschlossen wurden. Es genügt ihr nicht, den Besuch unerlaubter Filme ihren Gläubigen zu untersagen; sie will ihn allen verbieten. Bei solchen Versuchen ist charakteristisch, daß nicht die typisch protestantischen Druckmittel des gesellschaftlichen Boykotts angewendet werden, sondern die direkten Gewaltmittel der politischen Macht. Wenn die irische Polizei in New York nicht gegen die Gerichte das Verbot eines unliebsamen Films durchsetzen kann, so schließt die irische Feuerwehr das Kino wegen Verstoßes gegen die Bauvorschriften. Bürgermeister O'Dwyer erzwang persönlich den Rücktritt nichtkatholischer Kandidaten für hohe Erziehungsposten. Selbst in seinen abscheulichsten Terrorakten ist der anti-katholische Ku Klux Klan immer noch pseudo-demokratisch: spontane Eigenbewegung gesellschaftlicher Kräfte und in seiner Militanz durchaus den Gewerkschaften vergleichbar. Wenn Katholiken dagegen für gesellschaftlichen Fortschritt wirken wollen, so ziehen sie den Weg über die Staatsgewalt vor. Die katholischen Senatoren Wagner und Murray und der Halbkatholik La Guardia schufen die Arbeitsgesetzgebung des New Deal, die das gesellschaftliche Gären der Krisenperiode ebenso bestätigte wie beendete.

Der protestantische Konformismus setzt sich auf taktvolle oder brutale Weise durch, lange bevor er gesetzlich fixiert wird; die Katholiken machen ein Gesetz, bevor sie es durchsetzen können, und schicken die Polizei, bevor ein Gesetz vorliegt. Die Protestanten lassen vielerlei Wege zur Glückseligkeit zu und hindern niemanden, den falschen zu gehen. Die Katholiken wissen, was sich für jeden schickt, und beabsichtigen, es keinem zu ersparen. Beschränkt wie der menschliche Verstand nun einmal ist, halten sie für jedermann recht, was ihnen billig ist. Wenn ihnen die Geburtenkontrolle untersagt ist, so müssen auch andere, deren Weltanschauung darin keine Sünde sieht, davor bewahrt werden. Sie agitieren

nicht gegen die Idee, sondern verbieten die Praxis mit staatlichen Mitteln; sie propagieren nicht die eigene, sondern unterdrücken die fremde Weltanschauung. Obwohl sie selbst ihre Kinder in konfessionelle Schulen schicken, verlangen sie paritätische Vertretung in der Aufsicht der Simultanschule. Im Grunde haben sie nie akzeptiert, daß sie Minorität sind, sondern gebärden sich wie eine Majorität, die ihrer Sache nicht sicher ist. Sie verlangen die Rücksicht, die Amerika jeder Minorität bringt, benutzen sie aber nur, um andere Minoritäten und sogar die Mehrheit ihrer Rechte zu berauben. Es ist nicht schwer zu erkennen, warum Menschen, die in diesem Glauben aufgewachsen sind, sich zu McCarthy hingezogen fühlen. Sie wittern in ihm den verwandten Geist, der mit autoritären Mitteln Konformität zu erzwingen entschlossen ist und keinen Widerspruch duldet. Es sind in der Tat scheinbar „katholische Prinzipien“, wie sie der primitive Verstand rückständiger Bevölkerungsschichten versteht, die McCarthys Verhaltensweisen verkörpern. Indirekt mag auch das Beispiel McCarthys Vorstellungsbilder stärken, die mancher Kleriker vom weltlichen Arm und seinem Kampf gegen den bösen Feind hegt oder seiner Herde zu predigen sucht. Wir können aber vom Inhalt dieses Kreuzzuges, den McCarthy nur zu usurpieren versuchte, völlig absehen. Die amerikanische Kirche könnte morgen in dem weltlichen Staat der angelsächsischen Demokratie soviel Feindschaft entdecken wie im Kommunismus. Sie wird sich immer bewußt oder unbewußt zu Bewegungen hingezogen fühlen, deren geistiger Habitus ihrem eigenen Aufbau und dem Geisteshorizont ihrer Gemeinde entspricht.

Der amerikanische Katholizismus findet nicht den rechten Anschluß an die konservativen Trends, die sich anderwärts zeigen. Er schlägt vom Linken leicht in den rechten Radikalismus um. Er ist mehr eine Machtorganisation katholischer Laien als eine kirchliche Bewegung. Seine Religiosität ist äußerlich, seine Politik opportunistisch. Im Unterschied zu anderen Kirchen, die weltanschaulich ihren Gläubigen einen Halt gegen Demagogen gewähren, ist die katholische Kirche in Amerika der weltlichen Demagogie gegenüber anfällig.

Günter Schubert

ABSEITS VON DER WIRKLICHKEIT

Eines sei vorweg gesagt, um den Grundton dieser Diskussion anzuschlagen: Der Entwurf für das innere Gefüge der künftigen deutschen Streitkräfte, der unter Leitung des Grafen Baudissin im Amt Blank hergestellt worden ist, wird all denen unbedingt Achtung abnötigen, die von ernster Sorge um die Gestalt jener Streitkräfte erfüllt sind. Achtung insofern, als hier von militärischer Seite versucht wird, die Katastrophe der Vergangenheit als solche anzuerkennen und die Streitkräfte konsequent als integrierten Bestandteil eines demokratischen Staates zu konzipieren.

Das Leitbild überfordert die Menschen

Diese grundsätzliche Anerkennung darf uns aber nicht abhalten, die Thesen der Reformer um Baudissin im einzelnen mit aller Schärfe zu kritisieren, wenn es nötig erscheint. So etwa, wenn sich dieses Leitbild des künftigen Soldaten allzu weit von der Realität entfernt und darum eigentlich nur geeignet sein kann, als Fassade — oder sollten wir sagen: als Tarnung — zu dienen. Der Gedanke stellt sich unwillkürlich ein, daß das Baudissinsche Leitbild nur die Funktion der Tarnung erfüllen kann, weil es im Hinblick auf Erfahrungen in Vergangenheit und

Gegenwart als eine Überforderung der Menschen angesehen werden muß, die dieses Leitbild verwirklichen sollen; das gilt gleichermaßen für Offiziere und Mannschaften. Damit ist nicht gesagt, daß diese Funktion dem Leitbild von seinen Schöpfern zugedacht ist — ganz im Gegenteil. Ist aber schon einmal die Frage gestellt worden, in wieweit sich überhaupt die einzelnen Persönlichkeiten im Amt Blank, nicht das „Amt“ als solches, mit dem Leitbild der Abteilung Inneres Gefüge identifizieren?

Dem Leitbild vom Staatsbürger in Uniform ist entgegenzuhalten, daß es von einem Begriff des Staatsbürgers ausgeht, der einem Ideal nahekommmt, den es aber heute nicht gibt und wohl auch in naher Zukunft nicht geben wird.

Nach dem Leitbild kommt der Erziehung des Soldaten in den Streitkräften eine grundlegende Bedeutung zu. Mit Erziehung ist dabei nicht so sehr die militärische Ausbildung gemeint, als vielmehr die Erziehung zum Staatsbürger. Der Soldat soll durch eine allgemein-politische Erziehung zur Einsicht in die Zusammenhänge unseres gesellschaftlichen Seins gelangen, er soll sich frei für unser demokratisches Gemeinwesen entscheiden und von dieser Grundlage aus seine Einstellung zum Wehrdienst als Bürgerpflicht ableiten. Die so gewonnene Einstellung ist das Rückgrat des inneren Gefüges, aus ihr ergibt sich alles weitere wie von selbst.

An diesem Gedanken fällt auf, daß die Streitkräfte eine Aufgabe übernehmen sollen, die eigentlich zivilen Institutionen (Familie, Schule, Volkshochschule etc.) zukäme: die Erziehung zum Staatsbürger. Den Schöpfern des Gedankens ist also wohl klar gewesen, daß diese zivilen Institutionen ihre Aufgabe heute noch nicht in befriedigender Weise erfüllen. Und die Streitkräfte sollen von sich aus dem Mangel abhelfen!

Staatsbürgerkunde und Information kommen nach Baudissin im Rahmen der Erziehungsarbeit besondere Bedeutung zu. Diese Erziehung würde aber zwangsläufig ins Leere stoßen, heißt es weiter, „falls Lebensführung und Praxis der Vorgesetzten im Widerspruch zu den hier aufgestellten Maximen stehen“.

Die Vorgesetzten, auf die es hier hauptsächlich ankäme, wären die Unteroffiziere und Feldwebel, also die unmittelbaren Vorgesetzten, denn sie bestimmen die Praxis der Kaserne. Die Einwirkung der Offiziere, die mit Sorgfalt auf ihre Eignung geprüft werden sollen, auf diesen Bereich des Soldatenlebens kann doch immer nur sehr gering sein. Fragen wir also nach den Bedingungen, die das Verhalten und den entscheidenden Ton dieser untersten Chargen der militärischen Hierarchie bestimmen.

Das 08/15-Wesen dieser Leute, das es im künftigen deutschen Heer unbedingt zu vermeiden gilt, war ja zu keiner Zeit das Ergebnis eines Willensaktes. Es war auch keine individuelle Erscheinung. Hätten wir es hier nur mit einigen Sadisten oder Psychopathen zu tun, brauchten wir nicht viele Worte zu machen. Es handelt sich um ein Problem, das außerhalb des Persönlichen, im Sozialen verwurzelt ist. Es läßt sich auf eine soziale und psychische Situation zurückführen, die am besten mit dem englischen Wort frustration bezeichnet und durch Minderwertigkeitsgefühle und Enttäuschungen sozialer Art charakterisiert wird. Wie es gar nicht anders zu erwarten ist, sind die Menschen bemüht, diese frustration möglichst wirkungsvoll zu kompensieren, um sich von den damit verbundenen Unlustgefühlen zu befreien. Eine verlockende Gelegenheit bietet sich ihnen, sobald sie den letzten Zipfel der korrumpierenden Macht erhascht haben. Die oftmals entwürdigende Behandlung der Mannschaften durch ihre unmittelbaren Vorgesetzten ist nur als eine Begleiterscheinung dieses „Befreiungsprozesses“ zu verstehen.

Was wäre heute an der ursächlichen Situation anders? — Die Sozialpsychologen klären uns darüber auf, daß unsere moderne Gesellschaft mehr denn je durch frustration gekennzeichnet wird. Der Baudissinsche Satz, daß der Staatsbürger

durch seine täglichen Aufgaben befriedigt sei, stimmt einfach nicht mit der Wirklichkeit überein. Dürfen wir aber erwarten, daß die Menschen in der Unteroffiziersuniform heute besser als früher, d. h. nicht auf Kosten ihrer Untergebenen, mit ihren Schwierigkeiten fertig werden? Sollen sie gar erst durch die staatsbürgerliche Erziehung in den Streitkräften zu leitbildgemäßen Ausbildern werden? Es hieße, den aufklärerisch-sokratischen Optimismus zu weit treiben, wollten wir damit rechnen. Das Glitzern in den Augen des Schleifers Platzek wird durch eine Dosis Staatsbürgerkunde nicht beseitigt.

Wir dürfen an dieser Stelle wohl fragen, ob ein entscheidender Fehler nicht schon im Ansatz des Leitbildes liegt, eine Reform allein des inneren Gefüges anzustreben, dabei aber die Frage des äußeren Gefüges weitgehend außer acht zu lassen. Langenbach hat diese Frage in der „Gegenwart“¹⁾ untersucht und für die Preisgabe des Heeres mit langdienender Mannschaft zugunsten der Miliz plädiert. Es braucht hier nur noch einmal hervorgehoben zu werden, daß von einer strukturellen Demokratisierung des Heeres, wie sie die Miliz mit sich bringen würde, größere Erfolge zu erwarten wären als von der autogenen staatsbürgerlichen Erziehung der Streitkräfte.

Die Armee und der totalitäre Mechanismus

Auch ein anderer Teil des Leitbildes muß skeptisch, wenn nicht gar bedenklich stimmen. Über das Verhältnis des künftigen Soldaten zu „Krieg und Gegner“ heißt es, die wesentliche Aufgabe des Soldaten bestehe darin, durch ein Höchstmaß an Kriegstüchtigkeit das Risiko des Angreifers zu vergrößern, den Ausbruch des heißen Krieges nach Möglichkeit zu verhindern. Ferner habe es der aufgeklärte Staatsbürger nicht mehr nötig — so will es jedenfalls das Leitbild —, den Feind als das absolut Böse hinzustellen.

Ein Blick auf die jüngste Vergangenheit und auch auf die Gegenwart zeigt wohl mit großer Deutlichkeit, wie fragwürdig diese Thesen sind. Auch die westlichen Alliierten des zweiten Weltkrieges, deren Soldaten wohl noch am ehesten dem staatsbürgerlichen Ideal Baudissins entsprachen, glaubten der Totalisierung des Gegners zum absolut Bösen, mit dem es keinen Frieden geben konnte, nicht entraten zu können. Sie stellten die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation auf und erschienen in Deutschland mit dem Mahnwort „Antifraternisation“. Diese Totalisierung des Gegners ist im modernen Kriege — ganz abgesehen von dem totalitären Charakter der Kriegsziele — allein schon durch die Technisierung der Waffen geboten, die den Sinnbezug des Handelns im einzelnen nicht mehr erkennen lassen. Da diese Erkenntnis aber für die Wirksamkeit des Handelns von entscheidender Bedeutung ist, wird sie als Surrogat in totalitärer Vereinfachung und Zweckmäßigkeit vermittelt. Wir erleben diesen Vorgang auch heute in der freien Welt immer wieder. Wir brauchen dabei gar nicht an McCarthy zu erinnern, sondern nur an die Tatsache etwa, daß man es rundweg als sinnlos hinstellt, mit einer bestimmten Macht zu verhandeln. Die sozialen Körper sind heute so unüberschaubar, daß man nicht mehr glaubt, sich auf Vernunft und Einsicht der Individuen verlassen zu können, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Statt dessen wird der totalitäre Mechanismus der Beeinflussung in Bewegung gesetzt. Das ist schon im zivilen Bereich so; um wieviel mehr dürfte es im militärischen Bereich der Fall sein, wo das Denken und Handeln noch ausschließlicher auf Zweckmäßigkeit ausgerichtet ist.

Auf der gleichen Ebene liegt die Kritik an den Chancen der Verhütungs-Ideologie. Ein Heer, auch wenn es nur als Instrument der Verteidigung gedacht ist, wird wesensgemäß auf das Gefecht hin ausgebildet. Nur so ist ein Höchstmaß an Kriegstüchtigkeit zu erreichen. Darum wird auch die Bewährung im Gefecht — nicht schon die Verhütung desselben — als letzte Aufgabe soldatischen Seins

¹⁾ Hans J. Langenbach: „Plaidoyer für die Miliz“, in: „Die Gegenwart“, 20. November 1954

erscheinen müssen. Hier liegt ein Widerspruch im Leitbild selbst vor. Nicht unbedingt in der rein gedanklichen These, zugegeben, aber in der Praxis eines 500 000 Mann umfassenden militärischen Gebildes. Es gibt noch kein Beispiel dafür, daß man die Ausrichtung eines solchen Massenkörpers auf eine bestimmte Zielaufgabe auf die Einsicht und die freie Entscheidung der einzelnen Menschen gegründet hätte. Wenn das überhaupt jemals möglich sein sollte, dann höchstens in Ausnahmesituationen oder mit einem Menschen, den es heute noch nicht gibt. Diese Darstellung dürfte den Vorwurf erhärtet haben, daß sich die Reformer im Amt Blank mit ihren Auffassungen in gefährlicher Weise von der Wirklichkeit entfernt haben. Mit dem hier Gesagten werden die Zielvorstellungen, wie sie im Leitbild vom Staatsbürger in Uniform auftreten, keineswegs angegriffen. Wir sind nur der Auffassung, daß ihre Verwirklichung unmöglich ist, wenn man sich allein auf staatsbürgerliche Erziehung, auf Einsichten und auf guten Willen verläßt. Wenn diese Ziele nicht auch institutionell verankert sind, ist zu befürchten, daß das Leitbild in seiner Gesamtheit nur zu bald als undurchführbar beiseite geschoben wird, um einer althergebrachten, aber bewährten Vorstellung von militärischen Zweckmäßigkeiten Platz zu machen. Um sich die Folgen auszumalen, bedarf es keiner Phantasie. Gerade die Reformer sollten sich klar darüber sein, welche Gefahr ihrem Werk durch zu großen und unberechtigten Optimismus droht.

Werner Picht

STAATSBÜRGER IN UNIFORM?

ANALYSE EINES LEITBILDES

Die westdeutsche Staatsführung hat sich für die Wiederbewaffnung entschieden. Die Opposition bejaht diese im Prinzip und macht nur Vorbehalte im Hinblick auf die Voraussetzungen. In der Ostzone werden deutsche Truppen ausgebildet. Selbst die Sowjets scheinen bereit, einem wieder vereinigten Deutschland eine Wehrmacht zuzugestehen. Es ist offenbar geworden, daß in einer Welt, die dem Krieg nicht abgesagt hat, das „Land der Mitte“ sich auf die Dauer dem Wehrdienst nicht entziehen kann. Selbst das Traumbild einer unbewaffneten Neutralität könnte nur einer Durchgangsphase entsprechen. Die Vorstellung, das deutsche Volk könne sich im Spannungsfeld der Weltmächte, in das es geopolitisch gebannt ist, einen befriedeten Naturschutzpark einrichten, ist utopisch. Der Deutsche muß sich wieder mit dem Soldaten einlassen. Vor diesem Gebot der Geschichte gibt es kein Entrinnen.

Der „Nachfolger des Soldaten“

Man pflegt in der militärischen Seite der Katastrophe von 1945 nichts anderes zu sehen als die Vernichtung einer geschlagenen Streitmacht. Wäre damit das Wesentliche bezeichnet, so würde es sich heute nur um die Neuauftellung militärischer Formationen handeln, also um eine soldatische Restauration. Sie wäre dadurch erleichtert, daß nach einem Vakuum von nicht mehr als zehn Jahren noch ein ausreichender Stamm militärisch ausgebildeter und kriegserfahrener Männer aller Rangstufen zur Verfügung steht. Daß diese Reorganisation einer Truppe aus militärischen wie außermilitärischen Gründen mit einer Wehrreform zu verbinden wäre, ist selbstverständlich.

In Wahrheit aber ist eine Restauration des Soldatentums der Vergangenheit unmöglich. Jener Untergang bleibt ein unwiderrufliches Ende. Die großen Zer-

störer der Geschichte — zu ihnen ist Hitler zu zählen — verdanken ihre Erfolge einer Hellstichtigkeit für die Schwächen der Umwelt. So werden sie zu Liquidatoren geschichtlicher Lebensformen, deren Stunde gekommen ist. Potsdam — Generaloberst von Fritsch — Stalingrad: die drei Namen symbolisieren die drei Stationen der Verführung, der Übermannung, endlich der Vernichtung des deutschen Soldatentums durch seinen „Führer“. Dieser Ablauf setzte voraus, daß der Geist der Armee seine Kraft verloren hatte. Daraus hat man dem Soldatentum einen ebenso billigen wie unbilligen Vorwurf gemacht. Man übersieht dessen Abhängigkeit vom geistig-sittlichen Gesamtzustand des Volkes, das in seiner Mehrheit der Pfeife des Rattenfängers widerstandsloser gefolgt ist als der Soldat. Aber die Geschichte ist ein strenger Richter. Versagt ein Stand in der Stunde der Prüfung, so ist es um ihn geschehen.

Es gibt wohl überkommene Elemente soldatischen Wesens, die ein neues Kämpfertum sich einverleiben mag, ja auf die es angewiesen ist; es gibt ein überkommenes soldatisches Wissen, von dem es zu lernen hat; aber es gibt keine soldatische Zuständlichkeit, auf die sich eine Restauration beziehen könnte. Einer solchen ist zudem durch den Gang der Geschichte der Boden entzogen.

Der Untergang des deutschen Soldatentums fällt zusammen mit einem Gestaltwandel des Krieges, der dessen Wesen und Sinn verändert, ja zunichte gemacht hat. Seine Definition als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Clausewitz) hat keine Gültigkeit mehr. Ein unfehlbares Kriterium des eigentlichen Krieges ist, daß er im Hinblick auf einen erstrebten Friedenszustand geführt wird. Entzieht sich die Kampfform der Kontrolle und bedroht sie beide Parteien mit Vernichtung, so kann von einem Kriege im historischen Wortsinn nicht mehr die Rede sein. Damit wird die Kontroverse zwischen Kriegs- und Friedensfreunden gegenstandslos. Den Waffengang des Atomzeitalters kann kein Mensch bejahen. Ohne Krieg aber gibt es auch nicht den Soldaten. Es mag befremden, wenn diesem — zwar nicht im läßlichen Tagesgebrauch des Begriffs, aber in strenger Terminologie — eine künftige Existenz abgesprochen wird. Aber die wehrgeschichtliche Diagnose ist zwingend. Soldatentum ist Schwertarm der staatlichen Macht. Es ist ultima ratio der Staatspolitik. Es bedient sich einer rationaler Zweckbestimmtheit dienstbaren Kampfform, deren Spielregeln es bestimmt. Als geschichtliche Erscheinung der Neuzeit ist es den Machtkämpfen rivalisierender Nationalstaaten zugeordnet. Diese Voraussetzungen der soldatischen Existenz sind nicht mehr gegeben. Während der Krieg sich vom Soldaten emanzipiert, kündigt sich gleichzeitig das Ende des Nationalstaates an. Der Krieg versagt sich der Verwirklichung staatspolitischer Ziele, während das Recht des Staates, seine territoriale Ordnung auf das Schwert zu gründen, problematisch wird und an die Stelle zwischenstaatlicher Machtproben globale, weltanschaulich bestimmte Auseinandersetzungen treten. Damit haben die beiden Bezugspunkte, von denen der Soldat seine Existenz ableitete, ihr Wesen verändert. Das bedeutet das Ende der soldatischen Epoche des Kämpfertums. Wehrgeschichtlich kann in Zukunft nur vom Nachfolger des Soldaten die Rede sein¹⁾. Eine Wehrreform, die nicht von dieser historischen Einsicht ausgeht, zielt an der Wirklichkeit vorbei.

Idee und Wirklichkeit

Der Deutsche macht es sich mit der Wiederbewaffnung nicht leicht. Anderen Orts hätte man sich wohl damit begnügt, die Aufstellung neuer Truppenkontingente vorzubereiten. Fachkräfte unbezweifelbarer Kompetenz stehen hierfür zur Verfügung. Aber man empfindet, daß es damit nicht getan ist. Die soldatische Vergangenheit hat ein Gefühl dafür hinterlassen, daß ein bloßer Funktionär der Waffe ohne sittlichen Rückhalt seiner Aufgabe nicht gewachsen wäre. Der Wehr-

¹⁾ Vgl. dazu W. Picht: „Vom Wesen des Krieges und vom Kriegswesen der Deutschen“, Friedrich Vieweg Verlag, Stuttgart 1952.

wille bedarf der Verankerung in einer Gesinnung. Indem man der Wehrreform einen geistigen Aspekt zuerkannte, indem man sie einer 'Idee' zu unterstellen suchte, betrat man jedoch gefährlichen Boden. Die Wehrreformer unserer Tage fanden sich in der bedenklichen Lage, durch Jahr und Tag auf Planung verwiesen zu sein, ohne die Möglichkeit einer Verwirklichung zu haben. Man konstruierte sich ein Gedankengebäude, ohne im schönen Flug der Ideen durch die beschwerliche Realität gehemmt zu sein. Der Praktiker ging daneben seiner Wege und überläßt den 'Idealisten' seinen Neigungen, ohne diese allzu ernst zu nehmen. Wie sich die Dinge in praxi gestalten werden, wird unbesorgt dem Stadium der Verwirklichung anheimgegeben. Beide Partner sind im Unrecht: der eine in der Geringschätzung des reinen, also nicht durch den unmittelbaren Hinblick auf die konkrete Aufgabe getriebenen Denkens, der andere durch einen Mangel an Wirklichkeitsgehorsam, anders ausgedrückt an Bereitschaft, seine Ansicht über das Wünschenswerte den mit der Sache selbst gegebenen Notwendigkeiten unterzuordnen. Die Dienststelle (= Planungsstelle) Blank mit ihrer ressortmäßigen Trennung von Heeresorganisation und 'Innerem Gefüge' stellt diese Spaltung eines Lebenskreises in der Projektion auf die bürokratische Ebene dar. Dabei ist nur ein Ergebnis gesichert, daß nämlich der Geist unter die Räder gerät. Ein zielsicheres Sich-Bewegen in den Gefilden des Wirklichen ist aber ohne den Kompaß des Geistigen nicht möglich. Das gilt in erhöhtem Maße in dem zwielichtigen Terrain des Kriegswesens.

Was unter solchen Voraussetzungen bei der Planung einer Wehrreform herausgekommen ist, entbehrt nicht der inneren Folgerichtigkeit. Die Aufgabe der Wiederbewaffnung stellte sich zu einer Zeit, in der das Soldatische dem Volk und auch vielen der alten Soldaten zum Trauma geworden war. Der Mißbrauch der soldatischen Idee durch den Nationalsozialismus, das Erlebnis der Zersetzung der Armee, die totale Niederlage, endlich die Diffamierung des deutschen Soldatentums nach dem Zusammenbruch im Zusammenwirken von alliierter re-education und deutschem Abreagieren des Ressentiments gegen alles Militärische erklären das zur Genüge. Die Ausgangsstellung der Wehrreformer war demnach durch einen Anti-Komplex bestimmt. So bleibt man der Vergangenheit verhaftet, auch wenn man sie verneint. Man orientiert sich am Gewesenen, statt seine Direktiven der radikal veränderten soldatischen Situation zu entnehmen. Inzwischen hat man sich freilich klargemacht, daß aus bloßer Verneinung kein Neues entstehen kann. Aber diese Einsicht hat kaum mehr als theoretische Bedeutung. Das Programm war festgelegt und ist seither zwar ausgebaut, aber nicht revidiert worden. Die taktische Linie, öffentliche Meinung und Parlament durch eine Wendung gegen das soldatische Wesen (nicht etwa nur gegen seine Mißbräuche) für die Wiederbewaffnung günstig zu stimmen, wird nach wie vor eingehalten, obwohl ihr Erfolg sich bezweifeln läßt. „Der“ Leitgedanke der Bundesregierung für die Struktur und den Geist der neuen Truppe ist offenbar nicht etwa der, ein vorbildliches Kampfinstrument zu schaffen, also die gegebene Aufgabe optimal zu lösen, sondern „ein Wiedererleben des alten Militarismus zu verhindern“. Das ist gewiß ein Ziel, das nicht aus dem Auge verloren werden darf, was freilich voraussetzt, daß man damit eine klare Vorstellung verbindet³⁾. Aber indem es zum zentralen Anliegen gemacht wird, verdrängt es die Sache, um die es geht, nämlich das Soldatentum, aus dem Blickfeld.

Die Politisierung der Wehrreform

Die Wehrreform verfällt der Politisierung. Es kommt zu der Vorstellung, „die Lösung der entscheidenden Fragen eines künftigen Wehrbeitrags . . . (sei)

³⁾ Vgl. W. Ficht: „Der Begriff ‚Militarismus‘“, in: „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“, Heft 3/1954, S. 425 ff.

aus dem nichtmilitärischen Raum zu finden³⁾. Damit ist der politische Raum gemeint. Der Wehrdienst wird begriffen als „Funktion des politischen Handelns in der Einbeziehung des Soldatentums in die Totalität des Politischen“⁴⁾. Der Soldat ist „einzubürgern“ und damit zu „entmilitarisieren“. Die Aufgabe des Soldaten, die sich „grundsätzlich in nichts von der Aufgabe unseres staatsbürgerlichen Lebens unterscheidet“ (Karst), tritt als wesensgleich neben die Erfüllung anderer Staatsbürgerpflichten wie etwa die Ausübung des Wahlrechts. Das Leitbild des zukünftigen Soldaten ist der „Staatsbürger in Uniform“. Mit diesem Kennwort ist das „Neue“ bezeichnet, durch dessen Verwirklichung das neue Soldatentum ‚zeitgemäße‘ Gestalt erhalten soll. Als „ein Mensch, der sich mit dem Staate identifiziert“, gewinnt der Soldat seinen verlorenen Standort zurück⁵⁾. Als demokratischer Bürger in Uniform ist er eine „freie Persönlichkeit“, ein „geborener Kritikaster“, der im Bewußtsein seiner politischen Verantwortung die ihm einsichtig gemachten Befehle ausführt. Er „denkt in Gleichheit“, sieht im Vorgesetzten — der nur „funktionalen Stellenwert“ (Baudissin) besitzt, und dem keine „Von-oben-Haltung in Fragen von Befehl oder Gehorsam erlaubt ist“ (Karst) — nur seinesgleichen und lebt in einer Freiheit, „die jedem zu denken und zu tun erlaubt, was er will, soweit es nur irgendwie mit der Ordnung des Ganzen vereinbar ist“⁶⁾. Auf die Entfaltung dieser freien Persönlichkeit ist die soldatische Erziehung abzustellen. Der Schwerpunkt liegt nicht auf der militärischen Schulung, sondern auf der Menschenbildung. „Der Mensch steht im Mittel- und Zielpunkt unserer Bemühungen“ (Baudissin). Der Unteroffizier soll „nicht ernannt werden nach seinen Fähigkeiten als militärischer Ausbilder, sondern ... weil er besessen ist von der Passion des Erziehens“⁷⁾. So wird die demokratische Armee zum Abbild demokratischer Staats- und Lebensordnung, der „einzigen, in der Freiheit und Menschenwürde Raum haben“⁸⁾. Nur aus der täglichen Erfahrung dieser Ordnung im soldatischen Dasein und seiner politischen Mitwirkung an ihr (Wahlrecht) kann das Gefühl einer Verantwortung für sie und damit der Wille erwachsen, sie zu verteidigen.

Eine ins Einzelne gehende Analyse und Kritik dieser Gedankengänge habe ich an anderer Stelle gegeben⁹⁾. Hier kann nur einiges Grundsätzliche angemerkt werden, das die Konstruktionsfehler dieser Konzeption verdeutlicht, die einen Bau einreißt, ehe er errichtet ist.

Der fundamentale Mangel dieser vermeintlich fortschrittlichen Wehrreform besteht darin, daß sie rückwärts gewandt ist. Sie ist reaktionär. Das wird nur deshalb nicht erkannt, weil heute wie an jeder großen Wende die Geschichte einen Januskopf trägt und der ungeschulte Blick die Richtungen leicht verwechselt.

Das Gedankengut, aus dem die Planung des ‚Inneren Gefüges‘ der künftigen Streitkräfte sich ableitet, ist eindeutiger Herkunft. Es ist der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, den Ideen der französischen Revolution und dem deutschen Idealismus entnommen. Seine Elemente — Ideegläubigkeit, Rationalismus (Rationalisierung der menschlichen Beziehungen, Blindheit für die Bedeutung von Symbol und Geste), Ideal der freien Persönlichkeit, Glaube an die Güte der menschlichen Natur und das richtige Verhalten des zur Einsicht gebrachten Menschen, bewußte Formung der Persönlichkeit nach einem „Leitbild“ — entstammen samt

³⁾ H. Karst: „Von 08/15 zum Verteidigungsbeitrag“, in: „Der Monat“, September 1954.

⁴⁾ E. Weniger: „Bürger in Uniform“, in: „Die Sammlung“, Februar 1953, S. 347.

⁵⁾ W. Graf von Baudissin: „Das Leitbild des zukünftigen Soldaten“, in: „DIE NEUE GESELLSCHAFT“, 1/1955, S. 26.

⁶⁾ Zitiert, soweit nicht anders angegeben, nach F. A. Freiherr v. d. Heydte: „Grundsätze der Menschenführung und Einordnung“, in: „Der deutsche Soldat in der Armee von morgen“. Veröffentlichungen des Instituts für Staatsleben und Politik Mainz, Isar-Verlag, München 1954, S. 303.

⁷⁾ v. d. Heydte a. a. O. S. 305.

⁸⁾ Baudissin a. a. O. S. 34.

⁹⁾ W. Picht: „Wiederbewaffnung“. Verlag Günther Neske, Pfullingen 1954.

und sonders jenem ehrwürdigen, aber wenig zeitgemäßen Arsenal. Die Wehrreformer sind dabei nicht eigene Wege gegangen, sondern sind derselben Täuschung verfallen wie die gesamte westdeutsche „Restauration“, die in der Reaktion gegen den Totalitarismus und ohne eine eigenwüchsige Vorstellung von Freiheit in Ideologien Zuflucht suchte, deren Ohnmacht sich schon in der Weimarer Republik und deren „staatsbürgerlicher Erziehung“ erwiesen hatte.

„Keine Revolution ist heute so abgenutzt in ihren Requisiten . . . als gerade die französische“¹⁰⁾. Wir sind mißtrauisch gegen Ideen. Sie sind uns nicht mehr möglicher Glaubensinhalt. Eine idealische Begeisterung, wie sie um die Wende des 18. Jahrhunderts eine Welt in Flammen zu setzen vermochte, ist für uns nicht einmal mehr in der Vorstellung, geschweige denn im Gefühl vollziehbar. Der Optimismus, der nach der Zerstörung des *ancien régime* eine gesellschaftliche Ordnung auf die Natur des befreiten moralischen Menschen gründen zu können meinte, hat den Erfahrungen von anderthalb Jahrhunderten nicht standgehalten. Sie haben, was damals echte Macht hatte, zur Phrase entleert. Zugleich hat der Fortgang der Geschichte jener Ideenwelt das soziologische Fundament entzogen; denn während sie sich absolut glaubte, war sie doch auf einen bestimmten gesellschaftlichen Zustand bezogen. Die französische Revolution ist die Revolution des Bourgeois. Jener Mensch, der in freier Sittlichkeit das Wahre, Gute, Schöne und damit sich selbst verwirklicht, ist nichts anderes als die Erweiterung des freiheitsbedürftigen Bürgers der französischen Städte zur Menschheitsidee. Indem die Revolution dem Tüchtigen freie Bahn schaffte, legte sie den Grund zu der durch Kapitalismus und Liberalismus geprägten bürgerlichen Epoche. Später bedient sich zwar die Arbeiterschaft der bürgerlichen Freiheiten zur Verwirklichung ihrer Ziele: Überwindung der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Unsicherheit. Aber indem sie dabei die Feldzeichen der bürgerlichen Revolution führt, kämpft sie unbewußt unter falscher Flagge. Das Freiheitspathos von 1789 konnte dem Arbeiter schon deshalb nichts bedeuten, weil er als Kind des 19. Jahrhunderts die Fessel des *ancien régime* nie am eigenen Leib gespürt hatte. Feudalismus wie Kirche sind ihm fremd. Ebenso fremd aber ist ihm der Humanismus des Bildungszeitalters. Die „Verpflichtung“ des Soldaten „zur weitmöglichen (?) Teilnahme am geistigen, kulturellen und sozialen Leben, d. h. zur systematischen Arbeit an sich selbst“¹¹⁾ unterstellt die soldatische Erziehung einem humanistischen Bildungsideal, das in der Pädagogik längst außer Kurs gesetzt und vom Landser weder zu begreifen noch ernst zu nehmen noch gar zu verwirklichen ist. Der reaktionäre Charakter der Ideologie der Wehrreformer wird daran erkennbar, daß sie diese versinkende Welt in die Zukunft projiziert. Von der geistesgeschichtlichen Lage des Arbeiters, der an dieser Ideenwelt mit Ausnahme ihres antiquiertesten Bestandteils, der Aufklärung, nicht teilhat, ohne dessen geistige Einbeziehung die Konzeption eines künftigen Soldatentums aber von vornherein verfehlt ist, nimmt sie keine Notiz. Die äußerliche, dem immanenten Gesetz des Soldatentums widersprechende Angleichung des Militärs an die Arbeitswelt — Gleichsetzung der Uniform mit einem Arbeitsanzug, der militärischen Mannschaft mit dem von der Fabrik her vertrauten *team*, Ersetzung der im soldatischen Bereich unabdingbaren hierarchischen Ordnung durch Beziehungen, „wie sie in der Industrie gepflegt werden“ — ändert daran nichts. Man hat nicht den Eindruck, daß sich der Wirklichkeitssinn der Arbeiterschaft durch solche Vorstellungen irreführen läßt.

Die Armee als Schule der Nation?

Reaktionär, und das heißt an Verganem orientiert, ist auch das Kernstück der Wehrreform: die Gründung des neuen Soldatentums auf die staatsbürgerliche

¹⁰⁾ E. Rosenstock: „Die europäischen Revolutionen“, Eugen Diederichs Verlag, Jena 1931, S. 361.

¹¹⁾ Baudiseln a. a. O. S. 30. (Im Original nicht gesperrt.)

Verantwortung. Das wehrgeschichtlich Neue an der Situation des Nachfolgers des Soldaten ist, daß er nicht wie sein Vorgänger seine Existenz vom Staate ableitet. Er fühlt sich als Sachwalter nicht des Staates, sondern des Volkes¹²⁾.

Der Deutung des Wehrdienstes als Ausübung einer Staatsbürgerpflicht steht zudem folgendes entgegen: Das Provisorium der Bundesrepublik hat nur bedingten Staatscharakter. Das kommt in nichts handgreiflicher zum Ausdruck als darin, daß die Wiederbewaffnung Auflage der Siegermächte ist. Das neue Soldatentum ist nicht vom freien Willen eines Staates hervorgebracht und getragen. Als „notwendiges Uebel“ (Baudissin) ist es nicht Erzeugnis eines echten staatlichen Willensakts. Folglich kann der Staat ihm auch keinen Wehrwillen mitteilen oder von Staatswegen abfordern. Dem Volk gilt die Bundesrepublik zudem „noch nicht als die endgültige und seinem Willen entsprechende Form unseres Staatswesens“¹³⁾. Dem Bürger der Bundesrepublik und vor allem der Jugend ist der Staat weder Gegenstand der Vorstellung noch Ziel des Willens oder Erlebnisinhalt.

Dazu kommt ein weiteres. Nur die Dienstpflicht kann als staatsbürgerliche Verpflichtung gelten, nicht aber der Wehrdienst des Berufssoldaten oder der des Freiwilligen¹⁴⁾. Man berechnet, daß eine Aufrüstung auf 500 000 Mann zunächst mit einem Grundstock von etwa 150 000 Freiwilligen zu beginnen hätte, die also einen wesentlichen Teil des Kontingents darstellen. Diese Freiwilligen greifen nicht zur Waffe, um einer politischen Verpflichtung nachzukommen, sondern ganz einfach, weil es sie zum Soldatenberuf zieht. Das Soldatentum zerfiel so in zwei Kategorien ohne sittlichen Einheitsnenner, wie er im Königsheer in der Treueverpflichtung gegenüber dem Monarchen gegeben war. Die höheren Dienstgrade, die man doch dem Wehrpflichtigen ohne Rang angleichen möchte, wären also von diesem durch den Abgrund einer grundsätzlichen Verschiedenheit der Berufsauffassung und deren ethischer Fundierung getrennt, eine offensichtliche Unmöglichkeit.

Infolge ihrer Politisierung fehlt der Planung der Wehrreform der strenge Bezug auf die Sache. Mit dem Gedanken der „Einbürgerung“ des Soldaten, in den die politische und ideologische Zielsetzung der Wehrreform mündet, verbindet sich ein Gewebe utopischer, ja schwärmerischer Vorstellungen; sie haben mit der soldatischen Aufgabe wenig zu tun. Während man dem Soldatentum das ihm aus seiner Funktion zuwachsende Gewicht zu nehmen sucht, unterschleibt man ihm gewissermaßen als Kompensation eine Bedeutung für das politische Leben, die in auffallendem Gegensatz steht zu der entschiedenen Ablehnung seiner Rolle als „Schule der Nation“. Die Basis dieses idealistischen Überbaus der Wiederbewaffnung ist eine Glorifizierung der Demokratie, wie man ihr in den Völkern mit großer demokratischer Vergangenheit kaum begegnen würde.

Die Absolutsetzung „der“ Demokratie, ihre Erhebung zur „Voraussetzung... jeder... Form menschenwürdiger Existenz“¹⁵⁾ ist eine durch seine Unglaubwürdigkeit für den demokratischen Gedanken gefährliche Fiktion. Sie steht in eklatantem Widerspruch zum Zeugnis der Geschichte. Sie negiert die abendländische Kultur, die in ihren Hochzeiten nicht den Stempel dieser „Menschenwürdigkeit“ trägt, und die man doch als verteidigungswert hinstellen will. Die demokratische

¹²⁾ Die existentielle Beziehung des Soldatentums zum Staat ist von der staatsrechtlichen zu unterscheiden. Staatsrechtlich ist Wehrpflicht nach wie vor „die staatsbürgerliche Verpflichtung zur Dienstleistung in der bewaffneten Macht“ (Lehndt).

¹³⁾ Vgl. „Gutachten zur Politischen Bildung und Erziehung“ des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen I/3 (22. Januar 1955).

¹⁴⁾ Dem freiwilligen Wehrdienst kommt aus militärtechnischen, strategischen wie ethischen Gründen eine neue Bedeutung zu. Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht ist zu überprüfen. Die Ansicht, diese sei die für eine Demokratie von vornherein gegebene Form des Wehrdienstes oder gar „Voraussetzung der Demokratie“, ist irrig. Vgl. W. Picht: „Wiederbewaffnung“, S. 136 f.

¹⁵⁾ Baudissin a. a. O. S. 32.

Staatsform ist die uns aufgetragene. Ihr Wert hängt von ihrer Handhabung ab. Sie ist kein Idol, sondern eine Aufgabe, der wir uns einswellen recht mangelhaft gewachsen zeigen. Der Glaube an sie kann erst aus ihrer Verwirklichung und Bewährung erwachsen. Es ist ein Glück für die Demokratie, daß die Annahme falsch ist, sie könne nur durch Demokraten verteidigt werden. Man ist noch nicht damit Demokrat, daß man einer totalitären Bindung das Selbstbestimmungsrecht der freien Persönlichkeit vorzieht, die weder innerlich frei noch Persönlichkeit zu sein pflegt. Die deutsche Jugend lehnt die totalitäre Staatsform ab. Sie denkt aber weder demokratisch (das zeigt sich an dem Hang zu politischer Abstinenz, dem Mangel an Gemeinsinn, der Scheu vor verantwortlicher Einordnung, dem Fehlen eines Bemühens um sachlich begründete Urteilsbildung, der Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden), noch ist sie demokratisch geschult. Die Vorstellung, diese Mängel ließen sich im Gange der militärischen Ausbildung beheben, also ausgerechnet im Rahmen einer von der formaldemokratischen Ordnung strukturell verschiedenen Lebensform, unterschätzt die pädagogische Aufgabe und verkennt den Sondercharakter des soldatischen Berufs¹⁴⁾.

Aber gerade dieser Widerspruch, genauer der Wille zu seiner Überwindung, ist das treibende Moment. Mit der politischen Integration sollen „die Grenzen zwischen Bürger und Soldat fiktiv“ werden (Baudissin). Mehr noch: die Demokratie soll gerade in dem Sektor verwirklicht werden, der bisher als der Hort undemokratischer Gepflogenheiten galt. Der allgemeine Mangel an staatsbürgerlicher Gesinnung, mit welcher das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform steht und fällt, ist jedoch nicht zu übersehen. Der Bürgersinn ist schwach entwickelt. Liegt es da nicht nahe, die Truppe selbst als einen behördlicher Regelung und der Befehlsgewalt von oben unterstehenden Lebenskreis in Umkehrung ihres einstigen Charakters zu einer Pflanzschule der Demokratie zu machen? Ein sehr deutscher, sehr bürokratischer und sehr undemokratischer Gedanke. Man traut dem Soldatentum die Fähigkeit zu, „die bürgerlichen Kräfte unseres Volkes zu integrieren und das bürgerliche Ethos in einer inneren Einheit zusammenzunehmen“, wozu die bürgerliche Welt selbst sich unfähig zeigt. Damit wird das Pferd beim Schwanz aufgezäumt.

Die Vorstellung der zukünftigen Streitkräfte als einer Art Leibgarde der Demokratie mit hypertrophisch entwickeltem staatsbürgerlichem Verantwortungsgefühl, diese Selbstzeugung eines todesbereiten Staatsbürgertums aus der Kraft einer ihrer Verbindlichkeit beraubten Uniform, diese Fiktion eines Soldaten, der „als Staatsbürger nicht indifferent oder gar ablehnend zum Staate stehen kann“, und für den „kein Zweifel darüber besteht, daß er ... das Primat der Politik ernst nimmt“¹⁷⁾ findet weder in der Wirklichkeit der soldatischen noch der bürgerlichen Sphäre eine Stütze.

Das fortschrittliche Denken hat die allgemeine Tendenz, durch Auflösung der Substanz dem freien Spiel des Geistes Raum zu schaffen. Damit aber ist die (nach schweizer Zeugnis) „fundamentale Gegensätzlichkeit der Armee zum bürgerlichen Leben“¹⁸⁾, die gelegentlich auch von Baudissin festgelegte „Antinomie von Soldat und Bürger“ nicht beseitigt¹⁹⁾. An ihr scheitert die der Vorstellung vom „Bürger in Uniform“ zugrunde liegende Absicht der Einschmelzung des Soldaten in die bürgerliche Welt. Die Verhütung der Wiederkehr eines Zustandes, bei dem das Militär „Staat im Staate“ ist, ist geboten, aber auf anderem Wege zu erreichen. Die Einebnung der Unterschiedenheit von Bürgertum und Soldatentum durch die „Einbürgerung“, eine Forderung des bürgerlichen Liberalismus, arbeitet der

¹⁴⁾ Nach Baudissin (a. a. O. S. 33) ist die Erziehung zu politischer Verantwortung Aufgabe des Vorgesetzten. Aber „Erziehung ... zum ‚Gemeinsinn‘; zum ‚Verantwortungsbewußtsein‘ ... geschieht ... nur durch das Leben selbst“ (Gutachten zur politischen Bildung und Erziehung II/5).

¹⁷⁾ Baudissin a. a. O. S. 31.

¹⁸⁾ „Von der Gesinnung des Offiziers“, Neue Zürcher Zeitung v. 21. Februar 1953.

¹⁹⁾ Vgl. W. Picht: „Wiederbewaffnung“, S. 120, 128 ff.

Bürgerkriegsideologie des Ostens in die Hände. Ist der Krieg nicht mehr Domäne des Soldaten, so ist der von Moskau erstrebte Zustand erreicht.

Jenseits von Reaktion und Fortschritt

Es kommt den Wehrreformern (und ihren politischen Hintermännern) darauf an, die Friedfertigkeit des neuen Soldatentums zu betonen. Dementsprechend wird dem Soldaten „das hohe Ziel“ vor Augen gestellt, „den Frieden zu gewinnen“. Das war bisher die Aufgabe des Staatsmannes. Wird sie dem Soldaten zugeschoben, so ist das nichts anderes als eine neue Form von Militarismus. Das politisch Richtige wird in der Projektion auf die militärische Ebene zur Absurdität. Eine Truppe, die ihre Aufgabe am vollkommensten zu erfüllen glaubt, wenn sie durch ihr bloßes Dasein den Kampf verhütet, kann sich nicht ernst nehmen.

Der gleichen Tendenz entspricht es, dem künftigen Soldaten die auszeichnende Eigenschaft zuzusprechen, daß er als Staatsbürger nicht „auf die Rechtfertigung (seiner Existenz) im Ernstfall zu warten“ brauche²⁹⁾. Damit ist implicite behauptet, das Soldatentum der Vergangenheit habe zum Kriege getrieben. Das ist durch die Kriegsgeschichte gerade der jüngeren Vergangenheit widerlegt. Das Mißverständnis reicht aber tiefer. Es betrifft den innersten Bezirk des soldatischen Selbstverständnisses.

Im Zeitalter des Soldaten trug das Soldatentum seinen Sinn in sich selber. Wo immer es in reiner Form erscheint, geht es im letzten nicht um die Schaffung einer Kriegsmaschine, sondern um die Gestaltwerdung einer inneren Haltung. Eine utilitaristische Interpretation verfehlt Wesen und Tiefgang der Erscheinung. Als Personifikation eines Wertungs- und Lebenswillens gewann das Soldatentum in der kategorischen Eindeutigkeit seiner inneren und äußeren Haltung eine Vorbildlichkeit und Bildungswirklichkeit weit über die Armee hinaus. Das gilt ohne Rücksicht darauf, wie man diese Wirkung bewertet. Die Phantasie des Soldaten — sein Habitus zeigte es oft nur zu deutlich — war nicht allzu nachdrücklich mit dem Ernstfall beschäftigt. Er bedurfte dessen nicht, um sein Dasein vor sich und der Welt als wertvoll und ehrenvoll zu bestätigen. Ein Jahrhundert garantierten Friedens wäre kaum ein ausreichender Anlaß gewesen, den Soldaten abzuschaffen.

Von all dem kann in Zukunft nicht mehr die Rede sein. Die Bezogenheit des künftigen Kämpfers auf den Krieg ist eine unmittelbarere als im Zeitalter des Soldaten. Das zeigt sich daran, daß die Schaffung eines neuen Soldatentums einzig mit einer kriegerischen Bedrohung, also im Hinblick auf die Möglichkeit eines in Sehweite liegenden „Ernstfalls“ begründet wird und begründet werden kann. Eine positive Bewertung des soldatischen Wesens und seiner Bedeutung für die Gesamtheit scheidet als Motiv einer Wiederbewaffnung aus mehr als einem Grunde von vornherein aus. Dieses Argument gegen den militaristischen Charakter der Wiederbewaffnung, dessen Durchschlagskraft darin liegt, daß es von der Geschichte selber dargeboten wird, haben sich die Wehrreformer entgehen lassen. In dieser wehrgeschichtlichen Situation und nicht in gedanklichen Konstruktionen liegt das „Neue“. Ihr hat der Nachfolger des Soldaten zu entsprechen, wie denn jeder soziologische Typus zwar in den Rahmen des ihn tragenden gesellschaftlichen Gesamtzustandes eingepaßt sein muß, aber seine Profilierung nicht durch die allgemeinen Gegebenheiten erhält, sondern durch die ihm eigentümliche Lage und Aufgabe.

Eine Darstellung des „Nachfolgers des Soldaten“ kann hier nicht gegeben werden. Seine Eigenart ist unter Voraussetzung der überzeitlich gültigen Grundzüge soldatischen Wesens aus den beiden Komponenten seiner geschichtlichen Lage wie seiner Kampfwelt zu bestimmen. Daraus wird sich kein „Leitbild“ ergeben. Ein solches wird nur durch das gelebte Leben selber erzeugt. Wohl aber lassen sich aus den Gegebenheiten der Wirklichkeit, in die ein künftiges deutsches Soldatentum

²⁹⁾ Baudissin a. a. O. S. 31.

hineingestellt ist — und durch die es entscheidender als durch jedes Erziehungsprogramm geformt wird —, Richtlinien einer Wehrreform gewinnen. Sie sind einfach und unerbittlich wie alles Soldatische. Es ist darin mehr von Pflichten als von Rechten die Rede. Aber sie umschließen die Verpflichtung auf das Bestehen einer wahrhaft apokalyptischen Situation, und damit auf die höchste Form sittlicher Freiheit.

Diese „revolutionäre“ Wehrreform jenseits von Reaktion und Fortschritt leitet aus der heutigen Kampfform die Forderung der strengen Zweckbezogenheit der Ausbildung, der Beseitigung dekorativer Arabesken, der Unterbindung von Kasernenhofmethoden — die auf Brechung des Willens abzielen oder nur formale Bedeutung haben —, der Erziehung zu selbständigem Handeln und Selbstverantwortung mit zwingenderer Folgerichtigkeit ab, als jede politische Begründung es vermöchte. Legt man dabei die Quintessenz der soldatischen Erfahrungen der Vergangenheit zu Grunde und gedenkt man des Vorbildes der wahrhaft demokratischen Lebens- und Gesinnungsgemeinschaft einer intakten Truppe an der Front, auf das der Nachfolger des Soldaten enger bezogen sein müßte als der Soldat jeder früheren Epoche der Wehrgeschichte, so ergibt sich das „Innere Gefüge“ der künftigen Streitkräfte ohne ideologischen Aufwand von selbst.

Willi Henkel

EIN LEITBILD UND SEINE MÖGLICHKEITEN

Wenn man überzeugt ist, daß die Ausführungen von Wolf Graf von Baudissin über Freiheit, Rechtsschutz und Menschenwürde des „zukünftigen Soldaten“¹⁾ keine Propaganda zur Schmachtmachung des Militärdienstes, sondern ein aufrichtiges Programm für das „innere Gefüge“ der geplanten deutschen Wehrmacht darstellen, so empfindet man um so stärker die Notwendigkeit, dieses Programm sine ira et studio auf seine Realisierbarkeit zu prüfen.

Froh, kein Experte auf diesem Gebiete zu sein, halte ich mich nicht für befugt, in eine gründliche Betrachtung von Einzelheiten einzutreten. Zu einigen allgemeinen Worten, die jedem Staatsbürger zustehen, glaube ich jedoch berechtigt zu sein.

Mir fällt zunächst auf, daß das Programm für das „Innere Gefüge“ und die Stellung des einzelnen Soldaten in ihm so ziemlich das genaue Gegenteil von dem darstellt, was wir alle, die wir einmal deutsche Soldaten gewesen sind, als charakteristisch für das Soldat-Sein erlebt und empfunden haben. Wir Sozialisten sind zwar gewohnt, uns gedanklich und durch die Tat mit Veränderungen der gesellschaftlichen Zustände zu befassen, die von manchen Zeitgenossen als „Utopien“ verschrien werden. Diese Gewohnheit erleichtert es uns, selbst eine radikale Änderung gewisser Zustände, Ordnungen und Überlieferungen für erreichbar zu halten.

Wenn es also auch meine Überzeugung ist, daß die Utopie von heute die Wirklichkeit von morgen darstellen kann, so erscheint mir doch das von Wolf Graf von Baudissin geschilderte Zukunftsbild von Freiheit, Recht und Menschenwürde des zukünftigen Soldaten sehr weitgehend als Illusion.

¹⁾ W. Graf v. Baudissin: „Das Leitbild des zukünftigen Soldaten“ in: „DIE NEUE GESELLSCHAFT“, 1/1935.

Die Zustände in einer Wehrmacht werden nicht durch die Rekruten, aber auch kaum durch die oberste Führung im Ministerium und Oberkommando bestimmt, sondern in entscheidendem Maße durch die zwischen beiden stehenden Offiziere und Unteroffiziere. Deren werden bei einem 500 000-Mann-Heer viele Tausende benötigt. Als Anwärter können naturgemäß nur erfahrene Soldaten in Frage kommen. Solche Soldaten aber machen ihre Erfahrungen im wesentlichen beim „Barras“, der sich zu dem erstrebten Leitbild verhält wie das fotografische Negativ zum positiven Bild. Zugegeben, daß dem Einzelnen — Offizier und Unteroffizier — der vielleicht schon damals gegen den Nationalsozialismus opponiert hat, durchaus eine Haltung und Wirksamkeit möglich ist, die dem dargelegten Leitbild entspricht; zugegeben auch, daß man durch Gesetze, Institutionen, durch Beispiele, Unterricht usw. manches erreichen kann: Trotzdem erscheint es mir unvorstellbar, daß auch nur die Hälfte der erforderlichen Offiziere und Unteroffiziere der früheren Wehrmacht, die doch seit 1945 in ganz anderen Lebensbereichen tätig waren, sich zu unerschütterlichen Säulen der Demokratie entwickelt hätten. Es dürfte ihnen nicht nur am Anlaß, sondern auch an Anregung und Konzentration für einen solchen Wandel gefehlt haben. Selbst aber wenn die Hälfte der neuen (= alten) Offiziere und Unteroffiziere als überzeugte und fähige Pioniere des Leitbildes in eine neue Wehrmacht eintreten würden, stände ihr Mißerfolg und die Durchschlagskraft der ungewandelten Barrasrepräsentanten von vornherein fest. Das Gewicht der Beharrung, im Bunde mit einer jahrhundertalten Überlieferung, würde die „Barras-Hälfte“ außerordentlich begünstigen. Baudissin selbst will ja die Neugestaltung des „inneren Gefüges“ dadurch erzielen, daß seine Ideen von außen in die vorgesehene deutsche Wehrmacht hineingetragen werden sollen, Ideen, die in ganz anderen Lebensbereichen entwickelt wurden und die aus soldatischen Aufgaben und soldatischem Denken heraus überhaupt nicht gestaltet werden konnten.

Eine Wehrmacht mit neuem Geist, mit Freiheit, Recht und Menschenwürde der Soldaten scheint mir jedoch nur dann möglich zu sein, wenn sie aus kleinen Anfängen langsam aufgebaut wird, allmählich wachsend, ihre Offiziere und Unteroffiziere selbst heranbildend, beginnend mit demokratischen und erprobten Offizieren. Was in einer solchen behutsam „aufgezogenen“ Wehrmacht unter „Freiheit, Recht und Menschenwürde des Soldaten“ verstanden werden könnte, bleibt auch dann noch äußerst problematisch.

Wenn man erwägt, welche Aussichten dafür bestehen, daß die Erwartungen Baudissins sich erfüllen, ist man durchaus nicht auf Vermutungen angewiesen. Wir besitzen gesicherte Erfahrungen darüber, wie schwierig es ist, Freiheit, Recht und Menschenwürde in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen, die ihrer Struktur nach dazu viel eher als eine Wehrmacht geeignet sind. Müssen uns da nicht die Erwartungen Baudissins, gegen deren Zielsetzung an sich hier gar nichts gesagt werden soll, als ein unbegründeter Optimismus erscheinen? Ist es nicht viel wahrscheinlicher, daß die alten Methoden und der frühere Ungeist nach einer nur zehnjährigen Pause sehr schnell und nachdrücklich wieder die Kasernenhöfe erobern werden? Und schließlich: Müssen wir nicht befürchten, daß — abgesehen von den unvermeidlichen Auswirkungen auf Wirtschaft und Lebensstandard — eine Wehrmacht von 500 000 Mann (wie lange bleibt es bei dieser Zahl?) bald wieder zu einem Staat im Staate und zu einer tödlichen Gefahr für unsere noch so junge Demokratie wird?

Es gibt den ewigen Krieg zwischen denen, die auf der Welt sind, um aus ihr möglichst viel herauszuschlagen, und jenen, die aus ihr etwas Besseres für alle machen wollen, die darin leben.

G. B. Shaw

Marx und die moderne Nationalökonomie

II. „Verelendung“ und Konzentration

Von Dr. Karl Kühne, Hamburg

Die Theorie des Arbeitswertes, wie überhaupt die Werttheorie, bei Marx ist von „orthodoxen“ Nationalökonomien allzu häufig mit der Preisanalyse in Zusammenhang gebracht worden. In neuerer Zeit hat man nun erkannt, daß die Arbeitswertlehre im Grunde in erster Linie dazu dienen soll, die globale Aufteilung des Volkseinkommens zwischen Arbeitern und Unternehmern zu erklären. Sie ist somit eine Hilfskonstruktion zur Verteilungslehre und „dient in der ganzen Analyse als Basis für eine rohe Unterscheidung zwischen zwei Einkommensströmen: Verbrauch . . . und Investition“ sowie der Darstellung ihrer Wechselbeziehungen¹⁾. Die ganze Mehrwerttheorie zielt letzten Endes darauf ab, daß Marx ein „Verhältnis zwischen dem Gesamtwert der Fertigwaren“ (dem Sozialprodukt), „global gesehen, und dem Wert der Arbeitskraft“²⁾ (dem Arbeitseinkommen) finden will: „Die Marxsche Wertlehre ist keine Preistheorie, sondern eine Lehre von der sozialen Verteilung der Produktionskräfte“³⁾.

Im Rahmen dieser Verteilungstheorie macht Marx nun eine Annahme, die im Lichte moderner statistischer Analysen wie die frappierende Entdeckung eines ökonomischen Gesetzes wirkt: Er geht davon aus, daß die Mehrwerte konstant bleibt. Es ist eine Unterschätzung Rodbertusscher Theorien, wenn etwa z. B. D. Domar⁴⁾ Marx die Auffassung zuschreibt, der Anteil der „Kapitalisten“ am Sozialprodukt erfahre auf lange Sicht eine Vergrößerung: Marx setzt vielmehr mit der schon recht früh konzipierten Annahme einer konstanten Mehrwerttrate⁵⁾ praktisch die Unveränderlichkeit der relativen Anteile der Arbeit-

nehmer und Unternehmer implizite voraus, und das trifft sich mit dem „empirischen Verteilungsgesetz“, der modernen Statistik, wonach der Anteil der Arbeit am Gesamtprodukt im Laufe längerer Zeiträume in Westeuropa und Amerika bemerkenswert konstant geblieben ist⁶⁾.

Verelendung und Pauperisierung — eine Verwechslung

Ein gleichbleibender Anteil der Arbeitnehmerschaft an einem — im Zuge der Produktivitätssteigerung und Investitionsausweitung — wachsenden Sozialprodukt würde allmählich steigende Reallöhne bedeuten. Das widerspricht der von Ednard Bernstein so getauften „Verelendungstheorie“. Aber im neueren Schrifttum sind Kautskys Einwendungen gegen diese Theorie, die er nicht ganz zu Unrecht als von Bernstein „erfunden“ bezeichnete, noch weiter vertieft worden.

Im Gegensatz zu manchen frühen Formulierungen (so z. B. im „Manifest“) hat Marx im „Kapital“ durchaus klar betont, daß der Reallohn wachsen kann: die „Masse der Lebensmittel . . . kann, bei steigender Produktivkraft der Arbeit, für Arbeiter und Kapitalist gleichzeitig und in demselben Verhältnis wachsen“⁷⁾. Ebenso hat er unterstellt, daß z. B. eine Steigerung der Geldlöhne durch gewerkschaftliche Aktion eine Erhöhung der Reallöhne zur Folge haben würde, die durchaus Bestand haben kann⁸⁾. Daß diese Tendenz zur Steigerung der Reallöhne, an sich eine Konsequenz des technischen Fortschritts, durch eben diesen Faktor im Zuge der Akkumulation und der Rationalisierung eine gewisse Bremsung erfährt, ist von Henri Bartoli⁹⁾ als die „ökonomische“ — im Gegensatz zur „absoluten“ — Pauperisierung bezeichnet worden: „Gleichzeitig mit der Steigerung der Reallöhne von Periode zu Periode ergibt sich ein immer schärferer

1) John D. Wilson, A Note on Marx and the Trade Cycle, Review of Economic Studies, Vol. V, No. 2, Februar 1938, S. 111.

2) Maurice Dobb, Political Economy and Capitalism, 5. Aufl., London 1935.

3) G. D. H. Cole, What Marx Really Meant, S. 221; Shalith Joan Robinson, An Essay on Marxian Economics, London 1949, S. 16/17 f. Zu dieser Auffassung neigen auch unter den führenden russischen Theoretikern Lapidus und Ostrovitianow.

4) Vgl. Eyssey D. Domar, The Varga Controversy, American Economic Review Vol. XL, No. 1, März 1951, S. 138.

5) Vgl. etwa den Brief an Kugelmann v. 30. 4. 1858.

6) Vgl. Joan Robinson, Essay, S. 81.

7) Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Kap. 15, I (S. 488 in der 5. Aufl., Hamburg 1903).

8) Vgl. z. B. Marx, Kapital, Bd. I, Kap. 23, S. 322/4; Bd. II, 3. Aufl., Hamburg 1903, Kap. 17, S. 313.

9) S. a. Dobb, a. a. O., S. 106, Fußnote 1; J. Robinson, Essay, S. 23, 81, 82/81.

10) Henri Bartoli, La Doctrine Economique et Sociale de Karl Marx, Paris 1950, S. 292/93.

Abstand zwischen dem tatsächlichen und dem wirtschaftlich möglichen Lohn".

Im Grunde bedurfte es dieser neuen Theorie der „relativen Pauperisierung“ jedoch überhaupt nicht. Es ist bei der Interpretation der Marxschen Lehre eine gewisse Überbewertung der frühen Äußerungen — z. B. im „Manifest“ — eingetreten. Man hat übersehen, daß beispielsweise in einem der entscheidendsten Absätze im „Kapital“ die Rede ist von einer Pauperisierung des Menschen trotz Steigerung der Löhne¹⁰⁾: Hier ergibt sich eine „ideelle Verelendung“¹¹⁾ durch Verkrüppelung der Schöpferkraft des Menschen („Entwürdigung“ und „Entfremdung seiner geistigen Potenzen“), durch seine Unterjochung unter den Moloch Maschine oder Fließband, kurz das, was Marx in den Frühschriften die „Selbstentfremdung“ genannt hat.

Im übrigen aber zeigt sich in eben diesen Absätzen des „Kapitals“, daß Marx nicht die Verelendung der gesamten Arbeiterklasse, sondern das relative Absinken beständig größerer Teile dieser Klasse in die darunter liegende Schicht der eigentlichen „Paupers“, der „Lazarusschicht der Arbeiterklasse“, im Auge gehabt hat.

Von 1921 bis 1938 beträgt der durchschnittliche Prozentsatz der Arbeitslosen in Großbritannien 14%, im günstigsten Jahr (1927) sinkt er kaum unter 10%. Deutschland ist nach der Inflation zwischen den beiden Kriegen Opfer einer chronischen Arbeitslosigkeit, die (mit Ausnahme von 1925 und 1937/38) zwischen 9 und 30% der Arbeitnehmerschaft schwankt. In den USA ergibt sich zwischen 1930 und 1938 ein Prozentsatz von 9 bis 25%, auch in der Hochkonjunktur von 1937 sinkt die amerikanische Arbeitslosigkeit nicht mehr unter 14% der Arbeitnehmerzahl. Vor dem zweiten Weltkrieg hatte in diesen Ländern die Arbeitslosigkeit im Aufschwung kaum je mehr als 2 bis 3%, in den Depressionen etwa 5 bis 10% betragen. Hinzu kommt die relative und häufig auch absolute Verelendung der Alten, der breiten Rentnerschichten, in unserer Zeit der Auflösung der Familie und der progressiven Entwertung der Ersparnisse. „Man muß in aller Logik anerkennen, daß sich hier eine ökonomisch absolute Pauperisierung zeigt, die fortschreitend und schicksalhaft ist und auf Kosten derer geht, für die es keinen Platz mehr gibt am Tisch des Banketts . . .“¹²⁾.

Die eigentliche Marxsche „Pauperisierungsthese“ zeigt somit auf lange Sicht das Absinken eines ständig größer werdenden Teils der Arbeiterklasse in die darunter liegenden „Pauperschichten“, trotz Hebung des allgemeinen Sozialniveaus und gar weiterem Steigen der Reallohne für die

Glücklichen, die in Beschäftigung bleiben. Die Verwandtschaft zu den modernen Stagflationsthesen liegt hier klar zutage.

Erkennt man die Marxsche Werttheorie ihrem Wesen nach als Werkzeug zur Analyse der Verteilung, so hebt sich damit ein anderer Vorwurf auf, der in diesem Zusammenhang nur kurz gestreift werden kann: daß nämlich Marx wie überhaupt die sozialistischen Theoretiker die Bedeutung des Preises als eines Steuerungsfaktors für die Produktivkräfte übersehen hätte. Diese weitere Konsequenz aus der modernen Interpretation der Marxschen Wertlehre ist insbesondere von Oscar Lange eingehend behandelt worden, der bei Marx (z. B. in seiner „Robinsonade“ im Band I, Kap. I) ebenso wie bei Engels und Kautsky wesentliche Ansätze für eine richtige Bewertung des Preisfaktors bei dem Problem einer zweckmäßigen Steuerung der Produktivkräfte nachweist¹³⁾.

Konzentration, Zentralisation und Monopolisierung

Nun hängt jedoch der Komplex der Preistheorie eng zusammen mit der modernen Analyse monopolistischer Marktzusammenhänge. Auch hier hat Marx moderne Erkenntnisse angedeutet, nämlich die dynamische Tendenz zur Beschränkung der Konkurrenz, das Hintertreiben auf den Wettbewerb weniger Firmen im Oligopol: „Die Konkurrenz . . . treibt die Sache soweit, sich selbst zu zerstören . . . In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten“¹⁴⁾. Diese Anspielungen Marx' auf die „Konkurrierenden Monopolisten“ erinnern stark an die moderne Debatte um das „Oligopol mit differenzierten Produkten“, ebenso wie die weiteren Bemerkungen Marx' über „partielle Assoziationen“ an das Kartell.

Bernstein übersah bei Aufstellung seiner These vom Fortbestand der Mittelbetriebe nicht nur das Aufkommen dieser neuen Form des „Wettbewerbs der Wenigen“, sondern er überschätzte die Bedeutung des Betriebes, der Arbeitsstätte, und verkannte, daß selbst ein teilweises Erhaltenbleiben der technischen Einheit gar nichts aussagt über die Konzentration der Unternehmungen; allerdings ist auch sein großer Gegenspieler Kautsky dieser Verwechslung zwischen technischbetrieblicher und finanzieller-unterneh-

¹⁰⁾ Marx, Kapital, Bd. I, 5. Aufl., Kap. 23/4, S. 610.

¹¹⁾ Vgl. A. Philip, „Henri de Man et la crise doctrinale du Socialisme“, Paris 1928, S. 43.

¹²⁾ Bartoll, a. a. O., S. 296.

¹³⁾ Oscar Lange, On the Economic Theory of Socialism, Part Two, The Review of Economic Studies, Vol. IV, No. 2, Februar 1937, S. 136 f. Vgl. Marx, Kap. Bd. I, Kap. I, 4, S. 43.

¹⁴⁾ Karl Marx, „Das Elend der Philosophie“, Stuttgart 1892, S. 136/7.

mungsbedingter Konzentration erlegen. Der letztere erkannte dagegen deutlicher die Bedeutung der Kartellierung¹⁵⁾. Heute dürfte der Zeitpunkt herangekommen sein, da die Richtigkeit der Marx'schen These von der Konzentration der wirtschaftlich allein relevanten Unternehmungen in ihren Fundamenten kaum mehr bestritten werden kann: Die „Konzentration“ erfolgt bei Marx aus der Selbstfinanzierung, die „Zentralisation“ aus der Verschmelzung bestehender Unternehmungen. Zwar darf man auch hier die Marx'sche Betrachtungsweise nicht allein als visionäre Prophezie betrachten: hier wie überall hat Marx — seiner ganzen Methode entsprechend — nur die vorherrschende Grundtendenz aufgezeigt, die durch Gegenkräfte durchaus verlangsamt und zeitweise aufgehalten werden kann¹⁶⁾. Solche Gegenkräfte hat z. B. auch Bernstein aufzuzeigen versucht, wenn auch mit unzulänglichem statistischem Material. Vor allem seine berühmte Berufung auf die absolute ziffermäßige Zunahme der Kleinaktionäre erweist sich heute als glatter Fehlschlag, da mit der nahezu völligen Entmachtung der Generalversammlung die Ohnmacht der Aktionäre und ihre Unterwerfung unter den eigentlichen Unternehmer, den Manager, besiegelt erscheint. Henri Bartoli hat die Bernsteinsche Argumentation als nicht mehr ernstzunehmend bezeichnet: einerseits, weil auch eine breitere Eigentumbildung keineswegs die Konzentration der Unternehmungen verhindern würde, andererseits, weil die Verschachtelung, das Depotstimmrecht der Banken, die pyramidenförmige Machtkonzentration in den Holding-Gesellschaften „brutal die Trennung zwischen Eigentum und Geschäftsführung im Kapitalismus der Großunternehmen kennzeichnet“¹⁷⁾. Besser untermauert waren einige moderne Studien¹⁸⁾, die nachzuweisen suchten, daß die Konzentrationsbewegung doch noch nicht ganz so schlimm sei, wie man zeitweise anzunehmen geneigt war. Andererseits sind aber gerade die wichtigsten statistisch-empirischen Nachweise über den

tatsächlichen Umfang der Konzentrationsbewegung von Nichtmarxisten geführt worden. Das Signal gaben hier Berle und Means in ihrer bedeutsamen Studie, die mitten in der großen Weltwirtschaftskrise erschien: Danach hatten in den USA zu dieser Zeit die 200 größten Gesellschaften mit Aktiven im Gesamtwert von 81 Milliarden Dollar bereits 22% des amerikanischen Volksvermögens und 38% aller Geschäftsvermögen bzw. 57% der Gesamtaktiva aller Gesellschaften in der Hand¹⁹⁾. Nach der Einkommensteuerstatistik der USA von 1935 verfügten 0,1% aller Gesellschaften über 52% aller Geschäftsaktiva; 0,2% der Arbeitgeber beschäftigten ein Drittel aller Arbeitnehmer²⁰⁾. Berle und Means hatten 1932 berechnet, daß, wenn das Konzentrationstempo der Periode 1909/1929 so weiter ginge, die 200 Giganten innerhalb weiterer 40 Jahre praktisch die gesamte Industrieproduktion an sich gerissen haben würden.

Inzwischen hat sich der Prozeß (auch wohl unter dem Einfluß der Antitrustgesetzgebung) allem Anschein nach etwas verlangsamt. Immerhin waren aber 1947 bereits 46% aller Gesellschaftsaktiva auf 113 Konzerne konzentriert²¹⁾. 1949 stellte Prof. Krepis für die USA fest: „Mehr als ein Drittel des Gesamtwerts aller Industrieprodukte wird in Branchen hergestellt, in denen die vier jeweils größten Unternehmen mehr als 75% der gesamten Branchenproduktion liefern. Fast ein weiteres Drittel des Gesamtproduktionswerts der Industriegüter entfällt auf Branchen, in denen die vier größten Firmen mehr als die Hälfte der Erzeugung erstellen“²²⁾. 1935 beherrschten in den USA zwei Konzerne 95% der Glasproduktion, jeweils drei Konzerne 83% der Automobil-, 80% der Zigarettenproduktion, 60% der Stahlherstellung und 90% der Fabrikation von Konservendosen, jeweils vier Konzerne 78% der Kupfererzeugung, 64% der Eisen- und 60% der Bleiherstellung²³⁾. So ist es kaum verwunderlich, wenn Means zwei Jahre nach dem Erscheinen seines epochemachenden Buches feststellen konnte, eigentlich müßte man heute solche Industriezweige, in denen die Konzentration noch nicht um sich gegriffen hätte, als Ausnahmefälle ansehen. Und die Bewegung dürfte — nach

¹⁵⁾ Vgl. etwa Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 3. Aufl., Berlin 1923, S. 84 f.; Karl Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, 2. Aufl., Berlin/Stuttgart 1922, S. 12 f.

¹⁶⁾ Vgl. etwa Kapital, Bd. I, Kap. 23, S. 590 f.

¹⁷⁾ Bartoli, a. a. O., S. 284/85.

¹⁸⁾ So z. B. von Willcox in American Ec. Review, May 1950. Ferner von Adelman im Review of Economics and Statistics, Nov. 1951; s. dagegen die Gegenbeweise von Lebergott in dieser Zeitschrift. Ferner die grundsätzliche Anerkennung des Talbestandes der Konzentration bei J. K. Galbraith, American Capitalism, London 1952, S. 35 f. (Galbraith bedauert die Nationalökonomie, die die Konzentrationsthese zu bagatellisieren suchen, weil sie sich „in der stets etwas zweifelhaften Position eines Mannes befinden, der die Tugend einer geliebten Mätresse bezeugen soll . . .“ (a. a. O., S. 40).

¹⁹⁾ Adolph A. Berle and Gardiner C. Means, The Modern Corporation and Private Property, New York 1935, S. 18 f.

²⁰⁾ Vgl. George, How Big is Big Business? Dunn's Review, March 1939, S. 18 f., S. 54 f.

²¹⁾ The Concentration of Productive Facilities (Federal Trade Commission Report), Washington 1949.

²²⁾ Theodore J. Krepis, in The Effectiveness of the Federal Antitrust Laws: A Symposium, American Economic Review, Vol. XXXIX, No. 3, June 1949, S. 697.

²³⁾ Fritz Hausmann, Die wirtschaftliche Konzentration an ihrer Schwelgerwende, Basel 1940, S. 22/27.

den anerkannten großen Konzentrationswellen der neunziger und der zwanziger Jahre — auch in neuester Zeit kaum zum Stillstand gekommen sein: So zeigen die von Machlup²⁴⁾ zusammengestellten Ziffern bei 21 Industrien von insgesamt 33 vergleichbaren zwischen 1935 und 1947 eine Zunahme des Produktionsanteils der jeweils vier größten Firmen; bei den übrigen, die hier keine Veränderung bzw. eine geringe Abnahme aufweisen, ist doch in einigen Fällen der Anteil der acht größten Firmen gestiegen. Der Anteil der jeweils „größten Vier“ wuchs in dieser relativ kurzen Zeit bei Strichhölzern von 70 auf 82, bei Seife von 74 auf 79, Nahrungsmitteln von 68 auf 75, Spirituosen von 51 auf 75, Metallbehältern von 37 auf 52% der Branchenausbringung.

Wenn das statistische Material auf dem europäischen Kontinent auch lückenhafter und dünner gesät ist, so konnten doch die amtlichen deutschen Statistiken für 1926 ermitteln, daß vom Kapital der deutschen Aktiengesellschaften damals schon 62 bis 63% in Konzernierungs- und Verschachtelungsvorgänge einbezogen waren, ungeachtet der damit parallel laufenden Kartellisierungsweile; acht Jahre später waren es schon 84%. Nach den Schätzungen des Berliner Konjunkturinstituts waren gegen Ende 1936 sämtliche im Inlande erzeugten industriellen Rohstoffe und Halbwaren und die Hälfte der industriellen Fertigwaren in Zusammenschlüssen gebunden²⁵⁾. In Japan beherrschten 1936 drei Großkonzerne die Hälfte der Kupfer- und Kohlenproduktion, der Handelstonnage, der Lagerhäuser und des Schiffbaus, ferner ein Drittel des gesamten Außenhandels, 70% der Mühlen- und 90% der Papierindustrie²⁶⁾. In Großbritannien scheint die Konzentration und Zentralisation langsamer vorangeschritten zu sein; immerhin hatten 1939 drei Großfirmen 40% der Eisen- und Stahlproduktion inne, und schon 1935 entfiel die Hälfte der gesamten Industrieproduktion und fast die Hälfte aller Beschäftigten in der Industrie auf Firmen mit mehr als 1000 Arbeitnehmern²⁷⁾. Und selbst im kleinen Dänemark hatten schon 1926 nur 25 Personen durch ihre Aufsichtsrats- und Direktorsitze in 124 Gesellschaften mit insgesamt 75% des gesamten Aktienkapitals das Heft in der Hand . . .²⁸⁾.

Angesichts der in erdrückender Fülle vorliegenden statistischen Materialien und Feststellungen führender Experten ist es

²⁴⁾ Fritz Machlup, *The Political Economy of Monopoly*, Baltimore 1952, S. 478/481.

²⁵⁾ Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung, Jg. 9 (1939), S. 198.

²⁶⁾ Allan, *The Concentration of Economic Control*, Economic Journal, 1937, S. 271 ff.

²⁷⁾ Maurice Dobb, *Studies in the Development of Capitalism*, 3. Aufl., London 1947, S. 343.

²⁸⁾ Haussmann, a. a. O., S. 28.

nur ein Akt intellektueller Höflichkeit, wenn Schumpeter das unbedingte Primat in diesem Bereich Karl Marx zuspricht, der die Tendenz dieser Konzentrationsbewegung in so umfassender Form vorgezeichnet hat; nach seiner Ansicht ist „die Bewunderung, die nach ihrem Bekenntnis so viele Ökonomen außerhalb der Gemeinde für diese Theorie empfinden, nicht unberechtigt. Schon das eine: das Aufkommen der großen Unternehmungen vorherzusagen, war in Anbetracht der Verhältnisse zu Marxens Zeit eine Leistung an sich. Aber er hat mehr als das getan. Er verknüpfte die Konzentration geschickt mit dem Akkumulationsprozeß . . .“²⁹⁾.

Und Bartoli hat betont, zur Erfüllung der Marxschen Prognose habe es keineswegs einer hundertprozentigen, restlosen Konzentration in allen Branchen bedurft: „Es genügt, wenn die Konzentration eine gewisse Intensität, die sich nicht streng präzisieren läßt, in bestimmten Industriezweigen erreicht, so daß der Anpassungsmechanismus der Wirtschaft verfälscht bzw. erschüttert wird. Marx hat in jedem Falle eine der tiefsten Intuitionen der ökonomischen Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts aufzuweisen: Der Kapitalismus der Großunternehmen widerspricht dieser Intuition nicht — er erfüllt sie“³⁰⁾.

Diese Worte Bartolis deuten gleichzeitig darauf hin, daß sich gerade von der Theorie der Konzentration und der modernen Monopolanalyse interessante Übergänge ergeben zur modernen Konjunkturtheorie, für die Marx ebenfalls entscheidende Beiträge geleistet hat.

²⁹⁾ Joseph Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 2. Aufl. (Übers. Preiserwerk), München 1950, S. 63.

³⁰⁾ Bartoli, a. a. O., S. 289.

PRESSESCHAU

AUSSENPOLITIK

Georg Wolff: „Das Kalkül des atomaren Krieges und die deutsche Einheit“ (Februar 1955).

Die Größe der politischen Einheiten in der Weltpolitik wird wesentlich mitbestimmt durch die Reichweite der Waffen, der Verkehrs- und Nachrichtsmittel. Das kaiserliche Rußland und das alte China waren, gemessen an dem technischen Standard ihrer Zeit, zu unhandlich. Gelegentliche emotionelle Aufschwünge und die Leistungen einzelner Großer gestatteten ihre Zusammenfassung zu Gewaltanstrengungen, aber auf die Dauer stellte sich immer wieder heraus, daß kleinere politische Einheiten mit den vorhandenen technischen Mit-

tehn besser umzugehen verstanden und bessere Voraussetzungen hatten, mit diesen Mitteln zu manövrieren.

Die technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte — insbesondere auf dem Gebiet der Flugtechnik — hat eine grundlegende Änderung bewirkt. Das moderne Düsenflugzeug, der Funk und die Motorisierung — und in einem anderen Sinne auch die Atom-Technik — haben die bislang schwerfälligen Massen dieser Superstaaten beweglich gemacht. Die gleichen Mittel erweisen sich nunmehr für die Großmächte der Vergangenheit als zu unhandlich. Man braucht keine Düsenmaschine, um die Niederlande zu durchqueren, und selbst die Entfernungen Deutschlands gestatten keine wirtschaftliche Nutzung der Kraft eines Stratosphärenflugzeuges.

In militärischer Hinsicht bedeutet diese Veränderung, daß die Großmächte der Vergangenheit gegenüber feindlicher Bedrohung keinen Manövrierraum mehr haben. Sie können nicht ausweichen, ihre Kräfte in einem geschützten Winkel des Landes sammeln und zum Gegenstoß bereitstellen. Die Maßstäbe der Strategie haben sich geändert und damit auch die Maßstäbe der Politik. Letzten Endes ist das eine Binsenwahrheit. Gleichwohl bemüht man sich in Europa, sie zu übersehen. Die europäische Öffentlichkeit diskutiert neuerlich wieder die brennendste Frage des alten Kontinents — die Frage der deutschen Einheit — im Stil der Großmächte von einst...

Die gegenwärtige Situation setzt die Sowjetunion — rein strategisch betrachtet — der Gefahr eines Angriffs aus, auf den sie nicht unter gleichen Bedingungen antworten kann. Der Kreml sieht in dem gegenwärtigen Zustand, bei dem die USA Stützpunkte auf dem eurasischen Kontinent unterhalten, während die Sowjetunion keine solche auf dem amerikanischen Doppelkontinent zur Verfügung hat, ein ungerechtfertigtes Handicap.

Überspitzt ausgedrückt bedeutet dieses Handicap, daß bei einer atomaren Auseinandersetzung die Sowjetunion von vornherein Leben und Besitz ihrer eigenen Menschen als Einsatz zu zahlen hat, während die USA zunächst und in erster Linie eine Reihe von Auslandspositionen aufs Spiel setzen, an denen die Menschen der Vereinigten Staaten jedenfalls nicht primär, höchstens sentimental und materiell sekundär interessiert sind. Darin liegt, so sagen die Sowjets, sowohl vom psychologischen als auch vom strategischen Kalkül her eine ständige Versuchung für die USA, auf das Mittel des atomaren Krieges zurückzugreifen.

Das Kalkül des atomaren Krieges enthält auch einen Grund dafür, daß die Sowjetunion sich bisher für die Lösung der Frage der deutschen Einheit im Sinne einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands nicht ernsthaft interessiert hat. Tatsächlich muß es der Sowjetunion unter dem Blickpunkt der

atomaren Kriegführung — und eben dieser nimmt offenbar in den sowjetischen Überlegungen einen wichtigen Platz ein — wenig bedeutungsvoll erscheinen, einen Gebietsstreifen von etwa 500 Kilometer Breite neutralisiert zu sehen. Die Gewährleistung eines Cordon Sanitaire von der Breite des Raumes zwischen Frankfurt/Oder und Frankfurt am Main ist kein Verhandlungsobjekt für die Sowjets — mit Recht. Worauf es den Sowjets in Europa ankommt, ist keineswegs die Schaffung eines neutralisierten und entmilitarisierten Gürtels, der vielleicht noch zu Zeiten des Panzerkrieges schützenden Effekt für die Sowjetunion gehabt hätte. Der atomare Krieg hat andere Größenordnungen. Die Überwindung von 500 Kilometern Raum ist heute eine Angelegenheit von einer halben Stunde. Eine mitteleuropäische, deutsche Pufferzone — noch dazu eine solche, die auf Grund ihrer Entmilitarisierung nicht einmal den Versuch machen könnte, ihren Luftraum gegen Neutralitätsverletzungen zu schützen — steht als Ziel sowjetischer Politik in einem geradezu lächerlichen Mißverhältnis zu den Maßstäben der heutigen Strategie und damit auch zu denen der heutigen Politik.

Es ist nur begreiflich, daß die Sowjets ausschließlich die Beseitigung amerikanischer Stützpunkte in Gesamt-Westeuropa als taugliches Handelsobjekt für Gegenleistungen betrachten. Die Herausnahme dieses oder jenes westeuropäischen Landes, und sei es Gesamtdeutschlands, aus dem amerikanischen Militärbau in Europa ist für die Sowjetunion uninteressant. Es ist bemerkenswert, daß nur Gesamt-Westeuropa unter den Bedingungen des atomaren Krieges überhaupt ein Objekt darstellt, nicht aber irgendeine seiner nationalen Komponenten. Der Schluß liegt nahe, daß nur noch Gesamt-Westeuropa eine Chance hat, als politisches Subjekt respektiert zu werden.

Man mag nun das Ausmaß an törichter Verbohrtheit der sowjetischen Führung unter Stalin ermeszen, wenn man sich gegenwärtigt, daß die UdSSR das zentrale und legitime Ziel ihrer Außenpolitik wahrscheinlich längst erreicht hätte, wenn sie nicht die Völker Europas in so unerträglicher Weise provoziert hätte — durch die brutale Gleichschaltung der osteuropäischen Völker, durch die Gewaltakte in Prag, Warschau, Budapest, Bukarest und Sofia und durch die geradezu verblendete Demonstration sowjetischer Unterdrückungsmethoden in Mittelddeutschland. Noch 1947 wären die USA zu einem europäischen Arrangement bereit gewesen, das wahrscheinlich den Abzug der amerikanischen Streitkräfte vom europäischen Kontinent nach sich gezogen hätte. Keine Washingtoner Regierung hätte es fertiggebracht, die amerikanischen Soldaten nur eine Minute länger als notwendig in Europa festzuhalten.

Erst der Überfall auf Korea, die Bedrohung Griechenlands und das Spiel um Berlin, bei dem Objekt und Gefahren keine vernünftige Relation mehr erkennen ließen, lösten die westlichen Gegenzüge und damit jene Situation aus, die die Sowjetunion heute unter den Bedingungen des atomaren Krieges — mit Recht — als für sie so gefährlich empfindet: den Aufbau der Verteidigungsorganisation des Atlantikpaktes, die Anstrengungen um eine westdeutsche Aufrüstung, die spanisch-amerikanische Militärallianz, den Balkanpakt und das langsame Eindringen der USA über alte europäische Kolonialpositionen in den nahöstlichen Raum.

Der Sowjetunion hat die Unvernunft ihrer Außenpolitik schwere Einbußen an Sicherheit gekostet. Man hat jedoch bislang keinen Grund zu der Annahme, daß der Kraml inzwischen zur Einsicht gekommen ist. Umgekehrt besteht aber auch keine Veranlassung, fürderhin auf die Propagierung der Vernunft zu verzichten. Besonders gilt das für die Europäer. Sie haben dabei am meisten zu gewinnen und sie sind — gemessen an den geographischen Voraussetzungen und gemessen an der Interessenslage — dem archimedischen Punkt am benachbartsten, von dem aus die Problematik der Weltpolitik gelöst werden könnte. Westeuropa, allerdings nur Westeuropa als Ganzes, ist heute wahrscheinlich einzig und allein in der Lage, die gleicherweise berechtigten Sicherheitsansprüche der Sowjetunion und der USA so weit zu gewährleisten, wie man es vernünftigerweise erwarten kann.

Der archimedische Punkt dieser Lösung ist eben die zentrale und legitime Forderung der Sowjetunion nach Beseitigung der amerikanischen Stützpunkte in Europa, im Mittelmeerraum und dem Nahen Osten. Diese Forderung ist tatsächlich der Punkt, an dem mit einiger Aussicht auf Erfolg — das heißt auf Befriedung der Welt und auf Wiederherstellung Europas — der Hebel der Vernunft angesetzt werden könnte.

Die Sowjetunion hat die Schaffung einer europäischen kollektiven Sicherheitsorganisation offeriert. Im Ernst kann die Sowjetunion kaum damit rechnen, daß solche Vorschläge im Westen — und zwar weder bei den Amerikanern noch bei den Westeuropäern — Gegenliebe finden. Ihre Annahme würde von Inhalt haben, daß die USA ohne gleichwertige Gegenleistung auf den Vorteil vorgeschobener Ausgangspositionen für den atomaren Krieg verzichten, und daß Europa ohne Äquivalent den Schutz der USA aufgibt und dafür in eine „Schutzorganisation“ eintritt, die — trotz aller möglichen Garantiebestimmungen und allein auf Grund der strategischen Geographie — von der Sowjetunion und deren Satelliten beherrscht wäre . . .

Bislang sieht es keineswegs so aus, als ob man im Kraml für solche Selbstverständ-

lichkeiten ein Organ hat. Damit erhebt sich denn die Frage, ob der archimedische Punkt des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses noch andere Möglichkeiten bietet.

Diese Möglichkeit liegt in einer Politik, die — von einem geeinten Westeuropa betrieben — die Neutralisierung eines zur Selbstverteidigung fähigen Gesamt-Europas anstrebt. Der wesentliche Grund, den man gegen den Realismus einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands einwenden kann — die Tatsache, daß Gesamtdeutschland für die Maßstäbe des atomaren Krieges einfach zu klein ist, um von den Sowjets als Handelsobjekt akzeptiert werden zu können — gilt für Europa nicht. Die Neutralisierung Gesamt-Europas würde eine echte Entlastung der sowjetischen Verteidigung darstellen. Sie würde den sowjetischen Generalstab von dem Alpdruck befreien, bei einer atomaren Auseinandersetzung mit einem schweren Handicap kämpfen zu müssen. Es gäbe im Westen der eurasischen Ländermasse keine amerikanischen Flugzeugstützpunkte mehr, und das Duell um die Weltherrschaft könnte unter gleichen Bedingungen auf dem polaren Paukboden stattfinden, an dessen Rändern die beiden Weltherrschafts-Aspiranten einander gegenüberliegen.

Sicher aber wäre es so, daß die Existenz eines ausreichend bewaffneten Europas schon genügen würde, ein Duell um die Weltherrschaft überhaupt zu verhindern. Europa würde zwischen den beiden Aspiranten als Zünglein an der Waage funktionieren und sein Gewicht immer dahin legen, wo ihm sein eigenes Hauptinteresse — und das wäre zweifellos der Weltfrieden — am meisten geachtet erschiene. Für eigene Weltherrschaftsansprüche zu klein, als Risikofaktor aber selbst nach den Maßstäben des atomaren Krieges groß genug — hätte Gesamt-Europa gerade die Größe und die Kleinheit, die für eine ausgleichende Funktion zwischen den USA und der UdSSR notwendig wären.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Neutralisierung eines zur Selbstverteidigung fähigen Europas zweifellos eine vage Möglichkeit. Sie ist aber die einzige, die angesichts der sowjetischen Verblendung Europa aus eigenem Willen anstreben und unter Inanspruchnahme amerikanischer Hilfe verwirklichen kann. Bei der im Grunde friedfertigen und für plausible Lösungen zugänglichen Natur der amerikanischen Politik sollte es nicht unmöglich sein, die Amerikaner für die Großplanung einer solchen Politik zu gewinnen. Sie kommt im übrigen dem vitalen Wunsch der Amerikaner nach einem Desengagement aus den Querelen anderer Kontinente so weit entgegen, daß man schon aus diesem Grunde auf eine wohlwollende Aufnahme in Washington rechnen kann. Man sollte sich dabei immer vergegenwärtigen, nach wie langem Zögern und nach wievielen Beweisen sowjetischer Unlauter-

keit sich die USA endlich entschlossen hatten, in Europa und Asien Militärrallianzen zu schaffen. Es war viel dazu notwendig gewesen, den Amerikanern die Neigung zum Isolationismus auszutreiben. Das Notwendige lieferte die Sowjetunion mit wahllos über den Kontinent verstreuten Gewalttaten im reichlichen Maße. Sie sollte sich jetzt nicht beklagen, daß man schließlich in Washington mißtrauisch wurde.

Es ist keineswegs sicher, daß die nach der Neutralisierung eines bewaffneten, geeinten Europas strebende Politik ihr Ziel erreicht: die Herstellung eines Gleichgewichtszustandes in der Welt und die Rückgabe Osteuropas an Europa. Aber eine solche Politik tut das, was eine politische Großplanung vernünftigerweise tun kann: Sie stellt die Mittel bereit, um in einem gegebenen Augenblick für die Erfassung einer günstigen Konstellation bereit zu sein. Sie ist keine Prophezie, sondern bezieht eine Wartestellung, in der Westeuropa sich solange mit dem minderen Vorteil — es wäre in diesem Falle vereinigte Selbstbewaffnung plus Bündnis mit den USA — begnügt, bis eine Situation eintritt, die das Erreichen des größeren Zieles begünstigt. Politik ist ihrem Wesen nach alternativ. Sie muß immer mehr als nur eine Möglichkeit des Weiterkommens zur Verfügung haben. Der Krieg dagegen ist seinem Wesen nach auf eine und nur eine Lösung abgestellt. Die nach Neutralisierung eines bewaffneten Gesamt-Europas strebende Politik ist insofern ihrem Wesen nach echte Politik: Sie hat mehr als nur eine Möglichkeit des Weiterkommens. Sie hat die ziemlich konkrete Möglichkeit, Westeuropa in Zusammenarbeit mit den USA Sicherheit zu verschaffen; sie hat die sicher vage, aber immerhin doch einzukalkulierende Chance, eines Tages ein Gesamt-Europa zu schaffen, das seinen Menschen endlich wieder ihr Recht auf eigenständiges Leben zurückgibt.

Die Chance liegt in dem Verlangen der Sowjetunion nach Räumung Westeuropas und des Mittelmeerraumes von amerikanischen Stützpunkten. Diese Chance kann aber nur von einem geeinten Westeuropa wahrgenommen werden. Die Maßstäbe des atomaren Krieges haben Nationalstaaten von der Ausdehnung der westeuropäischen ein für alle Mal als souveräne Faktoren der Weltpolitik ausgeschaltet. Rückgriffe auf nationale Souveränitäten im Stil der Politik der vergangenen Jahrhunderte sind weiter nichts als Romantizismen, und die Erfolge, die etwa Mendès-France in letzter Zeit errungen hat, sind letzten Endes insofern täuschend, als sie eigentlich nicht mit dem eigenen nationalen Potential Frankreichs erzielt worden sind, sondern mit Balanceakten, deren Gewicht nicht Frankreich, sondern der UdSSR, Rotchina und den USA gehörten.

In der Tat hat der Krenl immer wieder demonstriert, daß er letzten Endes vor

nichts anderem Respekt hat als vor echter Kraft. Wenn der Ostblock in Indochina Zugeständnisse machte, so nicht mit Rücksicht auf Frankreich, sondern in Anerkennung der Tatsache, daß er mit den Vereinigten Staaten rechnen mußte. Ohne die USA wäre Frankreich kein Verhandlungspartner für die UdSSR gewesen. In dieser Haltung des Krenl steckt ein Stück gesunder Moral. Die Anerkennung dieser Tatsache schließt sogar die Konsequenz ein, daß man es den Sowjets letzten Endes nicht verargen kann, wenn sie sich weigern, einem mit sich selbst zerfallenen Europa Zugeständnisse zu machen. Es könnte katastrophale Folgen für den Weltfrieden haben, wenn einem balkanisierten Europa aus purer Sentimentalität eine Stellung zurückgegeben werden würde, die es aus mangelnder Selbstkontrolle nicht wahrnehmen könnte. Das könnte dazu führen, daß die europäischen Querelen eines Tages den Stoff für den ersten Auftritt des großen Welt dramas abgeben würden — für den dritten, atomaren Weltkrieg.

Nur wenn Europa nachweisen kann, daß es Selbstbeherrschung zu üben vermag, daß es für seine nationalstaatliche Struktur ein übergeordnetes Prinzip zu finden und zu konstituieren in der Lage ist, hat es nicht nur ein sentimentales, sondern auch ein „moralisches“ und realpolitisches Anrecht auf Freiheit von sowjetischer Gewaltherrschaft und amerikanischer Bevormundung. Die moralische Berechtigung dieses Anspruchs wird legitimerweise daran errechnet, ob Europa zu einem konstituierenden Element des Weltfriedens werden kann. Das wird es sicher nicht sein, wenn es weiterhin seinen Streitigkeiten um längst überholte wirtschaftliche, strategische und volkstumpolitische Objekte nachgeht wie dem Saargebiet, dem Teschener Gebiet, Südtirol, der Dobrudscha usw. Wenn Europa darin ein erstrebenswertes Ziel sieht, sich wieder in Freiheit um Landstreifen zu zanken, die man von einem modernen A-Bomber kaum in einem Atemzug wahrnehmen kann, hätte in der Tat die Sowjetunion nicht nur ein Recht, sondern geradezu die Pflicht, im Interesse des Weltfriedens ihre Gewaltherrschaft in Osteuropa aufrechtzuerhalten. Das ist denn auch der wahre Kern jener im übrigen simplifizierenden und propagandistisch entstellenden Parole der sowjetischen Europapolitik, die vor den „deutschen Ravanchisten, Militaristen und Faschisten“ warnt. Wahr daran ist in der Tat, daß die nationalstaatliche Struktur Europas einfach zwangsläufig — keineswegs allerdings aus Böswilligkeit irgendeiner bestimmten Gesellschaftsschicht — alle jene verstaubten Irredenta-, Hegemonie- und Erbfeindkomplexe begünstigt, die Alt-Europa und dem Weltfrieden zum Verderben wurden. Europa hat in Westeuropa nachzuweisen, daß es souverän ist in dem Sinne von innerer Selbstbeherrschung.

Tatsächlich liegt denn auch das eigentliche Problem der Politik zur Erlangung eines bewaffnet geeinten Europas nicht so sehr bei dem positiven oder negativen Willen der beiden großen Weltmächte USA und UdSSR als vielmehr bei der Entschlossenheit der Europäer selbst.

SIMPLICISSIMUS

K. H. Neß: „Die alte Fahne“ (18. Dezember 1954).

Die SPD hatte heute eine Kundgebung. Kuddel wollte auch hin. „Muddl“, sagte er, „kommst heute abend mit zu die Partei-kundgebung?“

„Ach, Vadder“, sagte sie, „du bist nun schon 55 Jahre inne Partei, nun laß uns heut doch mal in Ruh, is doch grad 'nen Sonnabend!“

„Nein“, sagte Kuddel entschieden, „ich muß hin, ich muß doch die Fahne tragen! Muddl, weißt doch, is 'ne ganz alte Fahne. Schon 1863 ...“

„Ja, Vadder, hascha rech, aber ich bleib lieber zu Haus. Und nu trink mal deinen Kaffee erst aus!“

„Aufn Deckel müssen die mal wieder was haben. Die werden jscha immer frecha in Bonn. Nu wolln sie sogar schon das Streiken vabiddn!“

„Ischa unerhört“, sagte Muddl und legte das Kartoffelschälmesser beiseite. —

Die Kundgebung war zu Ende. Die Menschen strömten nach Hause. Und viele trugen eine rote Fahne wie Kuddel. Doch waren die anderen Fahnen nicht so alt wie seine. Und darauf war er stolz.

„Ah, Vadder is wedder dor.“

„Dor hest bie sien mödn.“ Kuddel strahlte. „Vo mi stund de Redna, und ick achter em mit de Fahn.“

„Genossen“, häd he sächt. Und „Reakschonähre und klerikales Gesindel“, häd he sächt. „Zusammenhalten müssen die Arbeiter“, häd he sächt.

Oh, Muddl, nu is mich auch wieder ganz wohl.

Und zum Schluß war da noch einer, son ganz junger, son richtigen Intellektuellen. Er wär ja an sich für uns, hat er gesagt, aber die roten Fahnen wärn doch wohl 'nen büschen altmodisch.

Muddl, das hättst hörn müssen. Den hat er aber Bescheid gegeben. Von der alten Tradition der Fahnen hat er gesprochen und von der ruhmreichen Arbeiterbewegung, und daß da schon imma Fahnen wärn, und zwar rote. Da hättst den mal sehn müssen, den Intellektuellen.

Vollkommen fertig war er. Nischt hat er mehr gesagt, so fertig war er. Und dann ist er abgehauen.

Brauch jscha nich zu uns komm, wenn ihn das nich paßt mit de roten Fahnen — SPD-Kundgebung, ohne rote Fahnen, is wohl ganz und gar verrückt geworden.“

KRITIK

Toynbee's Theologie der Geschichte

Arnold J. Toynbee: „A Study of History“ (volumes VII, VIII, IX, X), Oxford University Press, 1954.

Professor Toynbee hat sein großes Werk „Studium der Geschichte“ vollendet; es ist eindrucksvoll und voller Gelehrsamkeit. In der Hauptsache fügt Toynbee den historischen Kategorien, wie sie die früheren Bände entwickelt hatten, gewisse dynamische Elemente zu. Seine historischen Kategorien sind ja inzwischen allgemein bekannt: Geschichte muß als Geschichte von Zivilisationen geschrieben werden; Zivilisationen bewegen sich in Rhythmen von „Herausforderung und Antwort“ (Challenge and Response). Sie werden von schöpferischen Minoritäten geführt, die in dominierende Minoritäten zerfallen, alsdann setzt eine Epoche von Schwierigkeiten (Time of Troubles) ein, welche die Zivilisation in Kleinstaaten auflöst; durch den Mechanismus von „Zurückziehen und Wiederkehr“ (Withdrawal and Return) kann das Leben einer Zivilisation gerettet werden, trotz des Zwiespalts zwischen der dominierenden Minorität, die einen Universalstaat errichtet, und dem inneren Proletariat, das einer Universalreligion anhängt; doch zu diesem Zeitpunkt besteht die Gefahr, daß ein äußeres Proletariat neue Ideen und neue Lebenshaltungen hervorbringt, die den Universalstaat vernichten. Toynbee verwendet selbstredend die Kategorie „Proletariat“ durchaus nicht im Sinne der Marx'schen Theorie.

Toynbee hat seine historischen Kategorien aus einem Studium der griechischen und römischen Zivilisation gewonnen. Man hat oft gegen ihn eingewendet, daß er trotz seiner angeblich vergleichenden Methode im Grunde nur eine Bestätigung für Ideen gesucht habe, die für ihn von vornherein feststanden.

Die neuen Bände ändern tatsächlich in keiner Weise Toynbees fundamentale Kategorien, obwohl sie ihnen etwas mehr Fülle geben. Der siebente Band der „Study of History“ untersucht Universalstaaten und Universalreligionen; der achte Band analysiert heroische Zeitalter und Berührungen zwischen Zivilisationen im Raum; der neunte Band prüft die zeitlichen Berührungen von Zivilisationen und die Bedeutung von Recht und Freiheit in der Geschichte sowie die Zukunftsmöglichkeiten der westlichen Zivilisation; der zehnte Band schließlich gibt eine selbstdarstellende Beschreibung geschichtlicher Inspirationen — von Tukydides über Gibbon zu Toynbee.

Ich fand diesen Teil des massiven Werkes besonders aufschlußreich. Man kann sich

nun eine gewisse Vorstellung machen, welche Werkzeuge der Verfasser verwendet hat. Zweifellos hat er sehr viele benutzt, aber seine Wahl erscheint gelegentlich willkürlich: Man muß sich fragen, wie es möglich ist, eine vergleichende Geschichte von Zivilisationen zu schreiben, ohne von den Werken Vicos, Max Webers oder Ernst Troeltschs zu sprechen, Namen, die in Toynbees zehn Bänden nicht einmal erwähnt sind. Ich wäre auch von der Haltbarkeit von Toynbees Behauptungen mehr überzeugt worden, wenn er sich gegen so prinzipielle, kritische Einwendungen, wie sie von den Professoren Peter Geyl¹⁾ und Lucien Febvres²⁾ vorgebracht worden sind, verteidigt hätte.

Toynbee läßt sich jedoch nur herbei, auf einige kritische Bemerkungen in Collingwoods nachgelassenem Werk „*Idea of History*“ einzugehen, aber seine Antwort widerlegt in keiner Weise Collingwoods prinzipielle Einwände.

Niemand, der ein so umfassendes Werk schreibt, kann alle Bücher gelesen haben, die ein spezialisierter Soziologe in seinem kleinen Teilgebiet nützlich gefunden haben mag. Aber man wundert sich doch, daß kein Werk von dem Sinologen Granet oder von dem bahnbrechenden Erforscher des Mittelalters, Marc Bloch, erwähnt sind. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Toynbee sich nach Empfang seiner Intuition geweiht hat, etwas anzunehmen, was seinen ursprünglichen Plan gestört hätte. Es ist deshalb nicht zufällig, daß der Entwurf des Gesamtwerkes während zwanzig Jahren unverändert geblieben ist. Diesen Eindruck möchte ich noch durch ein anderes Beispiel illustrieren. Wenn ich mich nicht irre, ist es nur ein modernes philosophisches Buch, das Toynbee geholfen hat, seine Philosophie zu formulieren. Dieses Werk ist Bergsons „*Die zwei Quellen der Moral und der Religion*“. Sicherlich ein sehr bedeutendes Werk, das aber die philosophische Entwicklung zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts abschließt: die sogenannte Lebensphilosophie. Seit diesem Zeitpunkt ist eine bedeutende philosophische Bewegung begründet worden, für die Dilthey und Max Scheler als symptomatisch gelten können. Beide Denker haben uns gelehrt, daß philosophische Struktur und Historizität zur Synthese kommen können. Doch wenn Toynbee als Historiker schreibt, ist er völlig unphilosophisch, und wenn er als Philosoph schreibt, ist er völlig unhistorisch. Er akzeptiert zu bereitwillig eine Methode, die bereits veraltet war, als er die erste Zeile seines umfangreichen Werkes schrieb.

1) „*Toynbees System of Civilisation*“, in *Journal of the History of Ideas*, vol IX., p. 93-124, New York, 1948.

2) „*Deux Philosophies opportunistes de l'histoire: De Spengler à Toynbee*“, in *Revue de Métaphysique et de Morale*, XLIII, 1938; jetzt wiederabgedruckt in *Combats pour l'histoire*, Paris, 1953.

Wenn man so grundsätzlich zögert, Toynbees Methode zu akzeptieren, ist es nicht angebracht, ausführlicher der geringen Hoffnung Raum zu geben, die er für uns bereit hält: nämlich, daß sich die vier großen Weltreligionen, die heute noch lebendig sind, zu einer Art „Überreligion“ zusammenschließen sollen, in der Osten und Westen sich versöhnen würden.

Ich möchte mit Lucien Febvres Kritik an Toynbees Werk schließen, die heute ebenso gültig ist wie im Jahre 1936: „Und was die dem Toynbeeschen Buche innewohnende Behauptung betrifft, die er nicht formuliert, aber die sich auf jeder Seite seines Buches ausdrückt: Die Geschichte wiederholt sich — jawohl. Die Geschichte wiederholt sich in der Tat. In dem ganzen Ausmaß, wie es der alte Bibliothekar dem sterbenden Schah gegenüber ausdrückt: Der Herrscher hätte so gern im letzten Augenblick seines Lebens alles über Geschichte gewußt. ‚Mein Fürst‘, sagte der weise Greis, ‚mein Fürst, die Menschen werden geboren, lieben sich und sterben.‘“

Prof. J. P. Mayer, London.

Frieden — eine reale Chance?

Arnold J. Toynbee: „*Krieg und Kultur. Der Militarismus im Leben der Völker*“. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart, 1951, 169 Seiten, kartoniert 4,80 DM.

Ein neuer Krieg wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung der abendländischen Kultur. Das Gefühl, daß ein Weltfrieden unumgänglich notwendig ist, wurzelt deshalb tief in den Herzen der Menschen. Die Erfahrungen der Vergangenheit sind so furchtbar, daß man eigentlich annehmen sollte, das Maß der eigentlichen Auseinandersetzungen sei voll; die Menschheit sei von dem Wahn, ihre Probleme mit dem Schwert lösen zu können, endlich geheilt; doch beharrt uns die Unruhe in der internationalen Politik eines anderen.

Der Krieg hat „eine heimtückische Art, nicht untragbar zu erscheinen, bis er die ihm Ergebenen so fest in der Gewalt hat, daß sie nicht mehr imstande sind, sich von ihm freizumachen, wenn sie erkannt haben, daß er zur Vernichtung führt“. Diese düsteren Worte Toynbees gelten um so mehr, als die heutige Gesellschaft in der Lage ist, die Natur in ihren Dienst zu stellen, die menschliche Arbeitskraft in beinahe unmenschlicher Weise zu organisieren und damit ihre Wirtschaftskraft ins Ungemessene zu steigern, so daß sie alle Kräfte und Hilfsmittel für den Krieg freimachen kann, der sich immer mehr als unersättlicher Moloch, als Krebsgeschwür darstellt, das Sieger und Besiegtem zum Verhängnis wird. Noch ist es Zeit, so scheint es, dem 3. Weltkrieg vorzubeugen. Aber es ist nicht zu überschauen, daß diejenigen, die sich eine Politik ohne Blut und Eisen nicht vorstellen können, überall starken Auftrieb

erhalten — im Widerspruch zu dem unabänderlichen Gesetz des Lebens: Wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen. Im bisherigen Verlauf der Geschichte wurde jeder, der an den Erfolg der Waffen glaubte, selbst wenn er nach anfänglichen Erfolgen vermeinte frohlocken zu dürfen, in den Abgrund geschleudert — und mit ihm die Gesellschaft, die sich der Illusion hingab, ihre Kultur mit Gewalt vor dem Verfall bewahren zu können.

Toynbee hat die Niedergangsstadien bekannter Kulturen untersucht und ist dabei zu dem Schluß gelangt, daß der Krieg das Instrument der Selbstvernichtung des Menschen, der Schlüssel zum Verständnis aller kulturellen Verfallserscheinungen ist. In seinem Buch ruft er das unheimliche Karma, dem die blutbefleckten Schwertklingen seit eh und je verhaftet sind, klar in das Bewußtsein der heutigen Menschheit.

Toynbee unterscheidet in der Reihe der immer heftiger, immer grausamer werdenden abendländischen Kriege der Neuzeit zwei Epochen, die zeitlich durch eine „Ruhepause“ voneinander getrennt und durch einen Unterschied des Zieles ihrem Wesen nach andersartig sind. Die erste Folge stellten die Religionskriege dar, die im 16. Jahrhundert ausbrachen und hundert Jahre später aufhörten, die zweite die Volkskriege, die im 18. Jahrhundert begannen und noch die Geißel des 20. Jahrhunderts sind. Beide Epochen sind voneinander getrennt durch ein Zwischenspiel „gemäßigter Kriege“, die zum „Zeitvertreib der Könige“ geführt wurden. In diesem Schauspiel in drei Akten sieht Toynbee das Beispiel einer auf einen kulturellen Niedergang folgenden „Zeit der Wirren“ mit ihren Anfälligkeiten und einer dazwischenliegenden „Atempause“. Die Geschichte habe gezeigt, sagt er, daß der erste Anfall — die Religionskriege — bei allen Schrecknissen, die sie verbreiteten, doch weit weniger heftig war als der zweite — die Volkskriege —, der entflammte nationale Fanatismus, der die heutige Menschheit „auszeichnet“. Wenn die Übereinstimmung zwischen der neueren Geschichte der abendländischen Kultur und der Geschichte der „Zeit der Wirren“ anderer Kulturen sich bis auf das Chronologische erstreckt, dann sei anzunehmen, daß die abendländische Zeit der Wirren im 20. Jahrhundert zu Ende geht. „Diese Aussicht kann uns zittern lassen. Denn in anderen Fällen ist der große Abschluß, der eine Zeit der Wirren beendet und einen Universalstaat eingeleitet hat, ein selbst beigebrachter Todesstoß gewesen, von dem sich die betroffene Gesellschaft niemals wieder hat erholen können. Müssen auch wir unseren Weltfrieden für diesen schrecklichen Preis einkaufen?“

Von der Beantwortung der Frage, ob der Krieg seinem Wesen nach und unabänderlich als solcher ein Übel ist, hängt das Schicksal unserer Kultur ab. Ausschlag-

gebende Bedeutung in diesem Zusammenhang hat das Bekenntnis zu „soldatischen Tugenden“, das sich, wie Toynbee meint, keineswegs auf eine bestimmte Klasse beschränkt, sondern in jeder gesellschaftlichen Gruppe seine Anhänger hat. Um den „Wert“ dieser „Tugenden“ zu erfassen, muß man sie in dem ihnen gemäßen sozialen Rahmen sehen. Bei einem Vergleich des Krieges mit der Jagd wird sichtbar, was gemeint ist: Der Jäger übte in vorgeschichtlicher Zeit eine lebensnotwendige Funktion in der Nahrungsmittelbeschaffung aus. Bei der Bedrohung durch plündernde Barbaren aber trug auch der Krieger dazu bei, das Leben erträglicher und Gerechtigkeit erreichbarer zu machen. Die besten Männer widmeten sich diesen Aufgaben und wurden geehrt, wie sie es ihren Leistungen entsprechend verdienten. Auf einer primitiven sozialen Lebensstufe ist die Jagd wertvoll und lebensnotwendig. Sie wird auf einer höheren Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung überflüssig, zu einem wirtschaftlich belanglosen Vergnügen für Mußestunden. „Sind wir nun zu dem Analogieschluß berechtigt, daß es eine Stufe auch des sozialen Fortschritts gibt, auf der der Krieg zu bloßer Verteidigung gegen unbeherrschte Feinde ebenso zu einem sozial gleichgültigen und müßigen — Militarismus wird?“ Toynbee daulet den Militarismus als Bereitschaft zum Krieg um seiner selbst willen in einer Zeit, in der er aufgehört hat, eine soziale „Notwendigkeit“ zu sein und auch als solche zu gelten.

Solange man den Krieg als „Zeitvertreib der Könige“ betrachtete, in der Ruhepause zwischen den beiden Anfällen also, stellte man ihn mit der Jagd auf eine Stufe. Als es dann im 19. Jahrhundert „anstößig“ wurde, bloß „zum Vergnügen“ zu kämpfen, zeichneten sich zwei Reaktionen ab. Die Pazifisten wollten das Übel vernünftigerweise ganz abschaffen, die Militaristen waren der Ansicht, daß der Krieg dann zu ertragen sei, wenn er einen ernsthaften Zweck habe. Es fehlte nicht an Gründen, ihn zu „legitimieren“. Das bemerkenswerteste „Argument“ stammt von Moltke: „Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ist ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.“ Diese „heldische“ Lebenshaltung zog Millionen junger Menschen, denen es an einer anderen geistigen Nahrung fehlte, in ihren Bann. Die gelstige Leere, die diesen Zustand bedingte, führt Toynbee auf den Abfall des abendländischen Menschen vom Christentum, von der herkömmlichen christlichen Sittlichkeit, zurück. Auf der Suche nach einem neuen „Gott“ habe der Mensch als Ersatz nur eine Spielart der primitiven Vergötzung

des Stammes, den totalitären Territorialstaat, gefunden, dem er sich in heidnischer Verehrung unterwarf. Hier aber ist die Pflege der soldatischen Tugenden eine Pflicht und die Verherrlichung des Krieges ein grundlegender Glaubenssatz. Die Frage ist heute, so meint Toynbee, ob das Christentum noch die Macht habe, „die Seele des abendländischen Menschen aus den Klauen eines scheußlichen und zerstörerischen Heidentums zu befreien, indem es ihm noch einmal eine bessere positive Möglichkeit bietet.“ Etwas Geschaffenes kann nie an sich, seinem Wesen nach und unabänderlich böse sein, da es stets als Gefäß für die Tugenden dienen kann, die vom Schöpfer ausgehen. „Die soldatischen Tugenden sind Tugenden, wenn sie auch in Blut und Eisen gefaßte Edelsteine sind, denn der Wert liegt in den Steinen selbst, und nicht in der furchtbaren Fassung.“

Die Ursache für den Niedergang zahlreicher Kulturen, der vier oder fünf Jahrtausende kennzeichnet, war in den meisten Fällen der Militarismus, der die Einzelstaaten, in die sich die Gesellschaft gliedert, in Konflikte miteinander brachte. Toynbee zeigt das Wesen, das Verhängnis, das Selbstvernichtende des Militarismus an der Geschichte Spartas und Assyriens, an den Reichen Timurs, Karls des Großen, an Ninive, am alten Rom. Er heilt die Zusammenhänge zwischen der Perfektionierung der Kriegstechnik und dem Verfall der Kultur auf. Die Parallelen zur Gegenwart sind zwingend. Wird es gelingen, das ist die Frage, den Militarismus des 20. Jahrhunderts zu überwinden, oder wird auch unsere „Zeit der Wirren“ — getreu ihren historischen Vorbildern — mit der völligen Vernichtung der abendländischen Kultur enden?

rb., Köln

Christentum und Abendland

„Das Problem ist nicht die Atomenergie — das Problem ist das Herz des Menschen.“

Albert Einstein

Klemens Brockmüller S. J.: „Christentum am Morgen des Atomzeitalters“. Verlag Josef Knecht, Frankfurt, 1954, 264 Seiten, Leinen 9,80 DM.

Es fand einen ungewöhnlich großen Leserkreis, das Buch von Klemens Brockmüller „Christentum am Morgen des Atomzeitalters“. Offenbar gibt es noch genügend Menschen, die sich nicht mit demagogischen Parolen über die Zusammenhänge von Religion und Politik zufrieden geben, sondern zu den eigentlichen Problemen vorstoßen möchten. Dazu leistet das Werk Brockmüllers eine gute Hilfe. Der Verfasser nimmt die Phraseologie des politischen Tageskampfes ernst. Aber gerade deshalb bleibt er nicht bei den vereinfachenden

Dualismen der vordergründigen Auseinandersetzung stehen. Er versucht, den Schwulst kulturpolitischer Scheinargumente zu durchstoßen, um die historische Bedingtheit unserer Situation und die Motive für unsere Frontstellungen aufzudecken.

Brockmüller hat den Mut, die Kernfrage nach dem Verhältnis von Christentum und abendländischer Kultur rückhaltlos anzugehen. Wenn auch seine Ausgangsposition als Jesuit eindeutig ist, so vermag er doch kritisch zu sehen und für andere Standpunkte dialektisches Verständnis aufzubringen. Er flüchtet nicht in restaurative Beruhigungsfloskeln. Der bequemere Weg ist ihm verdächtig. Ausdrücklich hebt er hervor, daß es nicht nur ein politisches Unglück, sondern auch widerchristlich ist, wenn sich die Vertreter dieses Christentums mit den bestehenden Mächten und ihrer Kulturform identifizieren. Denn Gott ist nicht nur im Gewordenen, er ist auch im Werdenen.

Darum fordert Brockmüller Offenheit für die Veränderungen und für das Neue. Dies erscheint ihm besonders notwendig, weil die abendländische Kultur in ihrer neuzeitlichen Ausprägung des 19. Jahrhunderts einen liberal-individualistischen Charakter angenommen hat. Brockmüller sieht das Bedenkliche der Sachlage darin, daß sich die religiösen Institutionen und Glaubensinterpretationen dieser Entwicklung angepaßt haben. Aus dieser Sicht ist die vielpropagierte Rettung des Abendlandes durch das Christentum und umgekehrt in sich widersinnig.

Brockmüller hebt weiter in aller Schärfe hervor: Kulturgeschichtliche Bedrohung muß als heilsgeschichtliche Fügung verstanden werden. Das Christentum hat schon manche Kulturen überlebt. Würde es sich an einen periodisch bedingten Kulturzustand binden, müßte es mit diesem untergehen. Durch die Gleichsetzung mit einer kolonialimperialistischen und kapitalistisch beengten Kultur nähme es eine unnötige Belastung seines Ansehens auf sich. Außerdem kann in einer solchen Bindung nur ein Zeichen für das Fehlen des Vertrauens in die eigene Kraft gesehen werden.

Die Liberalisierung des „zeitgemäßen“ Christentums wird, sagt Brockmüller, an der Tendenz deutlich, die christliche Lehre gesinnungsmäßig und nicht selbstmäßig zu verstehen. Nur selten wird der Offenbarungsglaube an die Gottessohnschaft ernstgenommen. Dieses fundamentale Verfehlen des christlichen Anliegens hat den Blick auf das Wesentliche verstellt und das Christentum zum „Nachtwächter der abendländischen Kultur“ gestempelt. Man hat nur noch die äußere Form im Auge, aber nicht mehr die Idee. Demgegenüber betont Brockmüller, daß es nicht eine christliche Kultur gäbe, son-

dern daß es die Aufgabe des Christentums sei, alle Kulturen „auf die Ebene gottmenschlicher Verwirklichung“ zu heben.

Derartige Formulierungen bleiben nicht rhetorisch-propagandistisch, Brockmüller zieht daraus Konsequenzen. Sie werden spürbar, wenn er auf die innere Verwandtschaft von Christentum und Marxismus hinweist. Das bedeutet eine Neugliederung der Positionen. Der tiefere Graben liegt danach nicht zwischen Christen und Sozialisten, sondern zwischen denen, die beides recht verstehen und denen, die beides mißbrauchen. Intensität und Tiefe der Einsicht sind entscheidender als Richtung und Dogmentreue.

Die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Sozialismus hat sich nach Brockmüller nicht notwendig aus den Grundauffassungen ergeben, sondern aus den historischen Umständen. Das Christentum war dem Individualismus der Liberalen verfallen, und der Sozialismus suchte im Kollektivismus den extremen Gegenpol. Materialismus und individualistischer Liberalismus sind aber nur verschiedene Seiten desselben Übels. Ihre Übersteigerungen sind die Folge des Anspruchs auf Autonomie des Menschen und ergeben sich notwendig aus dem Verzicht auf die Bindung an ein Transzendentes.

Demgegenüber gibt es nur die Lösung durch einen „dritten Weg“. Den allerdings macht sich Brockmüller zu leicht. Er stellt die personale Würde des Menschen heraus und fordert, der Mensch solle Einzel- und Gemeinwesen zugleich sein und so zu einer Gemeinschaftskultur beitragen. Die personale Würde soll sich nicht auf schematisch gleichberechtigte „Gesellschafter“ gründen, sondern auf die Glieder der Gesellschaft in ihrem funktionalen Bedeutungswert. Die Gemeinschaft vertritt so nicht nur die Interessen der einzelnen, sie hat einen Eigenwert.

Brockmüller entwirft diese Zukunftsordnung, obwohl er die grundlegenden Veränderungen unserer Gesellschaft deutlich sieht. Seine Zustandsbeschreibung „am Morgen des Atomzeitalters“ zeigt, daß er das Charakteristische der Lage erfaßt hat. Dennoch muß seine Antwort unzulänglich erscheinen. Ihm kann zwar nicht widersprochen werden, wenn er Mitbestimmung und Partnerschaft als Versuche hinstellt, die mehr der christlichen Soziallehre entsprechen als der sozialistischen Konzeption. Aber das Ideal seiner „Betriebsgemeinschaft“ bleibt eine zeitfremde und unechte Idylle. Sie paßt nicht auf die immer abstrakter werdenden Gesellschaftsstrukturen. Sie zeigt nicht den Weg, der über die Alternative Kapitalismus oder Syndikalismus hinausführt. Sie verlangt die Fähigkeit, Freiheit und Ordnung jeweils in ein angemessenes Verhältnis zu-

einander zu bringen. Darum ist sie nur sinnvoll und haltbar, wenn sein Ziel — die Einheit der Menschen vor Gott, die Gottesfamilie — Wirklichkeit ist, wenn die Arbeit als Gottesdienst verstanden wird.

Wie aber soll das erreicht werden? Die Mittel, auf die Brockmüller verweist, zeigen die Problematik seines Leitbildes. So soll das Kultische im Gottesdienst wieder Bedeutung bekommen gegenüber dem „internen Bemühen um Seelenkultur“. Das Kultische ist aber noch immer der Massensuggestion verfallen. So drängt sich das Bedenken auf, daß Brockmüllers Forderung, der Mensch müsse zum Personcharakter finden durch das „gemeinsame Du auf Gott“, eine Überforderung des Menschen ist, ebenso wie die altsozialistische Vorstellung „Der Mensch ist von Natur aus gut, darum braucht er keinen Gott“. Der Unterschied wäre nur, daß die christliche Masse eine konkret gebundene ist.

Diese konkrete Bindung ist von größerem Gewicht, als Brockmüllers Darstellung erkennen läßt. Hier drückt sich eine Fehlinterpretation aus. Der dialektische Materialismus Marxscher Prägung setzt das erkenntnistheoretische Verhältnis von Denken und Sein nicht der ontologischen Beziehung von Geist und Natur gleich. Er sieht darum im Geistigen auch durchaus eine Wirklichkeit und schließt auch die Frage nach dem „ersten Beweger“ keineswegs aus. Im Unterschied zum Christentum sieht er sich nur nicht veranlaßt, diese Frage zu beantworten, auch nicht mit dem persönlichen Gott und der Dreieinigkeit. Damit stehen sich aber, wenn wir Brockmüller beim Worte nehmen, der so denkende „Materialist“ und der ontisch denkende Christ immer noch nahe. Undiskutabel sind für beide nur die vulgärmarxistische Verleugnung der Transzendenz schlechthin und das Sonntagschristentum der moralischen Selbstrechtfertigung, das „Gott als Versorgungsminister“ versteht.

Die Frage bleibt allerdings, ob es berechtigt ist, diese Übelstände dem Rationalismus der Neuzeit zur Last zu legen, wie Brockmüller es tut. Wenn das Gebet „Dein Wille geschehe“ nicht erfüllungsbereit, wie es sinngemäß wäre, sondern resigniert gesprochen wird, und wenn immer wieder die Frage zu hören ist „Warum ließ Gott so Schlimmes zu?“, dann geht das doch wohl auf die Natur des Menschen zurück und ist nicht das Gift unseres Jahrhundert allein. Ein anderes Beispiel bestätigt dies. Brockmüllers Forderung, Christ sein bedeute, alle Lebensbereiche von der christlichen Ganzheit her und auf die christliche Ganzheit hin zu durchdringen, ist nicht neu und auch von einer immanenten Rechtmäßigkeit. Aber sie ist nur allzuoft nicht als Auftrag zu überzeugen

verstanden worden, sondern man glaubte, ihr mit den Mitteln der sanften oder offenen Gewalt gerecht werden zu können.

Dem entspricht es — wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen —, daß der Bolschewismus, wie Brockmöller feststellt, ein pseudoreligiöser Glaube, eine atheistische Erlösungslehre ist. Schon Dostojewskij sah das. Wir haben es hier mit einer Säkularisation des Religiösen durch die Übertragung der transzendenten Wirklichkeit in die Utopie der weltimmanenten Wirklichkeit zu tun. Das ist solange wirksam, bis die „Verwirklichung“ zwangsläufig die Enttäuschung bringt, weil die Konzeption nur Wunschprojektion war.

Durch diese Entwicklung des Sozialismus zum Bolschewismus ist auch das kühne Unternehmen des dialektischen Materialismus, die Frage nach dem ersten Bewegter weder zu leugnen noch die Antwort zu konkretisieren, in der Breitenwirkung gescheitert. Das sollte aber auch deutlich machen, daß der heute am meisten zu hörende „Gottesbeweis“ — den auch Brockmöller aufgreift —, der Mensch brauche Gott und allein schon daraus lasse sich dessen Existenz ersehen, kein Beweis ist. Vielmehr kann der Hinweis allzu leicht im gegenteiligen Sinne ausgelegt werden. Gott als Alternative zum „Nichts“ ist kein Gott, sondern eine Funktion des Lebenserhaltungstriebes. Brockmöllers Hinweis auf die Offenbarung als Kriterium des Christseins dagegen ist tatsächlich als Maßstab zu nehmen. Die Glaubensfrage ist dann allerdings keine „Privatsache“ mehr. Das zu glauben, hieße den Charakter des Religiösen und seinen Seinsbezug verkennen. Glaubensauseinandersetzungen lassen sich nicht in „heilige Ecken“ verbannen. Sie werden aber, wenn man die Einsichten und Gedanken Brockmöllers auf sich wirken läßt, in angemessenerer Form ausgetragen. Und das würde, wenn wir die gegenwärtigen Formen dieser Auseinandersetzung betrachten, einen erheblichen Gewinn bedeuten. Dr. H. T., Essen.

Und die Alternative?

Winfried Martini: „Das Ende aller Sicherheit. Eine Kritik des Westens.“ Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 1954, 376 Seiten, Leinen 12,80 DM.

Die Kritik an der Demokratie ist so alt, wie die Demokratie selbst. Sie ist auch nicht weniger widerspruchsvoll als der Begriff oder die Summe von Begriffen, die in dem einen Wort „Demokratie“ recht wenig exakt zusammengefaßt werden. Winfried Martini hat das unzweifelhafte Verdienst, eine Zusammenfassung aller kritischen Argumente, die gegen die Demokratie vorgebracht werden können, gegeben zu haben, ein Verdienst, das sich noch vermehrt,

wenn berücksichtigt wird, daß Martini seine Kritik durchweg unter sehr aktuellen Gesichtspunkten vorträgt. Dabei ist sein Buch eine schriftstellerische Meisterleistung, ein glänzendes Plädoyer, das allerdings niemals vergessen läßt, daß der Advokat Partei ist.

Der schriftstellerische Glanz des Buches, das leider den nicht ganz korrekten Untertitel „Eine Kritik des Westens“ trägt, während es recht eigentlich eine Kritik der Demokratie zu sein bestrebt ist, läßt jedoch nicht vergessen, daß ein Übermaß von Überredung nicht geeignet ist, Überzeugung zu bewirken. Die Präzision der Denkmethode Martinis hat ihn nicht davor behütet, allzu gradlinig Argumente außer acht zu lassen, die ihm nicht in sein Konzept passen. Dennoch ist es kaum möglich, sein Buch nicht mit dem größten intellektuellen Genuß zu lesen.

Die Unterscheidung liberaler, rechtsstaatlicher und jakobinischer revolutionärer Elemente in der modernen Demokratie, einer der wesentlichen Grundgedanken Martinis, ist sicher nicht originell, aber eben auch nicht überzeugend. Die jakobinischen Exzesse können vom soziologischen Standpunkt aus nicht lediglich als zerstörerisch und negativ angesehen werden. Im größeren geschichtlichen Zusammenhang zeigt sich, daß der übertreibende Radikalismus ein Doppelgesicht hat. Er kann rein zerstörerisch wirken, er kann aber auch die Funktion haben, überalterte Zustände zu beseitigen und einer liberalen rechtsstaatlichen Entwicklung den Weg frei zu machen. Es scheint deshalb durchaus nicht so widerspruchsvoll und des Spottes wert, wenn gemäßigte liberale Demokraten in den Revolutionären von 1789 oder 1848 ihre Vorgänger gesehen haben.

Geschichte läßt sich nicht nach abstrakten und theoretischen Prinzipien aufspalten. Die Antinomie von rechtsstaatlichem Liberalismus und jakobinischem Demokratismus mag in jeder konkreten Form der Demokratie zu Hause sein. Das bedeutet durchaus nicht die Todfeindschaft beider Prinzipien. Man mag finden, daß sogar der Jakobinismus von Martini sehr ungerechterweise in Parallele zu anderen Entartungsformen der Demokratie gesetzt wird.

Im Jakobinismus steckt noch immer ein Stück echter Eschatologie, ein Stück Erlösungshoffnung, das den Idealen der Freiheit und Gerechtigkeit nicht negativ gegenübersteht. Im Nationalsozialismus hingegen ist die Parversion endgültig. Man tut wahrscheinlich deshalb selbst Robespierre unrecht, wenn man ihn mit Hitler vergleicht.

Martini hat der Versuchung nachgegeben, den Sieg Hitlers über die Weimarer Demokratie zum Modellfall des Versagens der Demokratie überhaupt zu nehmen. Er hat

dabei die besonderen historischen Gegebenheiten der Situation von 1932 nicht ganz vernachlässigt, aber er hat sie offenbar nicht richtig taxiert. Dieses spezifische Versagen liegt in seiner durchgehenden soziologischen Naivität oder, gelinder gesagt, der Ausklammerung des sozialen Gesichtspunkts begründet. Gelegentlich spricht Martini davon, daß eine Demokratie unter normalen sozialen Verhältnissen oder bei einer „intakten Gesellschaft“ allenfalls funktionieren könne. Er hat aber nicht deutlich gemacht, was er unter einer intakten Gesellschaft versteht, wenngleich offenbar wird, daß seine Sympathie abständigen patriarchalischen Zuständen gilt. Das ist der Grund dafür, daß die Situation von 1932 und der Zusammenbruch der Weimarer Demokratie abstrakt gesehen und daß überleitete Schlüsse allgemeiner Art aus einer einzigen konkreten Situation gezogen werden. Martini hätte gut daran getan, die besonderen ökonomischen und sozialen Verhältnisse beim Untergang der Weimarer Demokratie genauer ins Auge zu fassen.

Ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie sehr der Hang, einen Gedanken durchzuhalten, zu Einseitigkeiten und Irrtümern führt, bildet das geschlossenste Kapitel des Buches „Der überfragte Wähler“. Es werden hier Ergebnisse der Demoskopie herangezogen, um zu beweisen, daß der Wähler außerstande sei, die konkreten und differenzierten Probleme der modernen Politik zu beurteilen. Dabei übersieht Martini leider, daß Wählen nicht allein ein rationales Beantworten präziser politischer Einzelfragen ist, sondern ein Akt des Vertrauens. Der den demoskopischen Sonderfragen nicht gewachsene Wähler A wählt die Partei B und den Abgeordneten C deshalb, weil diese zu einem Menschenkreis gehören, in den er durch Tradition und durch täglich sich aktualisierende Vertrauensbeziehungen eingebettet ist. Daß er nicht in der Lage ist (was sehr zu bedauern sein mag), bestimmte politische Fragen zu beantworten, mindert den Wert eines solchen Wahlaktes keineswegs. Es muß ja endlich auch berücksichtigt werden, daß die Methode der demokratischen Wahl stets den Verzicht auf die Methode der direkten Gewaltanwendung einschließt, zu der wahrscheinlich gerade beim Uninformierten besondere Neigungen entstehen könnten. Es ist überdies schade, daß Martini dem überfragten Wähler nicht den überfragten Fachmann und Politiker gegenübergestellt hat. Martini betont, daß er nicht wünscht, seine Kritik durch praktische Rezepte zu komplettieren. Daß er zum Schluß aber doch dazu kommt, eine Diktatur nach der Art Portugals, also einen gemäßigten und konservativen autoritären Staat zu empfehlen, zeigt das ganze Dilemma, in das er geraten ist. Die Übertragung des portugiesischen Beispiels auf die hochindustriali-

sierten großräumigen Staaten in Europa, von Asien und Amerika ganz zu schweigen, verbietet sich von selbst. Nichts macht aber deutlich, wie Martini das von der Demokratie so sehr gefährdete Recht in einem Staat nach dem Muster Salazars sichern zu können glaubt.

Die Demokratie mag alle möglichen Gefahren haben, und unter sozialistischem Aspekt ist es sicher, daß eine „intakte Gesellschaft“ erst geschaffen werden muß, ehe Demokratie einwandfrei funktionieren kann. Die Demokratie ob ihrer Mängel zugunsten eines gemäßigten autoritären Staates zu beseitigen, gleiche aber dem Verfahren eines Mannes, der der Unvollkommenheit seiner Existenz wegen den Ausweg eines gemäßigten Selbstmords wählt.

Thomas F l e s c h e, Braunschweig

Die „Bibel“ der Sowjets

„Lehrbuch der politischen Ökonomie“, Staatsverlag für politische Literatur, Moskau, 1954.

Kürzlich erschien in der Sowjetunion das seit langem erwartete „Lehrbuch der politischen Ökonomie“; es wurde veröffentlicht vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Fremdsprachliche Ausgaben sind für 1955 angekündigt.

Das Lehrbuch, das die Sowjets und ihre Glaubensgenossen in eine freudige Erregung versetzt, hat eine verhältnismäßig lange Geschichte, ehe es nach mindestens vierzehn (!) Jahren einer langwierigen Entwicklung das Licht der Öffentlichkeit erblicken durfte. Soweit wir diese Geschichte verfolgen können, hat Stalin, der Urheber und Auftraggeber des Lehrbuchs, bereits im Jahre 1941 theoretische Hinweise zu seinem Inhalt gegeben.

Doch jahrelang noch mußten Studenten und Professoren der Wirtschaftswissenschaft in der Sowjetunion darüber klagen, daß ihnen ein Lehrbeihilfe fehlte, durften sowjetische Wirtschaftstheoretiker bei nachgewiesener und angeprangelter Abweichung und Verdrehung der ex-kathedralen Lehren des Marxismus-Leninismus sich mit dem Fehlen eines vom Politbüro gebilligten und verbindlich richtungweisenden Grundrisses der politischen Ökonomie aus mancher heiklen Bedrängnis herausreden. Noch im Oktober 1948, nach der großen Hirnwäsche aller Disziplinen der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft, beklagten nacheinander alle während der erweiterten Session des Wissenschaftlichen Rats des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts in Moskau zu Wort gekommenen Teilnehmer die ernste und „konzeptlose“ Situation, die durch den Mangel an wirtschaftswissen-

schaftlicher Literatur, vor allem aber durch das Fehlen eines systematischen Lehrbegriffs entstanden war. Der Wissenschaftliche Rat sah sich deshalb in der routinemäßigen Entschließung gezwungen festzustellen, daß zu den vordringlichsten Aufgaben im Bereich der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft die Schaffung eines Grundrisses der politischen Ökonomie auf der Grundlage der wissenschaftlichen Verallgemeinerung der Praxis des sowjetischen Wirtschafts- und Sozialgeschehens gehöre.

Die weitere Entwicklung, die Vorbereitung und Entwurf über sich ergehen lassen mußten, blieb der außer-sowjetischen Fachwelt nur teilweise zugänglich. In einer regen Auseinandersetzung, an der mehrere hundert sowjetische Wirtschaftspraktiker und Theoretiker teilgenommen haben sollen, ist der Entwurf nach sowjetischen Verlautbarungen heftigen Kritiken und vielerlei Anregungen ausgesetzt gewesen.

Erst die Diskussion, die im November 1951 auf Einladung des Zentralkomitees der KPdSU stattfand sowie die Bemerkungen Stalins zu einigen die November-Diskussion betreffenden Fragen und seine Antworten an A. I. Notkin, L. D. Jarsenko, A. W. Sanina und W. G. Wensher, die den Fachkreisen im Ausland allgemein bekannt geworden sind, haben den zeitweiligen Nebel über den Gang der Vorbereitung und der Vervollkommnung des Entwurfs teilweise gelüftet. Die „allgemein“ anerkannten Ergebnisse der Diskussion, vor allem aber Stalins Bemerkungen, sind von den Verfassern des Lehrbuchs in die vorliegende Fassung aufgenommen worden. Der Entwurf und die vorliegende Ausgabe sind ein Gemeinschaftswerk von mehreren gegenwärtig hoch im Kurs stehenden Wirtschaftswissenschaftlern und einem Philosophen. Die Gruppe der Verfasser besteht aus K. W. Ostrowitjanow, ordentl. Mitglied der Akademie der Wissenschaften, D. T. Sepilov, korresp. Mitglied, L. A. Leontev, gleichfalls korresp. Mitglied der Akademie der Wissenschaften, I. D. Laptev, ordentl. Mitglied der Akademie der Landwirtschaftlichen Wissenschaften, I. I. Kus'minow, P. F. Judin, ordentl. Mitglied der Akademie der Wissenschaften, A. I. Paskow und B. I. Pereslegin; die Auswahl und die Bearbeitung der verwendeten Statistiken besorgte W. N. Starovskij.

Der Kenner der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft und der agierenden Persönlichkeiten vermißt die großen Namen, wie Wurga, Nemcinow, Iwanow (L. N.), Strumilin, Trachtenberg, die alle ordentliche Mitglieder der Akademie der Wissenschaften sind, dazu Chacaturow, korresp. Mitglied der gleichen Akademie, die bekannten Theoretiker

Cernomordik, Notkin, Turetzki, Udalcov u. v. a. Die Verfasser sind offenbar eine Brigade frischgebackener Titelhalter, von denen keiner jemals Trübsal mit den Hütern der Rechtgläubigkeit des Marxismus-Leninismus gehabt hat. Das „Lehrbuch der politischen Ökonomie“ hat 630 Textseiten und gliedert sich in eine theoretische Einführung, 42 Kapitel und ein „politisches“ Nachwort. Jedes Kapitel ist in einigen Leitsätzen zusammengefaßt. Der erste Abschnitt des Buches behandelt die vorkapitalistischen Produktionsweisen. Dann werden der freie, marktwirtschaftliche Kapitalismus und der monopolistische und imperialistische Kapitalismus dargestellt. In einem dritten Abschnitt wird die „sozialistische“ Produktionsweise beschrieben: die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, das sozialistische System der Volkswirtschaft, der Aufbau des Sozialismus in den „Volksdemokratien“, mit einem eigenen Kapitel über die wirtschaftliche Verfassung Chinas. Das Nachwort gibt eine Zusammenfassung der Thesen und Erkenntnisse. Wie fast allen Veröffentlichungen der sowjetischen wissenschaftlichen Literatur fehlt auch hier ein Sach- und Personenregister und ein Literaturverzeichnis. Desgleichen fehlen Fußnoten, die auf Gedanken anderer Wirtschaftstheoretiker als der Klassiker des Marxismus-Leninismus und einiger kommunistischer Führer (Mao Tse Tung, Gottwald, Dimitrov, Bierut, Thälmann u. a.) hinweisen. Statistische Angaben werden nicht belegt.

Der Inhalt des Lehrbuchs wird gewiß zu Auseinandersetzungen und Einzeluntersuchungen Gelegenheit bieten. Das Buch ist nunmehr als systemzugehöriges Element der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus anzusehen, solange die eine oder andere Behauptung und Lehre nicht widerrufen wird. Die vorliegende politische Ökonomie ist deshalb eher politisch als ökonomisch. Selbst unbewiesen, ist sie nunmehr gleichzeitig Beweismittel der übrigen Elemente des Systems des Marxismus-Leninismus in Gestalt der Dialektik, des philosophischen und historischen Materialismus. Diese politische Ökonomie ist ex auctoritate der Sowjets wahr und die einzige Lehre, die eine zuverlässige Betrachtung der wirtschaftlichen Erscheinungsformen des Geschehens und seiner Gesetze in aller Welt und zu allen Zeiten gestattet. Im Grunde ist das Lehrbuch jedoch nur eine erweiterte Zusammenfassung der Theorien des wirtschaftlichen Determinismus von Marx und Engels, der Lehren vom Imperialismus, von der sowjetischen Revolution und der Diktatur des Proletariats nach Lenin und der Apologetik des Sowjetsystems. Den Ausbau und die Rechtfertigung der Lehren ihrer Meister haben die Verfasser von ihrem Standort freilich meisterlich vollzogen, mit einer Elastizität,

deren parteiliche Anwendung fern jeder objektiven Wahrheit steht und den Lehren des dialektischen Materialismus gemäß bis zur Identität der Gegensätze reicht.

Die Methode der Darstellung ist — wo überhaupt wissenschaftlich in unserem Sinne — historisch-genetisch; es geht den Verfassern nur um eine Erklärung, wie und unter welchen Umständen und Voraussetzungen es zur Entstehung und zum Ablauf des Geschehens gekommen ist und welche Faktoren für die Entwicklung in Gegenwart und Zukunft bestimmend sind. Die Verfasser vermeiden im Irrglauben daran, daß die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus alle kausalen Zusammenhänge in der Wirtschaft hinreichend durch die Proklamierung des Gesetzes von der unbedingten Entsprechung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse erklärt und bewiesen hat, jede Kausal- und Funktionalbetrachtung und damit die Frage, wodurch und unter welchen Bedingungen das Geschehen so ist, wie es sich der Erkenntnis jeweils darbietet.

Lediglich auf vier von achtzehn Seiten eines dogmengeschichtlichen Exkurses werden unter der Überschrift „Der weitere Niedergang der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft — Die moderne bürgerliche politische Ökonomie“ dreizehn Nationalökonomien genannt, deren Auswahl überdies willkürlich ist. Es ist schwierig, zu sagen, wer von diesen dreizehn — von Roscher bis Hansen — den Verfassern am meisten mißfällt. Nach ihrer Meinung diene die ältere historische Schule der Nationalökonomie „der Rechtfertigung jederlei reaktionärer Willkür, der Spiechelleckerei vor dem militaristisch-bürokratischen Staat...“; „die Katheder-Sozialisten rühmten die reaktionäre Politik Bismarcks und halfen ihm, die Arbeiterklasse zu betrügen“. Menger, Wieser, Böhm-Bawerk und die österreichische Schule der Nationalökonomie haben, „um die kapitalistische Ordnung zu beschönigen und zu beschützen, die Erkenntnissuche... aus dem Bereich der gesellschaftlichen Verhältnisse in die subjektiv-psychologische verlegt... ihre Theorie erklärt in Wirklichkeit überhaupt nichts...“ „Die Hirngespinnste“ der sozial-organischen Schule nach Ammon, Stolzmann, Spann u. a. „dienten dem Faschismus in Deutschland und in anderen bürgerlichen Ländern als ideologische Waffe...“. Auch für Keynes haben sie nichts übrig, dessen „Theorie vollkommen unhaltbar und ihrem Wesen nach höchst reaktionär ist... (diese) vulgäre Theorie wird gegenwärtig von bürgerlichen Nationalökonomien und den Rechtssozialisten in den USA (?), England und anderen kapitalistischen Staaten stark vertreten...“. Zuletzt heißt es noch, daß „die Staatsaufträge“, die nach Hansen als Mittel einer aktiven Wirtschaftspolitik einen Ausgleich der effektiven Nachfrage

in reifen Volkswirtschaften herbeiführen sollen, „in Wirklichkeit in den (gegenwärtigen) Verhältnissen der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges durch die imperialistischen Mächte nichts anderes bedeuten, ... als die Fortsetzung der Militarisierung der Wirtschaft und eine weitere Verschärfung der Gegensätze des Imperialismus“.

Dem Kenner des theoretischen Marxismus und dem aufmerksamen Beobachter der wirtschaftswissenschaftlichen Entwicklung in der Sowjetunion wird das Lehrbuch weder viel Neues noch viel Gutes zu bieten haben, wobei das Gute nicht gerade neu und das Neue nicht eben gut ist. Die Hilfswilligen der Sowjets in der ganzen Welt aber warten darauf, die Heilslehre in ihrer neuesten Fassung zu verkünden, deren Amen da sagt, „daß es in der Welt keinerlei Kraft gibt, die dazu in der Lage wäre, dem Marsch der sowjetischen Gesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus Halt zu gebieten. Das gewaltige Anwachsen der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus, der galoppierende Verfall des kapitalistischen Systems der Weltwirtschaft, die heftige Verschärfung der Klassengegensätze zwischen der imperialistischen Bourgeoisie auf der einen und der Arbeiterklasse mit den Werktätigen auf der anderen Seite, die wachsende Gewalt der nationalen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern, die umfassende Bewegung der Volksmassen und aller progressiven Kräfte der Menschheit für Frieden, gegen die imperialistische Reaktion und gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges — dies alles ist unbestreitbarer Beweis dafür, daß in unserem Zeitalter alle Wege zum Kommunismus führen!“ Das glauben mit Inbrunst die Verfasser des „Lehrbuchs für politische Ökonomie“.

E. J. Alexandrov, Wien.

Diskussion und Forschung

„Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik ohne Dogma“ (Fünfzehn Vorträge und Aufsätze), herausgegeben von Heinz-Dietrich Ortlieb, Ring-Verlag Stuttgart und Düsseldorf, 1954.

Mit ihren in loser Form erscheinenden Einzelveröffentlichungen möchte die Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, die seit 1948 Nichtabituierenden, insbesondere aus den Gewerkschaften und Genossenschaften, ein viersemestriges Hochschulstudium ermöglicht, der interessierten Öffentlichkeit Rechenschaft über ihre wissenschaftlichen Arbeiten geben. Dabei sollen von den verschiedenen Sachgebieten her Einsichten in unsere zeitgeschichtliche Situation und ihre drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme gewonnen werden.

Im vorliegenden Band sind Vorträge und Aufsätze von Mitarbeitern der Akademie zusammengefaßt, die unabhängig voneinander entstanden. Das Buch wendet sich insbesondere an den interessierten Laien, mag aber auch in Fachkreisen zur Auflockerung dogmatischer Fronten beitragen. Im einleitenden Artikel stellt H.-D. Ortlieb die Frage, ob jede kollektive Planung notwendigerweise das Ende der individuellen Freiheit bedeutet. Gegenüber den Neuliberalen, die unter Freiheit frei sein vom Zwang einer staatlichen Behörde verstehen, nimmt die neosozialistische Antwort auch die Freiheit von Not, vor Übergriffen des Stärkeren und Fehlleistungen eines anonymen Marktmechanismus mit in ihre Überlegungen auf. Dabei wird gesehen, daß sich die unterschiedlichen Zielsetzungen nicht beliebig miteinander kombinieren lassen. Freiheit vor Übergriffen des Nächsten läßt sich nicht mit Freiheit von behördlichem Zwang verbinden. „Deshalb kann es sich bei der sozialistischen Freiheitsforderung nur um eine optimale Kombination der verschiedenen Freiheiten handeln, wobei dann das Problem entsteht, das generell überhaupt nicht und konkret nur annäherungsweise lösbar ist: wo das Optimum dieser Kombination gefunden werden kann“ (S. 15). Hier sollte die weitere Diskussion ansetzen. So stellt sich die Frage, ob es innerhalb dieses weitgespannten Freiheitsbegriffes eine Hierarchie der Werte gibt und welche. Es wird deutlich, daß man ohne Sozialphilosophie und Anthropologie nicht auskommen kann. So sehr die Bemühungen um die Entdogmatisierung der Ordnungsdiskussion bejaht werden müssen: Man kommt um eine Diskussion des Begriffes der optimalen Freiheit nicht herum. Von welchem Gesichtspunkt her soll eine konkrete Festlegung erfolgen? Wir bezweifeln, daß man sich dabei nur auf der Ebene der wirtschaftspolitischen Sachdiskussion bewegen kann. — Ein Überblick über die Fülle der erörterten Fragen sei noch gegeben: Ortlieb behandelt die „Krise des Marxismus“ und die Aufgaben der SPD, Arndt und Dörge untersuchen Probleme des Liberalismus, und Schelsky befaßt sich mit der „Berechtigung und Anmaßung in der Managerherrschaft“. Dazu kommen Untersuchungen über die Lohnpolitik, den Indexlohn, die Gewinnbeteiligung und die Genossenschaften als Element einer neuen Wirtschaftsordnung.

„Wege zum sozialen Frieden“. Beiträge zur Mitbestimmung und sozialen Partnerschaft. Herausgegeben von H.-D. Ortlieb und H. Schelsky, Ring-Verlag Stuttgart und Düsseldorf, 1954.

Im Winter 1952/53 gründete die Akademie eine Arbeitsgemeinschaft über Mitbestimmung und soziale Partnerschaft, an der sich zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und dem öffentlichen Leben be-

teiligten. Im vorliegenden Band sind Referate, die in der Arbeitsgemeinschaft gehalten wurden, abgedruckt. Verdienstvoll ist die unseres Wissens erste Bibliographie zur Mitbestimmung, die W. Krone zusammengestellt hat. Es ist nicht möglich, hier einen Einblick in die Vielfalt der Beiträge zu geben. Wir müssen uns auf einige Schlaglichter beschränken. Ortlieb warnt davor, die Mitbestimmung unter dem Gesichtspunkt der machipolitischen Durchsetzbarkeit zu sehen. Die Zuspitzung des Kampfes bringe das Mitbestimmungsexperiment in die Gefahr des Scheiterns. Man müsse um der Mitbestimmung willen den Weg der geistig-moralischen Auseinandersetzung dem der Gewalt vorziehen. Das verlange eine Grundhaltung der Gewerkschaften, die sich mit der früheren marxistischen Einstellung nicht verträge. Daneben finden sich Ausführungen, die vom klassischen Demokratieverständnis her die Ergänzung der formalen durch die soziale Demokratie überhaupt ablehnen. Landshut meint, die „Selbstentfremdung“ des Menschen im Industriebetrieb könne durch „human relations“, nicht aber durch die Mitbestimmung gemildert werden. Politische Gleichheit sei nur möglich, solange sie formal sei, Mitbestimmung bedeute deshalb das Ende der Demokratie. Schelsky stellt der Betriebssoziologie die Aufgabe, die Probleme zu durchdenken, die dadurch entstehen, daß Kräfte, Spannungen, Strukturwandlungen und soziale Zielsetzungen der außerbetrieblichen Gesamtgesellschaft in den Betrieb hineinwirken und dort ihre grundsätzlichen Lösungen erwarten. Damit wendet sich die Betriebssoziologie von dem seit den zwanziger Jahren üblichen autonomen Verständnis des Betriebes ab und stellt dessen gesamtgesellschaftliche Verflechtung stärker in den Vordergrund. Hinkel kommt in der Untersuchung der Folgen der Mitbestimmung für die Gewerkschaften zu der Feststellung, daß die Schulung besondere Aufmerksamkeit erfordere. Die ehrenamtliche Arbeit bedürfe bei aller Notwendigkeit des Managers der Stärkung. Im Zentrum der Gewerkschaftsarbeit dürfe nicht der Manager, sondern hier müsse der Funktionär stehen. Hinzuweisen wäre auch noch auf Untersuchungen über Mitbestimmung und Wirtschaftsordnung (Mackenroth, Lohmann), über menschliche Beziehungen und public relations (Bayer, Alwens), Mitbestimmung und Partnerschaft (Nell-Breuning), Möglichkeiten der innerbetrieblichen Sozialpolitik (Fischer, Jungbluth), Mitbestimmung in Genossenschaften (Henzler), Mitbestimmung in der öffentlichen Verwaltung (Sieg) und Betrachtungen eines Amerikaners zur deutschen Arbeitsverfassung (McPherson). Man vermißt ein Protokoll der Diskussionen der abschließenden Arbeitstagung.

Fritz Rudolph, Schwerte/Ruhr.

MITTEILUNGEN DER SCHRIFTFÜHRUNG

Prof. Dr. phil. Niels Bohr studierte in Kopenhagen Naturwissenschaften und ist seit 1913 — zeitweise in England — als Hochschullehrer tätig. 1922 wurde ihm der Nobelpreis für Physik verliehen. Er ist Präsident der Kgl.-Dänischen Akademie der Wissenschaften und Mitglied zahlreicher anderer wissenschaftlicher Gesellschaften.

Milovan Djilas beteiligte sich schon als Student an der revolutionären Bewegung in Belgrad. Nach seiner Entlassung aus dreijähriger Haft wurde er 1937 einer der Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und nahm an dem Aufstand gegen die deutsche Besetzung teil. Nach dem Kriege wurde er Minister und später Vizepräsident der jugoslawischen Regierung. Politische und ideale Differenzen mit der Parteiführung hatten 1954 seinen Ausschuß aus der Parteiführung zur Folge. Er trat daraufhin aus dem „Bund der Kommunisten“ aus. Djilas vertrat Jugoslawien auf verschiedenen internationalen Konferenzen und ist seit langem als Journalist und Publizist hervorgetreten.

Prof. Dr. Klaus Knorr studierte in Deutschland und USA. Er ist Nationalökonom und arbeitet gegenwärtig als Professor for Public and International Affairs an der Universität Princeton/USA. Eine Reihe von zumalst außenhandelspolitischen Schriften wurde von ihm veröffentlicht.

Dr. phil. et rer. pol. Theodor Kuhr studierte in Berlin und Freiburg; er begann seine Laufbahn als Hochschullehrer als Dozent der Volkswirtschaftslehre 1937/39 in Halle und Berlin. Heute ist er an der Hochschule für politische Wissenschaften in München und an der dortigen Universität tätig. Von seinen Publikationen sei „Demokratie und Monopol in den USA“ (1954) genannt.

Prof. Dr. phil. Wilhelm Küttemeyer studierte in Göttingen Naturwissenschaften. Von 1928 bis 1933 war er als freier Schriftsteller tätig und wurde dann verhaftet; später wandte er sich vor allem der Medizin zu. Die praktische und theoretische Bestimmung des Verhältnisses von Medizin und Naturwissenschaft wurde zum wesentlichen Inhalt seiner Arbeit. Er lehrt heute an der Universität Heidelberg.

Dr. Werner Picht studierte Rechtswissenschaft und Nationalökonomie. Soziologische Studien in England. 1914—18 an der Front. Referent für Volksbildung im Preussischen Kultusministerium. 1925—27 Gründung und Leitung des Akademischen Austauschdienstes. 1927 Leiter der Hochschulabteilung im Völkerbundsinstitut für geistige Zusammenarbeit, dann als freier Schriftsteller in Paris. 1939—43 Wehrdienst bis zur Entlassung wegen Dienstuntauglichkeit. Lebt als freier Schriftsteller in Freiburg i. Br.

Prof. Dr.-Ing. Otto Schmitz studierte an den Technischen Hochschulen in Braunschweig und München. Er war jahrzehntelang leitend in der Industrie tätig und übernahm von 1945 bis 1948 die Leitung des Instituts für Werkkunde der T.H. Braunschweig. Von 1948 bis 1952 war er außerdem Rats Herr der Stadt.

Im nächsten Heft dieser Zeitschrift werden wir uns der Stellung und den Aufgaben der Verbände und Organisationen in der parlamentarischen Demokratie zuwenden. Vorgelesen sind u. a. Aufsätze von Dr. Rupert Bretting, Ministerialrat z. Wv. Willi Bukow, Dr. Ralph Dahrendorf, Dr. H. H. Flöter, Prof. Dr. Otto Stammer und Friedrich Stampfer.

Bitte beachten Sie die neue Anschrift der Schriftleitung: Bielefeld, Pressehaus, Tel. 631 11